PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 9.9.1975, fertiggestellt.

11. September 1975 3. Jg. Nr. 36 50 Pfennig

Kapitalistenverbände zum Regierungsprogramm:

Heißhunger nach Mehrarbeit noch nicht gestillt

Die Kapitalisten haben Blut geleckt. Nach der Verkündung des Programms der Regierung Schmidt, das Lasten nur für die Lohnabhängigen und die Volksmassen vorsieht, haben sie erklären lassen, das Programm genüge ihnen nicht. "Alles in allem sei das Sparprogramm wenig dazu angetan, in der Wirtschaft wieder Vertrauen zu wecken", befand der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) erklärte, er befürchte einen "Mißerfolg der 'Sparaktion' der Regierung". Das "Handelsblatt" – weniger als die Verbandssprecher der Großkapitalisten auf diplomatische Formulierungen in der Öffentlichkeit bedacht – wurde deutlich: "Kanzler Schmidt ist auf dem Holzweg", hieß es in fetter Überschrift.

Das Regierungsprogramm bürdet den Volksmassen eine neue Steuerlast von 11,2 Milliarden DM auf, dazu den Arbeitern und Angestellten eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherung. Den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst raubt es Teile des Lohns. Den Studenten werden die Stipendien unerträglich zusammengestrichen. Den ärmsten Familien wird Wohngeld entzogen und damit häufig das Dach über dem Kopf. Gleichzeitig werden die Kapitalisten mit zusätzlichen 5,75 Milliarden DM gefüttert.

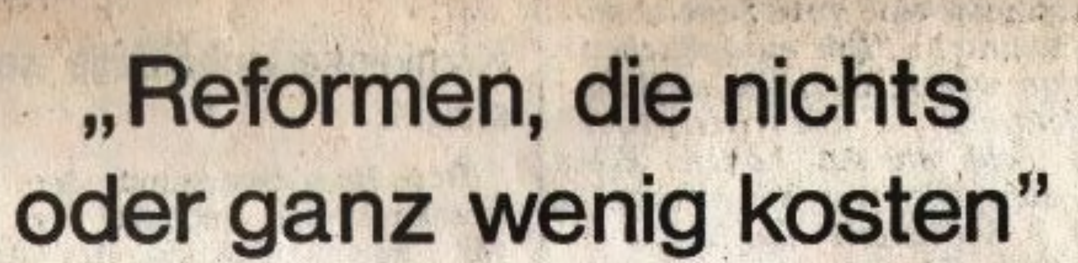
Der Kommentar der Kapitalistenverbände dazu: Das reicht uns nicht! Das kann unser Vertrauen nicht wieder herstellen! – Sie sind mit ihrer "Ertragslage" nach wie vor unzufrieden und verlangen danach, daß die Regierung ein Weiteres tue, damit sie ihren Heißhunger nach zusätzlicher unbezahlter Mehrarbeit der Arbeiter stillen können.

Bisher haben sie die Stockung der Produktion, das Brachliegen von Maschinerie und Arbeitskraft dazu benutzt, aus dem noch beschäftigten Teil der Arbeiterklasse in jeder geleisteten Arbeitsstunde durchschnittlich um 2,5 Prozent mehr an Arbeitskraft für sich flüssig zu machen: Im Mai 1975 haben sie insgesamt um 19,4 Prozent weniger Arbeiterstunden in den Fabriken für sich wirken lassen als im Vorjahr. Die industrielle Nettoproduktion aber ging nur um 16,9 Prozent zurück. In einer Stunde war also durchschnittlich um 2,5 Prozent mehr geschafft worden.

Fortsetzung S. 2



Am 6. September fand ein Aktionstag der Komitees gegen den § 218 statt. In über 150 Städten fanden öffentliche Kundgebungen statt, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten. Mit Informationsständen, Straßentheater wurde die Bevölkerung über die Forderungen der Komitees informiert und zur Beteiligung an der zentralen Demonstration in Bonn am 21.9. aufgefordert. – In Karlsruhe wurden am Bundesverfassungsgericht in einer öffentlichen Aktion die Forderungen gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes angebracht (siehe Bild). – Weitere Berichterstattung über den Aktionstag auf Seite 9.



„Reformen, die nichts oder ganz wenig kosten"

Bei den verschiedensten Gelegenheiten spricht jetzt der Kanzler Schmidt davon, daß man zu Reformen übergehen muß, die "nichts oder nur ganz wenig kosten". Für Reformen dieses Typs hat man inzwischen reichlich Beispiele. Darunter fallen Steuererhöhungen, Erhöhungen der Gebühren für Sozialversicherungen, auf kommunaler Ebene gibt es Reformen der Preise für Strom, Gas und Wasser sowie die Straßenbahn. Sie alle kosten die Regierung nichts oder nur ganz wenig. Sie kosten die Massen viel, denn diese bezahlen sie, und sie bringen den Kapitalisten viel, denn diese erhalten's zugeschustert.

Vor "Gewerkschaftskreisen" hat der Kanzler jetzt ein weiteres Merkmal bekanntgegeben, das Reformen haben müssen. Sie dürfen "um keinen Preis" ein verfassungsrechtliches Risiko enthalten. Damit habe die Regierungskoalition "schmerzliche Erfahrungen" gemacht und sei "beim § 218 aufs Kreuz gefallen" (Frankfurter Rundschau, 4.9.75).

Die Neuvorlage der Reform des § 218 wird also "um keinen Preis ein verfassungsrechtliches Risiko" enthalten. Das heißt, das Strafgesetz wird bleiben, wie es ist.

Dafür wird diese Reform Kosten machen. Bezahlt werden müssen: Staatsanwälte, die Delikte ausmachen. Polizei, die Täter aufspürt. Richter, die aburteilen. Krankenhausbetten, die von den Opfern der Kurpfuscher belegt werden. Schließlich Gefängniszellen und Personal, wo die Aufgespürten und Abgeurteilten abgestraft werden.

Schon die Fristenregelung, wo das verfassungsrechtliche Risiko gering war, wäre nicht billig gewesen. Unmassen von "Beratern" hätten bezahlt werden müssen und die Illegalität der Abtreibung wäre geblieben. Wer setzt sich schon fünf oder zehn Beratungen aus?

Die Sparwut der bürgerlichen Parteien hat ihre Grenze. Ersparnisse, die durch die Streichung des Strafgesetzes 218 gemacht werden könnten, hätten einen Preis. Dem bürgerlichen Staatsapparat wäre eine Fülle von Möglichkeiten zur Beeinflussung, Bespitzelung und Unterdrückung der Volksmassen verloren gegangen. Die Reformen ohne verfassungsrechtliches Risiko dürfen also ruhig was kosten.

Wo sich die Reformen, die "nichts oder nur ganz wenig kosten", dadurch auszeichnen, daß sie Maßregeln zur Plünderung der Volksmassen sind, um für die Kapitalistenfütterung Geld in die Scheuer zu kriegen, dort zeichnen sich die "Reformen ohne verfassungsrechtliches Risiko" dadurch aus, daß sie auf Erhaltung, Bevorrechtung und Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates hinauslaufen, die zwar kostet, aber auch von den Massen, die unterdrückt werden, bezahlt wird.

Gegen beide Sorten von Reformen gibt es Widerstand. Und der Widerstand nimmt zu. Die Neuvorlage des Koalitionsentwurfes zum § 218 wird es zeigen. Die Zahl der Menschen, die bereit sind, zur "Vermeidung verfassungsrechtlicher Risiken" sich alles bieten zu lassen, nimmt ab und die Zahl der Menschen, die gegen solche Unterdrückung kämpfen, nimmt zu.

In Sachen 218 ist die Regierung weit gegangen. Sie hat sich, ohne irgend einen wirtschaftlichen Zwang vortäuschen zu können, offen zum Werkzeug der bürgerlichen Reaktion gemacht. Damit hat Helmut Schmidt "ein verfassungsrechtliches Risiko" vermieden. Dadurch ist für die Massen die Notwendigkeit entstanden, die Beseitigung des verhaßten § 218 in einer selbständigen politischen Bewegung zu betreiben.

Portugal:

Soldaten verweigern Einschiffung nach Angola

Korrespondentenbericht

In Portugal beginnt die bürgerliche Armee durch die Revolution zersetzt zu werden. Es schwindet die vor allem von den Revisionisten verbreitete Illusion, der Fortschritt der Revolution beruhe auf der Einheit zwischen Armee und Volk. Offenbar geworden ist diese Entwicklung vor allem an der Frage des erneuten Einsatzes portugiesischer Soldaten in Angola. Dazu der folgende Bericht unseres Korrespondenten aus Lissabon.

Lissabon. Die "Portugiesische Zeitschrift für Wirtschaft und Finanzen" schreibt in ihrer Ausgabe der letzten Woche:

"Niemand glaubt mehr daran, daß es möglich ist, Angola zu halten. Das Ergebnis der Arbeit von Generationen und Generationen Portugiesen wird vollkommen verloren sein. Wenn nicht für alle (Imperialisten – meint die Zeitung), *so doch jedenfalls für Portugal."* Die portugiesische Bourgeoisie weint ihrer reichen Kolonie nach. Aber ganz hat sie es nicht aufgegeben, mindestens mit einem Fuß in der Kolonie zu bleiben. Vor einer Woche hat die portugiesische Regierung die Verträge mit den Befreiungsbewegungen von Angola, den Vertrag von Alvor also, zeitweilig außer Kraft gesetzt. Die Begründung dafür war, daß in Angola große Unordnung herrsche, der Staatsapparat (d.h. die koloniale Verwaltung) funktioniere nicht mehr, die Wirtschaft breche zusammen. Das zu verhindern, erhielt der Hochkommissar Portugals in Angola neue Vollmachten. Er hat jetzt wieder gesetzgebende Gewalt und kann den Ausnahmezustand ausrufen.

"Eine im Prinzip weise Entscheidung", lobt das oben genannte Blatt des Finanzkapitals, denn mit der Aufhebung des Vertrags von Alvor *"nimmt die Regierung in Lissabon die ausschließliche Verantwortung für die Regierung in Angola wieder an sich"*. Zugleich fragt das Blatt besorgt: *"Hat denn der Hochkommissar überhaupt die Macht, seinen Willen durchzusetzen?"* Auch dafür will die portugiesische Regierung jetzt wieder sorgen. Rückgängig gemacht werden soll die Truppenreduzierung von 67 000 auf 24 000 Mann.

Die zum Einsatz in Angola vor anderthalb Wochen abkommandierten zwei Kompanien des Militär-Polizei-Regiments haben allerdings den Einsatz verweigert.

Auf einer Vollversammlung hatte die Einheit zuvor folgende Entschließung gefaßt:

In Erwägung

1. **daß die Fortführung der Truppenverschiffung nach Angola nichts anderes ist als die Fortsetzung des Krieges unter dem Deckmantel des Neokolonialismus;**
2. **daß es nicht die Aufgabe der Soldaten, der Söhne des portugiesischen Volkes, ist, in Angola zu kämpfen, zu sterben und zu töten, sei es nun im Dienst des amerikanischen Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus;**
3. **daß auch wenn uns die portugiesischen Militaristen sagen, daß wir nach Angola gehen, um einer bestimmten Befreiungsbewegung zu "helfen", die als Avantgarde des angolanischen Volkes angesehen wird, es dennoch nicht Aufgabe der Portugiesen ist, zu entscheiden, wer Avantgarde des angolanischen Volkes ist und wer nicht, denn das ist eine Frage, die nur vom angolanischen Volk selber entschieden wird;**
4. **und in Erwägung schließlich, daß die einzige Form, dem angolanischen Volk zu helfen und ihm unsere Solidarität zu beweisen, die ist, in Portugal Revolution zu machen,**

schlagen wir vor,

daß eine Soldaten-Kommission gebildet wird aus allen für den Einsatz vorgesehenen Kompanien der Militär-Polizei, die folgende Funktionen haben soll:

1. **die gemeinsame Verweigerung des Einsatzes nach Angola zu organisieren;**
2. **die Propaganda über den gerechten Kampf der Soldaten nicht nur in der Militär-Polizei, sondern in allen Militäreinheiten zu organisieren;**
3. **alle anderen Maßnahmen, die dem gerechten Kampf der Soldaten Respekt verschaffen, organisieren und durchführen ...**

(Entschließung einstimmig angenommen am 26. August)

Auf der Basis dieser Entschließung kam es dann zur kollektiven Verweigerung zweier Kompanien am Tag der Einschiffung. Es wurde an diesem Tag eine Demonstration zum Regierungsgebäude durchgeführt, wo der damalige Ministerpräsident V. Goncalvez in seinem Wagen aufgehalten wurde. Einige Soldaten der Kompanien waren schon zuvor festgenommen worden, als sie Flugblätter vor einigen Fabriken in der Hafengegend verteilten.

Der Stabschef des Heeres und Ministerpräsidentenkandidat der "gemäßigten" Offiziere um Antunes, General Fabiao, der den Sozialisten nahesteht, kündigte in einer Presseerklärung an, daß er *"mit größter Härte und revolutionärem Ernst diesen Ausschreitungen begegnen werde und in jedem Fall das Höchstmaß an möglicher Disziplinierung bis hin zu Ausschluß aus dem Heer und ähnlichen Konsequenzen ergreifen werde"*. –

Die Soldaten der Kompanie haben am 3. September aufs schärfste gegen die Drohungen des Generalstabschefs und gegen die neokolonialistische Haltung desselben protestiert. Sie haben erklärt:

"1. Daß unsere Mission nicht darin besteht, Truppen nur zu ersetzen, sondern darin, Kolonialtruppen zu verstärken;

2. daß wir überhaupt keine Konterrevolutionäre sind noch im Dienst irgendeines Imperialismus stehen;

3. daß die Drohungen gegen die Soldaten dieser Kompanie uns nicht dazu bringen werden, unseren gerechten Kampf aufzugeben und daß wir immer an der Seite der Arbeiterklasse stehen werden."

Inzwischen sind von zahlreichen Arbeiterkommissionen Solidaritätserklärungen mit den Soldaten abgegeben worden.

Fortsetzung S. 3

Heißhunger nach Mehrarbeit noch nicht gestillt

Gleichzeitig ist es ihnen gelungen, die Bruttolohnsumme in der Industrie erheblich zu senken, von 10,1 Milliarden im April 1974 auf 8,8 Milliarden im April 1975. Das macht ein Minus von 12,4 Prozent. Es stiegen zwar die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der noch beschäftigten Arbeiter von Mai 1974 = 9,00 DM auf Mai 1975 = 9,77 DM um 8,6 Prozent (alle Zahlen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes). Aber diese Zahl täuscht: Im Millionenheer der Arbeitslosen und im zusätzlichen Heer der entlassenen ausländischen Arbeiter, die wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, ist der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter besonders hoch, die früher unter dem Durchschnitt verdient hatten. Diese sind heute entlassen und schlagen in der Statistik bei der Errechnung des Durchschnittslohns nicht mehr zu Buche, so daß bei der Berechnung des Durchschnittslohns heute die Facharbeiterlohngruppen erheblich mehr Gewicht haben. Tatsächlich gibt es daher nur wenige Arbeiter, die wirklich 8,6 Prozent brutto mehr bekommen als im Vorjahr. Umbesetzungen, Streichung von Zulagen, Kürzung von Vorgabezeiten haben dazu geführt, daß auch bei vielen Facharbeitern der Lohnzuwachs unter die Preissteigerungsrate gedrückt wurde.

Aber nicht bei allen ist das schon der Fall, und bei der Masse der Arbeiter noch nicht genügend tief für den Geschmack der Kapitalisten. Sie würden es sich nie verzeihen, wenn sie nicht die Lage ausnutzen würden, in welche die Arbeiterklasse geraten ist durch die Unfähigkeit der Kapitalistenklasse, die gesamte Arbeiterarmee zu beschäftigen und für sich arbeiten zu lassen. Die Arbeiterklasse ist gespalten in solche, die noch Arbeit haben, und die, die auf der Straße liegen; in die, die noch vom Lohn leben, und die wachsende Zahl derer, die ins absolute Elend hinabgedrückt werden und von der Fürsorge sich über Wasser halten müssen.

Das ist eine Lage, welche die Phantasie der Kapitalisten, ihrer Verbandssprecher und Politiker ungeheuer stachelt: Wo eine Spaltung eingetreten ist, kann man sie verstärken. Und wo es gelingt, sie zu verstärken, kann man beide Teile des gespaltenen Heeres leichter schlagen und demütigen: Den Arbeiter in der Fabrik und den Arbeiter auf dem Fürsorgeamt. Und so warten die Fabrikherren und Bankhaie täglich mit neuen Vorschlägen auf, wie am Arbeiter und Angestellten gespart werden kann. Gespart am Arbeiter und Angestellten in Fabrik und Büro. Gespart am arbeitslosen Arbeiter. Gespart am kranken und am alten Arbeiter, gespart am Nachwuchs der Arbeiter in den Schulen. Gegenwärtig konzentrieren sich die meisten dieser Vorschläge auf die Sozialversicherungen und den Staatshaushalt. In den staatlich zwangsverwalteten Versicherungen der Arbeiter und Angestellten soll der "Wildwuchs" eingedämmt und im Staatshaushalt sollen die Gelder gestrichen werden, die in früheren Jahren veranschlagt wären, um den Klassenkampf zu dämpfen. Begründet werden diese "Einsparungen" mit dem "Mißbrauch", der mit den Versicherungsgeldern und Steuergeldern betrieben würde.

Zu hoher Lebensstandard bei Nichtstun?

Der "sozial- und gesellschaftspolitische Arbeitskreis" der CDU hat kürzlich ein Papier vorgelegt, in dem es heißt, es müsse überprüft werden, *"ob das Sozialhilfeleistungsniveau nicht im Verhältnis zum Einkommen der Arbeitenden überzogen ist"* und der *"relativ hohe Lebensstandard bei Nichtstun"* nicht abgeschafft werden müsse. Gedacht ist unter "relativ hohem Lebensstandard bei Nichtstun", der abgeschafft werden müsse, an Arbeitslosengeld, Fürsorgegeld und Rente, keineswegs an Zinsen, Dividenden, Pachten und wie die Einkommensarten alle heißen, die den reichen Nichtstuern aus der Mehrarbeit der Arbeiterklasse fließen. Es wird empfohlen, *"Erwerbsunfähige und über 65-jährige weniger vom Staat und stärker von den Verwandten unterstützen"* zu lassen. Die Regierung hat diesen von der CDU vorgeschlagenen Weg schon längst beschritten: Durch Neufestlegung des Begriffs der "zumutbaren Arbeit" sollen arbeitslose Arbeiter und Angestellte gezwungen werden, wesentlich schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen als sie hatten, selbst dann, wenn der Lohn unter dem Arbeitslosengeld liegen sollte.

Neben dem Vorschlag, unter Berufung auf die in Arbeit befindlichen Teile der Arbeiterklasse die zur Arbeitslosigkeit verdammten tiefer ins Elend zu treiben, haben diese Menschenfreunde auch noch einen Vorschlag für den Angriff direkt auf das Lohnniveau der arbeitenden Massen. Man solle den Weg gehen über den Angriff auf die tariflich festgelegte 40-Stunden-Woche, so daß *"wieder zwei Stunden wöchentlich mehr gearbeitet wird"* (Frankfurter Rundschau vom 4. September).

Das bekanntgewordene CDU-Papier dürfte nur eines von vielen sein, die jetzt herumgehen, um das weitere Vorgehen innerhalb der Kapitalistenklasse auf der vom Finanzkapital festgelegten Linie vorzubereiten.

Angriff gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst

Daneben liegt es im Augenblick mit seinem zweiten Vorschlag bezüglich des Angriffswegs über die Arbeitszeit. Im Zentrum des Interesses stehen bei Kapitalistenverbänden und Regierung gegenwärtig neben den Sozialversicherungen die "Personalkosten im öffentlichen Dienst".

Im öffentlichen Dienst arbeiten 3,42 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wenn es dort gelingt, eine Bresche zu schlagen und die Löhne der Masse der Beschäftigten zu senken, dann hat das Auswirkungen auf alle Beschäftigten. Lösen muß dabei die Regierung freilich das Problem, die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten zu senken und gleichzeitig das höhere Beamtenpack, das die Aufsicht führt, zufriedenzustellen.

Die "Deutsche Zeitung" veröffentlichte in ihrer letzten Nummer eine Umfrage: *"Bankiers und Industrielle zur Lage"*. Einstimmig forderten die Befragten: *"Sparen im Konsumbereich, Mehrausgaben bei den Investitionen"* (Lichtenberg, Commerzbank), *"straffe Rationalisierung des Verwaltungsapparates und Streichung von unproduktiven Subventionen* (womit gemeint sind alle staatlichen Zahlungen, die nicht an die Kapitalisten gehen)..., *Spielraum für verstärkte Investitionen schaffen"* (Meier-Preschany, Dresdner Bank AG). Der Staat sollte *"im Personalbereich sparen und seine investiven Ausgaben erhöhen"* (Overbeck, Mannesmann AG).

Was "der Staat sollte", die Regierung hat's schon gehört und sich weisungsgemäß in Trab gesetzt. Der "Spiegel" berichtete in seiner letzten Ausgabe vom Plan der Regierung, für die Beamten über ein halbes Jahr einen Nullabschluß zu beschließen durch Verschieben der Gehaltserhöhungen. Die Regierung hat diese Meldung als "voreilige Spekulation" dementiert und stattdessen *"wiederholt darauf hingewiesen, daß alles das, was Beamten zugemutet werde, dann auch für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst Geltung habe, damit keine Ungleichgewichte entstünden"* (Handelsblatt, 9. August).

Das "Handelsblatt" hat auch gleich ausgerechnet, was eingespart werden kann, wenn bei erwarteten Preissteigerungen von 6 Prozent die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ein halbes Jahr lang die alten Löhne weiterbekommen: Um 4,5 Milliarden DM oder 3,5 Prozent, übers Jahr gerechnet, kann damit der Lohn gesenkt werden (9. August).

Angesichts derart glänzender Aussichten tun die Kapitalistenverbände das ihre, um der Regierung den Rücken zu steifen gegen die Lohnabhängigen und gegen die Gewerkschaften. Vor allem erklären sie die Mehrwertsteuererhöhung gegenwärtig für unerträglich. Nicht etwa, weil diese fast ausschließlich von den breiten Volksmassen aufgebracht werden muß – da könnte man zur Abhilfe ja auch an eine drastische Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer denken –, sondern um in der Regierung den Eifer zu stacheln, sich das Geld, das ihr fehlt, um es den Kapitalisten zuzustecken, zunächst bei den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu holen.

Steuersenkung für Bereicherung

Während sie zum Angriff auf die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und auf die Sozialversicherung blasen, fordern nämlich die Kapitalistenverbände gleichzeitig Steuernachlaß für sich. Und auch hier läßt die Regierung erkennen, daß sie ihnen zu Willen sein wird. Es seien Bestimmungen in Vorbereitung, *"die eine sehr viel geringere Besteuerung für den Gewinnanteil zum Inhalt haben, der im Unternehmen zum Zwecke der Investitionsfinanzierung bleibt"* ist aus dem Finanzministerium zu erfahren (Handelsblatt, 8. September). Der Staat bereitet sich also darauf vor, den Kapitalisten nicht nur zu helfen, die Arbeitskraft wesentlich billiger zu bekommen und die Arbeiterklasse niederzudrücken. Er will ihnen auch noch dabei beistehen, den Reichtum, den sie aus den Arbeitern herauspressen, steuerfrei anzulegen. Einzige Bedingung: Sie müssen ihn für ihre weitere Bereicherung verwenden.

Bundeskanzler Schmidt, der dieses Programm vertritt, hat am Wochenende erneut den Gewerkschaften "Augenmaß und Verantwortung" bescheinigt. Er hatte Grund dazu: Vor mehr als zwei Wochen hat er die DGB-Führung schon mit seinen Plänen bekannt gemacht, und diehat sich daraufhin stille verhalten. Der DGB-Vorsitzende Vetter war einer der wenigen, die sogar der Mehrwertsteuererhöhung eine gute Seite abgewinnen konnten: *"Der europäischen Integration wegen hätte die niedrige bundesdeutsche Mehrwertsteuer ohnehin bald an das höhere EG-Niveau angepaßt werden müssen."* (Spiegel, 8. September) Der Mann ist eine Gefahr für die Arbeiterbewegung. Daß er Maß nimmt, ist wahr. Aber er hat nicht die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern seinen staatsmännischen Ruhm im Auge. – **(wm)**

Kambodschanische UNO-Delegation in New York

Nach ihrem Sieg im Befreiungskampf hat die Regierung des revolutionären Kambodscha während der VII. außerordentlichen UNO-Vollversammlung erstmals ihren legitimen Platz in den Vereinten Nationen einnehmen können. Die kambodschanische Delegation unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jeng Sary wurde auf dem New Yorker Flughafen von hohen UNO-Beamten und von den Leitern verschiedener UNO-Delegationen empfangen, darunter die Vertreter Albaniens, Burundis, Chinas, Laos' und Somalias. Den zur Begrüßung erschienenen Amerikanern überbrachte Jeng Sary im Namen des kambodschanischen Volkes die Grüße des kambodschanischen Volkes an das amerikanische Volk und den Dank für die Unterstützung in Kambodschas Befreiungskampf. Angekündigt hat die kambodschanische Regierung auch das Auftreten des Staatspräsidenten Sihanouk vor der UNO (nach: Hsinhua, 1. September)

Bundeswehr bildet Offiziere der chilenischen Militärjunta aus

Bonn. Chilenische Offiziere werden von der Bundeswehr ausgebildet. Das bestätigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Montag, dem 8. September. Die Ausbildung chilenischer Offiziere werde fortgesetzt, erklärte der Sprecher. Er wies damit den Protest der Jungsozialisten und verschiedener SPD-Bundestagsabgeordneter zurück, die die Ausbildung chilenischer Offiziere als "politischen Skandal" bezeichnet und gefordert hatten, Verteidigungsminister Leber solle die Ausbildungsprogramme für ausländische Offiziere überprüfen. Offenbar um die Ausbildung chilenischer Offiziere zu verheimlichen, werden diese in Bundeswehruniformen gesteckt. Das wurde bekannt, als ein Wachsoldat der Hildesheimer Ledebour-Kaserne zufällig den Ausweis eines Offiziers namens Herrmann Krausmann kontrollieren wollte. Krausmann ist Offizier der chilenischen Armee, stellte sich dabei heraus. (nach FAZ vom 9.9. und telefonischem Bericht aus Hildesheim)

Krankenkassenbeiträge sollen steigen

Der Bundesvorstand der Ortskrankenkassen rechnet für 1978 mit einem Anstieg des durchschnittlichen Beitragsatzes auf 14 Prozent vom Bruttolohn. Heute liegt der durchschnittliche Beitragssatz auf 10,5 Prozent. Das ist eine Steigerung von 1 Prozent jährlich (Handelsblatt, 4.9.75).

Sowjetunion zum Sinai-Abkommen

Eine Politik, die auf Spaltung aus ist

Die Sowjetunion hat an der Unterzeichnung des Sinai-Abkommens in Genf nicht teilgenommen. "Die Sowjetunion ließ am Mittag dem UNO-Generalsekretariat und befreundeten arabischen Regierungen mitteilen, sie werde keinen Vertreter zu der Unterzeichnungszeremonie entsenden, um damit ihre Mißbilligung der Vereinbarung deutlich zu machen." (Süddeutsche Zeitung, 5. September) Gleichzeitig hat sie Intrigen in den verschiedenen Hauptstädten der Länder im Nahen Osten gesponnen, um dieses Abkommen, die Politik Ägyptens und Präsident Sadat anzugreifen.

Präsident Sadat hat dazu vor dem ägyptischen Parlament erklärt: *"Ich betrachte dies als flagrante Provokation, die gedacht ist, Zwietracht unter den arabischen Ländern zu säen."* (Le Monde, 6. September) Er stellte fest, daß die Sowjetunion mit gezielten Lügen die Position Ägyptens zu diffamieren versuche: *"Der Sowjetunion steht frei, zu tun was sie will, wenn sie jedoch unsere Brüder in der Absicht, die arabische Position zu untergraben, mit falschen Informationen versorgt, dann werden wir das nicht hinnehmen."* (Süddeutsche Zeitung, 6./7. September)

Der Sozialimperialismus verfolgt Ägypten und Präsident Sadat mit besonders großem Haß. Ägypten und Präsident Sadat haben sich seinen Versuchen, in Ägypten einen Staat im Staate zu errichten und es zu einem von der Sowjetunion abhängigen Land zu machen, entschieden widersetzt und haben die Souveränität des Landes ihm gegenüber verteidigt. 20 000 sowjetische Militärexperten und -berater hatte die Sowjetunion bis 1972 in Ägypten unter dem Vorwand stationiert, den Befreiungskampf gegen den zionistischen Aggressor Israel zu unterstützen. Diese Truppe hat die Sowjetunion dazu benutzen wollen, den Taktstock der ägyptischen Regierung gegenüber zu schwingen und die politische und militärische Planung Ägyptens unter Kontrolle zu bekommen. Am 17. Juli 1972 hat Präsident Sadat der Stationierung ein Ende gemacht. Die Truppen mußten ihr Zeug packen und abziehen.

Diese imperialistischen Machenschaften der Sowjetunion hat Präsident Sadat wiederholt enthüllt und angegriffen. Er prangerte an, daß die Sozialimperialisten *"gegen alle militärischen Aktionen gegen Israel, selbst die begrenzten, auftraten und auftreten"*. *"Sie haben abgelehnt, uns das militärische Material, das wir benötigen, zu liefern. So hinderten sie mich im Jahr 1971, das ich als entscheidendes angekündigt habe, an militärischen Aktionen auf sehr einfache Weise: Sie weigerten sich, die geschlossenen Rüstungsverträge einzuhalten."* (Le Monde, 22. Januar) 1973 haben die Armeen der arabischen Staaten und die palästinensischen Kämpfer im Oktoberkrieg die Situation von weder Krieg noch Frieden durchbrochen und große Erfolge auf dem Schlachtfeld gegen den israelischen Aggressor errungen. Als die beiden Supermächte merkten, daß sie die Kontrolle über die Entwicklung verlieren, diktierten sie einen Waffenstillstand. Die Sowjetunion hat durch Einstellung der Waffenlieferungen Ägypten gezwungen, den Krieg zu beenden und den Waffenstillstand zu akzeptieren. In der Folgezeit besteht die Politik des Sozialimperialismus Ägypten gegenüber in Versuchen, es wirtschaftlich zu erpressen und politisch zu demütigen. Im März erklärte Präsident Sadat: *"In den 14 Monaten nach dem Oktoberkrieg hatten die Sowjets unsere Waffenverluste nicht ausgeglichen. Sie haben uns nicht mit den Waffen versorgt, die 1973 und 1974, wie es die Abkommen vorsahen, geliefert werden sollten. Die Abkommen sind eine Verpflichtung, sie lehnen es ab, dieser Verpflichtung nachzukommen."* Mit dem Auf- und Zudrehen der Waffenlieferungen verfolgen die Sozialimperialisten eine doppelte Absicht: Mit der Kontrolle der Waffenzufuhr und des Waffeneinsatzes die Kontrolle über die Politik eines souveränen Staates zu bekommen; durch den Verkauf der Waffen zu Höchstpreisen ein Geschäft zu machen und die sich anhäufenden Schulden zur Erpressung auszunutzen. Dieses Jahr laufen die Verhandlungen Ägyptens mit der sowjetischen Regierung bereits ein halbes Jahr, um einen Zahlungsaufschub zu erhalten. *"Im letzten Jahr mußten wir ihnen 80 Millionen ägyptische Pfund bezahlen für die teilweise Tilgung der Schulden, die wir beim Waffen- und Ausrüstungskauf gemacht haben."* *"In diesem Jahr ersuchten wir um einen zehnjährigen Zahlungsaufschub, aber sie schenkten unserem Wunsch kein Gehör."* Unmißverständlich hat Präsident Sadat der Sowjetunion gegenüber erklärt: *"Wir wünschen mehr denn je, nicht in eine Falle zu gehen und zum Spielball der Großmächte zu werden."* *"Meine Geduld hat Grenzen, und meine Verpflichtung ist es, mein Land mit allen Mitteln zu verteidigen."* (Le Monde, 22. Januar)

Wenn die Sowjetunion also jetzt Ägypten und Präsident Sadat angreift, so hat sie selbstsüchtige Motive. Welcher sozialistische Staat würde dem ägyptischen Volk, das immer mit die Hauptlast des Kampfes gegen den zionistischen Aggressor getragen hat, in dieser Situation die Auffüllung der Waffenbestände für den gerechten Befreiungskrieg vertragswidrig verweigern und stattdessen auf Rückzahlung aller Schulden drängen? Würde es nicht richtig sein, die Schulden zu annullieren, die Verträge zu erfüllen, damit das ägyptische Volk die Kriegsschäden wettmachen, den Aufbau des Landes vorantreiben und sich rüsten kann für die nächste Runde im Kampf gegen den israelischen Aggressor? Sicherlich! Während der US-Imperialismus Israel Milliardenbeträge zuschießt, um diesen seinen Brückenkopf aufrechtzuerhalten und ihn zu befähigen, seine Aggression fortzusetzen, handelt die Sowjetunion Ägypten gegenüber wie ein raffgieriger Händler und betreibt direkt die militärische Schwächung Ägyptens.

Die KPdSU schreibt in der "Prawda" scheinheilig, daß sie dagegen sei, daß sich die USA am Sinai einnisten, wegen ihrer "proisraelischen Haltung". Heuchlerisch wird der PLO Solidarität versichert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. September) Nichts als Lügen sind dies. Im April dieses Jahres hat die Sowjetunion durch ihren Außenminister Gromyko ausdrücklich die Existenz Israels anerkannt: *"Die Sowjetunion tritt für eine Lösung des Nahostproblems ein unter Respektierung des Rechtes aller Staaten in diesem Raum auf unabhängige Existenz und Entwicklung, darunter auch des Staates Israel."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. April, nach: Prawda) Und sie erkennt es nicht nur an, sondern unterstützt direkt dessen Existenz und Aggression. Liefern die USA Waffen, so liefert die Sowjetunion das Menschenmaterial, das diese Waffen gegen die arabische Nation, gegen das palästinensische Volk richtet. Durch eine eigene Denkschrift zur jüdischen Auswanderung hat die Sowjetunion gerade jetzt das Ausmaß dieser Unterstützung des Zionistenstaates bekanntgemacht: Bis zum 1. Juni 1975 sind nach ihren eigenen Angaben insgesamt 115 000 Ausreiseerlaubnisse nach Israel erteilt worden, 1974 sind insgesamt 16 000 nach Israel geschickt worden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. September).

Bei seinen gegenwärtigen Schritten geht es dem russischen Sozialimperialismus darum, daß er der anderen Supermacht USA gegenüber an Boden im Nahen Osten verloren hat, vorübergehend der US-Imperialismus die Initiative übernommen hat. Dessen Vorteile will er jetzt zunichte machen, eine neue Runde einläuten im erbitterten Kampf der beiden Supermächte um die Hegemonie über die arabische Nation und ihre natürlichen Reichtümer. – **(hjh)**

Anhörungsverfahren:

Schulbürokratie – unbeweglich, dumm, aber gefährlich

Angesichts der sich verschärfenden Krise braucht der Staat Lehrer, die bereit sind, die bestehenden Verhältnisse bedingungslos zu verteidigen. Dafür bietet allein ein gebrochenes Rückgrat die Gewähr. Um dieses Rückgrat der Bewerber und Bediensteten im öffentlichen Dienst zu beugen und ihnen den aufrechten Gang abzugewöhnen, entwickelt der Staat ein System des Ausspionierens, der Schikane und Einschüchterung, das auf verschiedenen Ebenen arbeitet – vom Zuckerbrot bis zur Peitsche. Wie dies aussieht, zeigt folgendes Beispiel eines Anhörungsverfahrens im Oberschulamt Karlsruhe.

Die Schule hat angefangen. Laut Aussagen von Baden-Württembergs Kultusminister Hahn sind dieses Schuljahr alle Bewerber für Grund-, Haupt- und Realschule eingestellt worden. Das ist nicht wahr. Ich bin einer von den nicht eingestellten Lehrern.

Im April dieses Jahres bewarb ich mich für den Vorbereitungsdienst. Anfang Juni hatte ich meine Prüfungen abgeschlossen. Das Oberschulamt reagierte auf meine Bewerbung erst zu Schulbeginn mit der Aufforderung zu einem Anhörungstermin, da das Innenministerium ermittelt habe, daß ich für ein Bündnis linksgerichteter Gruppen zum Studentenparlament kandidiert habe und somit meine Verfassungstreue zweifelhaft sei.

Zu Beginn meines Anhörungstermins im Oberschulamt Karlsruhe standen vor der Tür des mir für das Anhörungsverfahrens zugewiesenen Dr. Reichel noch andere Lehrer. Offiziell hatte er jetzt Sprechstunde. Er vertröstete die Lehrer, sich doch noch ein halbes Stündchen zu gedulden, da er jetzt noch ein Anhörungsverfahren habe. Im Zimmer drin betonte er ausdrücklich, daß "wir" selbstverständlich länger machen könnten; er wolle hier nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß man mit meiner Sache schlampig sei. Anwesend waren außer Dr. Reichel eine höhere Schulrätin sowie eine Schriftführerin. Zunächst gab Reichel mir Rechtsbelehrung; ich könne meine Aussage verweigern, womit dann allerdings alles gelaufen sei; ich bräuchte nichts zu sagen, was mich belasten würde, ich würde das Protokoll vorgelesen bekommen und könne dann Änderungen vornehmen usw.

Auf das Protokoll bezog er sich nochmals ausdrücklich, um mich darauf hinzuweisen, daß ich meine Mitschreiberei doch einstellen könne, was ich aus guten Gründen nicht tat.

Dr. Reichel führte seine Ansprache fort: "Sie kandidierten vor drei Jahren für das Studentenparlament, wie uns das Innenministerium mitgeteilt hat." Sein besonderes Wohlgefallen fand die Jahreszahl (schon vor drei Jahren) und die Tatsache, daß dies "ohne Wiederholung, also nur einmal" stattgefunden habe. Offensichtlich war dies das Zückerchen, mit dem mir die goldene Brücke gebaut werden sollte, allem abzuschwören, die Kandidatur als "Jugendsünde" abzutun und mich so gebrochenen Rückgrats in die Obhut des Dienstherren zu begeben. Es folgte die obligatorische Frage: "Was haben Sie dazu zu sagen?"

Ich zog meinen Brief aus der Tasche, legte ihn vor und sagte, daß ich mich zu dem Schreiben des Oberschulamtes schriftlich geäußert hätte und gerne dazu bereit wäre, weitere Fragen ebenfalls schriftlich zu beantworten. Reichel wies mich grantig darauf hin, daß es eine Zumutung wäre, von ihm zu verlangen, das Ding so schnell durchzulesen und daraufhin weitere Fragen zu formulieren. Als ich sah, daß er den Briefanfang überflog, nahm ich darauf Bezug und sagte, daß in dem Brief auch zu lesen sei, was ich von solchen Verfahren halten würde. Reichel: "Da sind Sie nicht allein", aber das Kultusministerium habe diese Anhörung angeordnet, und zwar in meinem Interesse; man wolle mir ja nur helfen. Das übrige Duo nickte mir bestätigend zu. Gegenüber Reichels weiteren Anstrengungen, mich auf die väterliche Tour durch Zuckerbrot zur Willfährigkeit zu bringen, betonte ich noch einmal, daß ich hierher gekommen sei, also den Termin wahrgenommen hätte, die Damen und Herren kennengelernt hätte, mich auch vorgestellt hätte, ansonsten keine Äußerungen von mir geben würde; in dem Brief stünde alles Weitere drin.

Protokollarisch wurde dies in zwei Sätzen festgehalten. Ich unterzeichnete das Protokoll mit Vorbehalt einer Abschrift, die auch einem Nicht-Stenografierer lesbar ist, und unter harter Bedrängnis des Herrn Reichel, das Protokoll doch noch einmal aufzunehmen, da ich eine Korrektur angemeldet hatte und die Schriftführerin sonst durcheinander käme. Das ganze Spielchen sollte also noch einmal von vorne beginnen. Ich ging nicht darauf ein und war gerade im Begriff, die Szene zu verlassen, als Reichel ruckartig aufstand, die Tür aufmachte, auf dem Absatz kehrtwendete und mit einem Brustton, der ausdrücken sollte, daß ihm solch unerhörte Dinge noch nie passiert seien, sagte: "Das muß ich sofort dem Präsidenten melden." Er verließ mit der Schulamtsfrau das Zimmer und forderte mich auf, einen Augenblick zu warten.

Der Augenblick dauerte acht Minuten, ich war alleine mit der Schriftführerin, doch das offensichtlich gewünschte Gespräch von "Frau zu Frau" fand nicht statt. Nach meinem achtminütigen Schweigen kam Reichel schließlich zurück mit der Bemerkung: "Der Präsident wünscht Sie zu sehen." Ich ging mit Reichel in ein Zimmer, wo Herr Unruh meiner harrte (dessen Identität mir in dem ganzen Gewurschtel gar nicht klar war). Die untere Instanz war nicht zum Zuge gekommen, jetzt mußte die höchste ihr Glück versuchen.

Herr Unruh machte seinem Namen alle Ehre, legte hektisch los, wohl, damit ich mit dem Mitschreiben nicht zurande kommen sollte, das er sich verbat. Ungefähr folgendes sagte er dann: Er wolle sich mit mir über die Rechtslage unterhalten, das Verfahren sei angesetzt, damit sie einen Eindruck bekämen, daß ich aktiv für diesen Staat und seine Grundordnung eintreten würde . . . usw.

Ich verwies auf meinen Brief, Herr Reichel auf mein Zweisätzeprotokoll, worauf Herr Unruh noch unruhiger wurde und sagte: Damit sei alles gelaufen, sie würden alles dem Kultusministerium weiterleiten, ich hätte die Zweifel nicht ausräumen können, da ich mich geweigert hätte, ein Gespräch zu führen. Dem Zuckerbrot war die Peitsche gefolgt. Zu meinem Brief äußerte er sich dahingehend, daß er einige Passagen enthalte, die dafür sprechen würden, daß ich nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung . . . usw. Er meinte weiter, daß ich jetzt am Zuge sei mit einem Gerichtsprozeß, denn wir würden in einem Rechtsstaat leben, aber da würde dann die ganze Sache wieder aufgenommen und dann müßte ich vor Gericht ja doch meine Aussage machen.

Richtig, Herr Unruh! Den Gerichtsprozeß werde ich zu nutzen wissen, um die Machenschaften des Oberschulamtes vor der Öffentlichkeit aufzudecken! Mit allen Mitteln versuchte er mich doch noch zum Reden zu bringen. Ich wies ausdrücklich darauf hin, daß ich mir Rechtsberatung eingeholt hätte, dahingehend, daß ich das Recht hätte, schriftlich Stellung zu nehmen. Unruh fuhr mich an, das sei nicht wahr, ich hätte eine falsche Rechtsberatung erhalten. Er meinte, ich solle mir alles noch einmal überlegen, worauf ich aufstand und sagte: "Das Gespräch ist für mich beendet" und hinausging.

Gabi Siegmann

Gabriele Siegmann
68 Mannheim
Max-Joseph-Straße 23

Mannheim, den 26.8.1975

An das Oberschulamt Karlsruhe
75 Karlsruhe 1
Hebelstr. 2

Betrifft: Ihr Schreiben vom 21.8.1975

Sehr geehrte Herren!

Mein Examen für das Lehramt an Realschulen habe ich erfolgreich abgeschlossen. Meiner Tätigkeit als Lehrer steht nichts mehr entgegen. Im Gegenteil! Durch die Nichteinstellung von Lehrern haben ganz besonders die Schüler der Realschulen unter Stundenausfall zu leiden. Anstatt eines Einstellungsschreibens schickten Sie mir jedoch eine Vorladung zum Anhörungstermin.

In der Öffentlichkeit ist der Zweck solcher Anhörungstermine hinlänglich bekannt. Diese Termine sollen das Rückgrat der Bewerber testen in bezug auf ihre politische Willfährigkeit. Auch in meinem Fall bestätigen sich die Methoden der Materialfindung für diese Termine. Warum haben Sie es nötig, so zu arbeiten, sich der Zuträgerdienste des Verfassungsschutzes zu bedienen und mit solch zwielichtigen Methoden in der Vergangenheit der Bewerber herumzuforschen?

Man wird den Verdacht nicht los, daß dies seinen Grund darin hat, daß solche Überprüfungen durch den Staat, die dazu dienen, den Bewerbern am Rückgrat zu rütteln, sich keiner Beliebtheit in der Öffentlichkeit erfreuen und deshalb vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen werden müssen. Auf solch mühevolle Art die Bürokratie in Bewegung zu setzen, hätten Sie sich ersparen können, denn ich habe im Unterschied zu Ihnen nichts zu verbergen. Im Gegenteil.

Zweifel an meiner Eignung als Lehrer sind Ihnen gekommen, weil das Innenministerium in bezug auf meine Person festgestellt hat:

"Fräulein Siegmann kandidierte bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität Mannheim (WH) vom 6. bis 8. Juni 1972 für die 'Rote Liste'.

Die 'Rote Liste' war ein Wahlbündnis der 'Kommunistischen Hochschulgruppe/NRF' (KHG/NRF) mit den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften Psychologie, Soziologie, Ökonomie und Philosophie.

Nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 des Landesbeamtengesetzes darf in das Beamtenverhältnis nur übernommen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt."

Das hätten Sie deutlicher formulieren müssen!

Sie müßten etwa öffentlich erklären, daß die Verfassung es nicht duldet, daß die gewählten Vertreter der Studenten auch öffentlich den politischen Willen ihrer Wähler kundtun.

Oder Sie müßten öffentlich erklären, daß die Verfassung eine freie politische Tätigkeit in Ausbildung und Beruf nicht zuläßt.

Sie müßten öffentlich erklären, daß die Verfassung es gebietet, für die Greueltaten und die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam einzutreten. In der Wahlplattform der 'Roten Liste' hieß es dazu:

"Doch die Verbrechen des Imperialismus werden die Völker der Welt nicht davon abhalten können, sich vom imperialistischen Joch zu befreien, denn Völker sind stärker als Bomben." Hat sich dies nicht bewahrheitet?

Oder Sie müßten dann schon öffentlich erklären, daß es die Absicht der Verfassung ist, sich gegen die elementaren Rechte der Arbeiter und des Volkes zu wenden, daß es ihre Absicht ist, die Meinungs- und Koalitionsfreiheit einzuschränken und ich vorgeladen bin, um mich einer solchen Auffassung zu unterwerfen.

Dazu werden Sie mich freilich nicht verpflichten können. Ich könnte dies auch nicht verantworten vor den Eltern der Realschüler, die überwiegend Arbeiter und Angestellte sind. Gerade für sie ist das Recht auf Meinungs- und Koalitionsfreiheit ein elementares Recht, dessen Einschränkung sie nicht hinnehmen werden. Ich würde schlecht dastehen vor diesen Eltern, wo es doch gerade meine Aufgabe als Lehrer ist, zur Entfaltung und Entwicklung ihrer Kinder in ihrem Interesse beizutragen.

Ich fordere Sie nochmals auf, mich sofort einzustellen! Ich werde meinen Dienst als Lehrer nur mit aufrechtem und nicht mit gebücktem Gang antreten.

Hochachtungsvoll



Angehörige der Soldaten protestieren gegen die Einschiffung nach Angola

Angehörige der Soldaten protestieren gegen die Einschiffung nach Angola

---

Portugal:

Ämtersprung für Revisionisten schwerer geworden

Bericht unseres Korrespondenten aus Lissabon

Lissabon. "Die Arbeiterkommission des Nahrungsmittelfonds lehnt die Einsetzung eines Vizepräsidenten ab und verteidigt einen Außenhandel, der auf eine tatsächliche nationale Unabhängigkeit abzielt" – so lautet eine Überschrift der portugiesischen Tageszeitung "Diario de Noticias".

Aus einer Stellungnahme des Nahrungsmittelfonds, die am heutigen Tage erschien, geht hervor, wie die Revisionisten dem Sozialimperialismus das portugiesische Tor öffnen und mit welchen administrativen Tricks sie das fernab jeder Demokratie tun. Die Stellungnahme bezieht sich zunächst darauf, daß über die Köpfe der Arbeiter hinweg der Herr Dr. Waldemar Aresma als Vizepräsident des Nahrungsmittelfonds eingesetzt wurde, mit dem Auftrag der Koordinierung der Handelsbeziehungen zu den Oststaaten. Die Erklärung hebt hervor: "Am 4. September 1975 wurde durch den Präsidenten des Nahrungsmittelfonds die Arbeiterkommission für 16 Uhr zu einer Versammlung gerufen, wo den Versammelten bekanntgegeben wurde, daß sie innerhalb einer Stunde über folgendes eine Entscheidung treffen sollten: Der Staatssekretär für die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, Dr. Mendes Torreia, ehemaliges Mitglied des Ministerrats von Dr. Cunhal, war an den Präsidenten des Nahrungsmittelfonds herangetreten mit dem Ziel, einen Posten für einen Vizepräsidenten innerhalb des Nahrungsmittelfonds zu schaffen zur Koordinierung der Handelsbeziehungen mit den Oststaaten. Für diese Aufgabe ist vorgeschlagen der Dr. Waldemar Aresma, ebenfalls ehemaliges Mitglied des Ministerrats von Dr. Cunhal.

Die versammelte Arbeiterkommission hat sofort festgestellt, daß dieses Vorgehen nicht akzeptierbar ist, weil es allen von der Personalabteilung bei der Beratung von solchen Stellen bisher üblicherweise praktizierten Prinzipien zuwiderläuft. Diese Praktiken ähneln unbestreitbar den früher durch das faschistische Regime geübten."

Hier sollte offenbar auf dem Weg einer Behördenintrige ein wichtiger Posten im Staatsapparat mit einem Parteigänger der revisionistischen PCP besetzt werden.

Die Erklärung fährt fort: "Es ist wichtig, festzustellen, daß die Einstellung des Dr. Waldemar Aresma als Vizepräsident des Nahrungsmittelfonds nicht nur zu einer Zeit stattfindet, in der die meisten Arbeiter in Ferien sind und daher hierzu keine Position beziehen können, sondern daß sie sich auch so abspielt, daß der benannte Herr seine Arbeit im Nahrungsmittelfonds aufnimmt, bevor die Neustrukturierung dieses Organs festgelegt und durchgeführt worden wäre."

Kritisiert wird der Versuch der Revisionisten, dem alten, noch vom Faschismus übernommenen Staatsapparat einfach eine neue Leitung aus Parteigängern der PCP aufzupfropfen, um damit nach Gutdünken zu verfahren. Das Ziel, das die Revisionisten dabei verfolgen, wird im zweiten Teil der Erklärung kritisiert, der sich mit der Lage im Handel mit den Oststaaten befaßt:

"Dieser Handelsaustausch wird durchgeführt unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung, die uns schon zuvor durch die imperialistischen Länder aufgezwungen wurde. Bekannt ist gleichfalls die skandalöse Form, in der der Verkauf von Wein an die UdSSR stattfand. Betrachten wir die Entwicklung der Handelsbilanz Portugals in bezug auf die UdSSR in letzter Zeit: 1973 hatten wir einen Überschuß zu unseren Gunsten von 800 000 DM, 1974 von Januar bis November ein Defizit von 1,2 Millionen DM, 1974 von Januar bis Dezember von 2,2 Millionen und 1975 von Januar bis April ein Defizit von 15 Millionen DM. Das bedeutet nicht, daß diese Kommission gegen die Entwicklung des Handels mit den Oststaaten wäre. Wir verteidigen nur, daß dieser Austausch auf dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils beruhen muß, ein Prinzip, das in den Beziehungen mit allen Ländern der Welt angewendet werden muß. Es ist in der Tat notwendig", so schließt die Erklärung, "daß der Außenhandel neu strukturiert wird, aber hier gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Wege, das zu tun. Der eine Weg ist der bürokratische, den man uns aufzwingen will über Kabinettsmanöver und der nur dem einen oder dem anderen Imperialismus nützt, der andere Weg ist der demokratische, verteidigt durch die Arbeiterkommission, der auf der engen Verbindung der verschiedenen Arbeiterkommissionen beruht und auf einen Weg von wirklicher nationaler Unabhängigkeit abzielt." – (kkw)

Forts. von S. 1

Einschiffung verweigert . . .

Für den Mittwochabend wird in Porto von einer revolutionären Soldatenorganisation eine Demonstration vorbereitet, zu der am Sonntag alle Arbeiter und die Fabrik- und Stadtteilkomitees aufgerufen wurden. Am Montag trat der oberste Revolutionsrat der Streitkräfte zusammen. Er faßte unter anderem den folgenden schwerwiegenden Beschluß: *"Heute versammelte sich unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik General Costa Gomes der Revolutionsrat. Er analysierte die Lage im Regiment der Militärpolizei. Der Revolutionsrat beklagt die konterrevolutionäre Haltung, die von Einheiten dieses Regiments eingenommen wurde, indem sie den Einsatz in Angola verweigerten und dies mit einer Demonstration auf der Straße verbanden, was ein schwerer Verstoß gegen die revolutionäre Disziplin ist. Über den Generalstab und das Copcon werden die notwendigen Disziplinarmaßnahmen ergriffen. Es wurde ein Gesetz angenommen, das den Presseorganen die Verbreitung von Berichten oder Nachrichten über irgendein in militärischen Einheiten oder Einrichtungen geschehenes Ereignis untersagt, das verbietet, daß die Presse über individuelle oder kollektive Positionen von Militärs berichtet. Verboten ist weiterhin die Verbreitung irgendwelcher Kommuniques, Anträge oder Dokumente dieser Art in bezug auf Geschehnisse oder Positionen von Militärs, es sei denn sie stammen von folgenden Organen: dem Präsidenten der Republik, dem Revolutionsrat, dem Generalstabschef, den Chefs des Heeres, der Marine und der Luftwaffe, dem Copcon."* (Aus dem Kommunique)

Seit Montagabend, 21 Uhr, steht also die Berichterstattung über revolutionäre Bewegungen in der bürgerlichen Armee unter Strafe. Lediglich die Hauptquartiere in der Armee sollen sich äußern dürfen. Der Verstoß gegen dieses Gesetz wird bei Tageszeitungen mit Verbot des Erscheinens von 1 bis 10 Tagen, bei Wochenzeitungen bis zu 40 Tagen bestraft. Es fragt sich hier in Lissabon jeder, wie die staatlichen und militärischen Organe jetzt auf die revolutionäre Soldatendemonstration in Porto morgen Abend reagieren werden. Diese Demonstration steht unter anderem unter den folgenden Losungen:

Weg mit dem elenden Soldatensold!
Kostenlose Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln!
Reaktionäre raus aus den Kasernen!
Portugal wird nicht das Chile Europas!
Soldaten, immer, immer an der Seite des Volkes!

Auf einer Pressekonferenz am Samstag wurde diese Demonstration von einem Offizier, einem Soldaten und einem Rekruten im Namen der Soldatenorganisation SUV (Soldaten vereinigt werden wir siegen) angekündigt. Der Ausgangspunkt für diese Demonstration ist die Unterdrückung der fortschrittlichen Soldaten in letzter Zeit mit Hilfe des aus dem Faschismus stammenden Disziplinarregisters. Es ist die erste Demonstration dieser Art, die von einer revolutionären demokratischen Soldatenorganisation ausgeht.

Eines steht fest: Die bürgerlichen Kräfte sehen die Zersetzung der Armee durch ihre Einbeziehung in die Politik mit wachsender Sorge und sinnen auf Gegenmaßnahmen. – (kkw)

DGB-Bundesausschuß:

Kniefall vor der Regierung

Am 2. September traf sich der DGB-Bundesausschuß mit Bundeskanzler Schmidt

Die Regierung Schmidt hat ein Programm vorgelegt, das vorsieht: Prämienerhöhung der Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent, Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent, Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst; das davon ausgeht, daß die Lohnerhöhungen insgesamt unter der Inflationsrate liegen. Schmidt selber hat sein Programm auf den Nenner gebracht: Die Lohnquote senken, um die Gewinnquote zu steigern (Frankfurter Rundschau, 4. September).

golten. Er wird die Vorsitzenden gefragt haben, ob sie denn vorhätten, ihn zu stürzen, und hat erinnert an den Sturz der Regierung Müller 1930, die an der Ablehnung der Gewerkschaften über eine Prämienerhöhung der Arbeitslosenversicherung von 1 Prozent scheiterte. Das hat ihm Wehner schon vor einem Jahr vorgekaut. Das wollte Loderer nun nicht und gegen Ende der Sitzung erkannte er plötzlich auch positive Seiten der Prämienerhöhung. "Eine Solidar- **man mit uns, da können wir doch nicht plötzlich Nein sagen."** (Frankfurter Rundschau, 4. September)

1969 noch konnten die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre Staatstreue ausgeben als fortschrittlich und nützlich für die Arbeiter. Jetzt wird deutlich: In ihrer Treue zur Regierung verkaufen sie noch das letzte Hemd der Arbeiter und öffnen Tür und Tor für den Raubzug der Kapitalisten.

Nach dieser Sitzung ist Schmidt



Vetter und Schmidt auf der DGB-Ausschußsitzung

Aus dem Programm, mit Reformen die Demokratie sozialer zu machen, ist ein Programm der Reformen, die nichts kosten, geworden, geblieben ist jetzt ein Programm des Raubzugs gegen die Volksmassen. Die Regierung weiß, daß ihr Programm auf Widerstand stoßen wird. Sie fürchtet, daß die Arbeiter in Streiks verhindern, daß ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Denn sie könnten das Programm zu einem wertlosen Fetzen Papier machen. Dem will Schmidt vorbauen. Er sucht Unterstützung für sein Programm unter den Arbeitern selber. Dazu kann er die Gewerkschaftsvorstände benutzen.

Aber Schmidt hatte nicht vor, diese Unterstützung zu erbitten, er forderte sie ein und verlangt den ungeteilten Loyalitätsnachweis. Die Gewerkschaftsvorsitzenden hatten die Sitzung etwas anders verstanden als Schmidt. Sie wollten ihm ihre Schwierigkeiten darstellen, die sie bekommen, wenn sie mit diesem Programm vor die Arbeiter treten müssen. Deshalb sagte Loderer auch zu Anfang der Sitzung, die Prämienerhöhung für die Arbeitslosenversicherung könne von den Gewerkschaften nicht unterstützt werden, da sie den "kleinen Mann" treffe. Das wollte Schmidt aber nicht hören; Schwierigkeiten mit den Mitgliedern zu haben, das ist ihr Beruf, dafür werden sie mit Ansehen in der Partei entgemeinschaft habe nur dann einen Sinn, wenn sie in der Not funktioniere. Und hier handele es sich darum, daß die noch beschäftigten Arbeitnehmer etwas von ihrem Lohn zusätzlich abgäben für jene Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verloren hätten." Das hatte Schmidt dann schon mal in der Tasche, aber es reichte ihm noch nicht, es durfte den Vorsitzenden der Gewerkschaften nicht erlaubt werden, auch nur um Haaresbreite von dem Schmidt-Programm vor den Gewerkschaftsmitgliedern abzuweichen. Als Kluncker vorschlug, man solle alles auf die FDP und den konservativen Maihofer schieben, der ja das Einfrieren der Zulagen und Ortszuschläge vorgeschlagen hätte, fuhr ihm Schmidt über das Maul. Nicht die FDP sei es gewesen, sondern ausschließlich die SPD selber. Daraufhin, so berichtet die "Stuttgarter Zeitung", soll Kluncker geschwiegen haben. Er wird sich erinnert haben an den Streik von 1973, den die Regierung Brandt nicht verkraftet hat.

Schmidt hatte unbedingte Nibelungentreue verlangt, ohne jegliche Abstriche. Er hat sie bekommen. Nach der Standpauke sagte Loderer, nun hätte er keine Sorgen mehr für die Bundestagswahlen 1976, und wörtlich: **"Immer wieder haben wir in den zurückliegenden Jahren verlangt, daß man mit uns spricht. Jetzt spricht** wieder gestärkt an seine Arbeit gegangen. Seine Überlegungen zu einer Lohnpause im öffentlichen Dienst gab er bekannt und seine Parteifreunde setzten nach und sagten, das könne es aus Gründen der Gerechtigkeit nicht geben, wenn, dann müsse überall eine Lohnpause sein. Auch werden die Vorsitzenden mitmarschieren, denn sie haben weniger Tage vorher die völlige Treue versichert.

Aber die Vorsitzenden sind nicht die Gewerkschaft, dort müssen sie mit Widerstand rechnen. Die Stahlarbeiter haben in der Vorbereitung ihrer Tarifauseinandersetzung schon bewiesen, daß sie nicht daran denken, sich freiwillig zum Opfertisch des Kapitals führen zu lassen.

Trotz aller Appelle, nicht mehr als die Inflationsrate zu fordern, hat die Klöckner-Belegschaft beschlossen 12 Prozent, mindestens 140 Mark. Die Vertrauensleute des Siemens-Martin-Werkes Hoesch Westfalenhütte Dortmund haben erklärt: **"Die uns vor der Verkündung des sogenannten Sparprogramms aufgestellte Lohn- und Gehaltsforderung von zehn Prozent kann unter diesen Gesichtspunkten nicht aufrechterhalten werden. Wir werden auf der kommenden Vertrauensleutevollversammlung die Forderung nach 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 140 Mark monatlich, erheben."**

(db)

Betriebsversammlung Klöckner Hütte Bremen:

Belegschaft bekräftigt Mindestforderung 140 DM

Bremen. Auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen wurde an einigen Zahlen über die bisherige Produktions- und Belegschaftsentwicklung deutlich, wie sehr die Klöckner-Kapitalisten bei der Verschärfung der Ausbeutung in den letzten Monaten zugelangt haben: Wenn das bis Ende des Jahres so weitergeht, legte der Betriebsrat in seinem Bericht dar, so haben wir im Monatsdurchschnitt 1975 genausoviel Stahl produziert wie im Monatsdurchschnitt 1974 – zur Zeit des größten Stahlbooms seit Jahren! Und das, obwohl im Warmbereich seit April 1975 nur noch 32 Stunden durchschnittlich in der Woche produziert werden und alle zwei Monate die gesamte Produktion der Hütte für vierzehn Tage stillgelegt wird. Damit nicht genug, wurde dieselbe Tonnage wie im Vorjahr mit 200 Arbeitern weniger geschaffen als 1974.

Daß es so weitergehen soll, haben die Kapitalisten schon angekündigt: Bis Ende des Jahres 32-Stunden-Woche im Warmbereich, Blockstillstand in den letzten beiden Dezemberwochen, zusätzlicher Stillstand im Kaltwalzwerk (KW) eine Woche im Oktober und in der ersten Dezemberwoche. Dennoch wollen die Kapitalisten im Oktober 180 000 Tonnen und im November 176 000 Tonnen Stahl produzieren lassen. Der Betriebsrat hat diesen Plänen noch nicht zugestimmt.

Als der Arbeitsdirektor den Blockstillstand zu Weihnachten damit begründete, daß der Werksvorstand den Kollegen gerade in dieser Zeit einen zusammenhängenden Freizeitkomplex schaffen sollte, wurde er von den Kollegen lauthals ausgelacht.

Auf die Fragen der Kollegen, wie er denn angesichts der genannten Produktionszahlen die Kurzarbeit überhaupt begründen könne, wollte der Arbeitsdirektor nicht antworten. Stattdessen rief er zu *"gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Schwierigkeiten"* auf. Die Kollegen sollten sich doch mal in ihrem Bekanntenkreis nach arbeitslosen "Spezialisten" umsehen, mit denen die Unterbesetzung gedeckt werden könne. Auch für diese dreiste Aufforderung erntete er Proteste und Gelächter.

Während die Kapitalisten anfangs nur einen Teil der Kollegen für jeweils eine Schicht pro Woche nach Hause geschickt haben, um die monatliche Durchschnittsproduktion auf dem Vorjahresniveau zu halten, schicken sie jetzt die ganze Belegschaft schon für einen halben Monat in Zwangsurlaub. So sehr haben sie die Ausbeutung unter dem Druck des anschwellenden Arbeitslosenheeres verschärft!

Die für Dezember geplante Kurzarbeit kann für einen Kollegen im Kaltwalzwerk – je nachdem, wieviel Zulagenschichten in die Kurzarbeit fallen – zwischen 400 und 500 DM weniger bedeuten, mindestens aber bedeutet sie knapp 300 DM weniger.

Angesichts dieser Situation verschlug es den Kollegen die Sprache, als der Vertreter der IG Metall-Ortsverwaltung die Maßnahmen der Bundesregierung ausdrücklich begrüßte und nur die Mehrwertsteuererhöhung bemängelte. Zu den Tarifforderungen des Vertrauenskörpers nach 12 Prozent – mindestens 140 DM mehr vom Vortag hat sich der IGM-Vertreter nicht konkret geäußert. Er ließ aber durchblicken, daß sie ihm nicht paßten, indem er darauf verwies, daß die Tarifkommission das letzte Wort habe.

Angesichts der auf der Betriebsversammlung anhand von Zahlen deutlich gewordenen Verschärfung der Schweißauspressung und der geplanten Raubzüge auf unsere Lohntüten ist die vom Vertrauenskörper aufgestellte Lohnforderung, daß kein Kollege unter 140 DM mehr im Monat bleiben darf, völlig gerecht. **Um das noch einmal zu bekräftigen, haben Genossen der Betriebszelle in der zweiten und dritten Schichtversammlung folgenden Antrag eingebracht:**

"Die Betriebsversammlung begrüßt ausdrücklich den Beschluß des Vertrauensleutekörpers, zur diesjährigen Tarifrunde 12 Prozent – mindestens aber 140 DM zu fordern. Insbesondere hält die Betriebsversammlung fest, daß kein Kollege unter 140 DM mehr im Monat aus dieser Tarifrunde herauskommen darf. Sie fordert den Betriebsrat auf, diesen Beschluß an die Tarifkommission Eisen und Stahl in Nordrhein-Westfalen und als Leserbrief an die Zeitung der IG Metall zu schicken."

Auf beiden Versammlungen stellte sich die überwältigende Mehrheit der Kollegen hinter die Forderung ihres Vertrauenskörpers, indem sie dem Antrag zustimmte (insgesamt ungefähr 3 000 Kollegen). Auf der ersten Schichtversammlung wurde der Beschluß des Vertrauenskörpers per Akklamation unterstützt.

(Betriebszelle Klöckner- Hütte, /t)

Stahlwerke Peine-Salzgitter:

Seit März 2000 weniger

Salzgitter. Wie die Arbeitshetze bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter (P + S) gesteigert wird, dazu haben die Genossen aus Peine in KVZ Nr. 34 schon Beispiele gebracht. Jetzt ist bekannt geworden, daß ab März 1975 rund 2 000 Arbeiter und Angestellte abgebaut worden sind (hauptsächlich wegen Krankheit und Rente). Das sind rund zehn Prozent der Gesamtbelegschaft. Auf der anderen Seite aber ist noch die Produktivität pro Kopf der Belegschaft im letzten halben Jahr um zehn Prozent gestiegen.

Diese Abgänge aber werden nicht ersetzt, da die Abteilungen und Betriebe nach Angaben der Kapitalisten weiterhin "voll besetzt" seien. Tatsache aber ist, daß alle Schichten zu etwa 40 Prozent unterbesetzt sind.

Während also die Belegschaft um 2 000 Arbeiter und Angestellte verringert wurde, werden die jetzt ausgelernten Jungfacharbeiter nicht übernommen (zirka 300). Für 90 Prozent der Jungfacharbeiter gibt es ab 1. September auf drei Monate befristete Zeitverträge. Nach den drei Monaten sollen alle entlassen werden, weil in den Abteilungen alle Stellen "besetzt" sind. Zehn Prozent der Jugendlichen, hauptsächlich Kaufleute und technische Zeichner, werden sofort gekündigt.

Was tun Betriebsrat und Jugendvertretung? Sie vertrösten die Jugendlichen mit einem höheren Arbeitslosengeld, weil "wenn sie drei Monate arbeiten, bekämen sie höheres Arbeitslosengeld als direkt nach der Lehre". Also die gleichen sozialdemokratischen Politiker in Gewerkschaft und Betriebsrat, die nicht müde werden, zu sagen, daß die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, bekämpft werden müsse, stimmen jetzt Zeitverträgen als Vorstufe zur Entlassung zu. – (h., Salzgitter)

Kurzarbeit Hoechst

Frankfurt/M. Bei Hoechst wurde die Kurzarbeit seit dem 1. April immer mehr ausgedehnt. So arbeiteten am 18. August 2 514 im Hauptwerk kurz, hauptsächlich im Farbenbereich, aber auch in den anwendungstechnischen Abteilungen. Am 1. September kamen außerdem Teile des Ingenieurswesens und der Verwaltung (Personal- und Sozialwesen) dazu. Auch die Raumpfleger arbeiten kurz. In einem Rundschreiben der Werksverwaltung an die Leitungen der Geschäftsbereiche, Abteilungsleiter und Betriebsführer werden die Pläne der Kapitalisten deutlicher: "Denkbar wäre auch, daß bis zu diesem Zeitpunkt (Ende des Jahres) nicht unerhebliche Teile der Belegschaft kurzarbeiten." In einem Umlauf des Betriebsrates vom August an alle betrieblichen Vertrauensleute wird versichert: "Es liegen weder Pläne für Entlassungen vor noch wurde über solche gesprochen." Anstatt jetzt Klarheit über die weiteren Pläne der Kapitalisten zu verlangen, drängt der Betriebsrat darauf, die Meinungsbildung in der Belegschaft abzuschneiden. In seinem Umlauf stellt der Betriebsrat fest, er sei "daran interessiert, bis zur Entscheidung nicht zu breit und zu lange zu diskutieren".

Klöckner Osnabrück – Vertrauensleutesitzung

Diskussion über Tarifrunde abgebrochen

Osnabrück. Am Dienstag, dem 9.9., fand bei Klöckner-Osnabrück eine Vertrauensleutesitzung statt. Nach der Einladung für die Vertrauensleuteversammlung sollte die Tarifrunde '75 in der Stahlindustrie nicht behandelt werden. In Diskussionen mit Vertrauensleuten und Kollegen wurde in den Tagen davor jedoch eindeutig geklärt, daß die Tarifrunde behandelt werden muß, wenn die Arbeiter die Sache nicht aus der Hand geben wollen.

80 Vertrauensleute waren anwesend und der erste Bevollmächtigte der IG Metall Osnabrück und gleichzeitige Oberbürgermeister Ernst Weber (SPD) erschien. Gleich am Anfang der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht, daß die Tarifrunde ausführlich behandelt werden soll. Dieser wurde vom Vertrauenskörper-Vorstand abgelehnt und unter den Tagesordnungspunkt 'Verschiedenes' gegliedert.

Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall erklärte, daß keine Forderung benannt werden sollte und er auch zu keiner Forderung seine Meinung darstellen wolle.

Ein Kollege stellte in einem Redebeitrag dar, daß die Aufstellung einer Forderung notwendig sei, um den Forderungen der Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern nach Lohnpause entgegenzutreten, und daß es darauf ankomme, den Lohnkampf zu führen, um den Reallohn abzusichern. Die Diskussion über die Tarifrunde sollte aber nach Meinung der Vertrauenskörper-Leitung und Ernst Webers nicht konkret werden. Und so wurde kurzum die Diskussion abgebrochen.

Jedoch wurde klar, daß die Vertrauensleute in den Betrieben die Forderung mit den Kollegen diskutieren wollen. Das Ergebnis soll am 10. Oktober auf einer Vertrauensleutesitzung zusammengefaßt werden. Nach der Vertrauensleutesitzung wurde unter vielen Vertrauensleuten und im Elektrobetrieb dann schon konkret über eine Forderung diskutiert. Im Frühstücksraum diskutierten 10 Kollegen, mit zwei Betriebsräten und zwei Vertrauensleuten, daß die Forderung bei 12 Prozent liegen muß, wobei in den weiteren Diskussionen auf die Dringlichkeit einer Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich hingearbeitet werden muß.

Schmidt am Machen –

Heißhunger auf unbezahlte Arbeit im öffentlichen Dienst

Seitdem die Großbanken der Regierung Schmidt/Genscher den Kredit gesperrt haben, ist der Kanzler nicht zu halten. Ihn hat die Sparwut gepackt. Insbesondere die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen Gegenstand der Sparwut werden.

Konkret, die Absicht der Regierung besteht darin, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehr Arbeitskraft verausgaben für den gleichen oder weniger Lohn. Um der Regierung "sparen" zu helfen, sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihr für einen Schleuderpreis das einzige überlassen, was sie haben: ihre Arbeitskraft. Im Zeitalter des allgemeinen Sparens werden die Lohnabhängigen zur Verschwendung aufgefordert, Ihrer Arbeitskraft nämlich.

Von dieser Sorte Verschwendung halten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht viel. Das zeigen die Tatsachen. Überall, wo die Belegschaften gegen die Maßnahmen der Regierung selbständig und in eigener Regie antreten können, gibt es Auseinandersetzungen.

Die gegenwärtige Rationalisierungswelle läuft gegen Widerstand. Die Umsetzungen, die mit Lohnverlusten verbunden sind, werden nicht einfach hingenommen. Die geplante Beseitigung der 40-Stunden-Woche stößt auf Gegenwehr. Die gesteigerte Beaufsichtigung, Bespitzelung und Antreiberei während der Arbeitszeit wird bekämpft. In diese Aktionen, die über die Durchführung von Versammlungen oft noch nicht hinausgehen, der Öffentlichkeit auch gar nicht bekannt werden, sind große Teile der ÖTV verwickelt. Kein Zweifel, dem Appetit auf die Lohnquote, den der Kanzler jüngst geäußert hat, wird Gegenwehr entgegengesetzt. Zumindest dort, wo es die Belegschaften selber machen können. Also auf Betriebs- oder Amtsebene.

Diese Situation, und sie ist schwierig für den Heißhunger der SPD/FDP-Regierung nach unbezahlter Arbeit, hat der Bundeskanzler Schmidt mit einem Coup zu bereinigen versucht.

Voriges Jahr hat sich die SPD noch hinter Maihofer versteckt. Der ist Gottseidank in der FDP, so daß vermieden werden konnte, daß sich der Name der Sozialdemokratie unauflöslich mit dem Begriff des Lohnraubes verquickt. Man hat ihm von der Regierung aus Deckung gegeben. Sich aber doch eher im Hintergrund gehalten.

Diesmal ist die Lage anders. Schmidt hat sich entschlossen, daß man die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst stoppen muß, bevor sie begonnen hat.

Zu diesem Zweck hat er eine Reihe ziemlicher Unverschämtheiten begangen. In der Vorlage des Haushaltssicherungsgesetzes sind "Sparposten" angegeben, die vom Bundestag gar nicht beschlossen werden können, weil sie die tarifliche Vereinbarung mit den betroffenen Gewerkschaften zur Voraussetzung haben. Dies ist eine Liederlichkeit, die ihm das bürgerliche Magazin "Der Spiegel" auch aufrechnet.

Schmidt hat gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit mit "Einsparungen" geprotzt, von denen gar nicht sicher ist, daß er sie durchkriegt.

Dann hat der Bundeskanzler sofort die zweite Unverschämtheit begangen. Er hat angefangen, von einer Verschiebung der Lohnverhandlungen auf den Juli zu sprechen.

Verschiedene Seiten haben dem Kanzler daraufhin zu verstehen gegeben, daß sowas so nicht laufen wird. Ein Nullabschluß für fünf Monate, der zudem den Lohnsockel durch die Inflation so weit drückt, daß eine nominal ziemlich hohe Forderung aufgestellt werden müßte, wenn man dem Lohnraub entgegenwirken will.

Daraufhin hat der Kanzler zu verstehen gegeben, daß er natürlich nur die Bundesbeamten im Auge habe. Wo es der Bundestag durch einfaches Gesetz beschließen kann. Er muß dann begriffen haben, daß er sich damit ganz verstrickt. Denn er würde den Beamtenbund (eine ideologische Säule jeder Regierung und ein Wellenbrecher im Lohnkampf) ruinieren. Scharenweise würden die Bundesbeamten (bloß die kleinen, versteht sich) zur ÖTV übergehen. Und unvermeidlich würde die Forderung nach Streikrecht für Beamte laut.

Seitdem redet der Schmidt wieder davon, daß die Sache nur in Frage käme, wenn man sich für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder sogar für alle Arbeiter drauf einigt.

Die ÖTV hat jetzt schon offiziell gesagt, daß sie nicht will.

Sie kann auch schlecht. **So** wenigstens nicht. Zumindest nicht gleich.

Mit dem Eiertanz der letzten Woche hat Schmidt das ganze feine Geweb, das die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der sozialdemokratischen Regierung verbindet, schwer erschüttert. Jetzt ist ein Konflikt da. Die Gewerkschaftsführung ist sauer. Nicht wegen der Sache selber. Heinz Kluncker sieht einen "objektiven Zwang zum Sparen" gegeben.

Sondern **weil sie nicht gefragt worden sind.**

Im Gegenzug reden die Gewerkschaftsführer davon, daß eine Lohnpause nicht in Frage kommt. Das halten sie für eine scharfe Drohung. Von Maßnahmen dagegen reden sie nicht. Das ging ihnen zu weit.

Hinter den Kulissen was aushandeln. SPD-fraktionsintern. Dann "scharfe Verhandlungen" mimen. Und dann als Gewerkschaftsführer eine staatsmännische Einsicht zeigen. Das ist die Methode, die sie schätzen. So daß der Gewerkschaftsführer großartig dasteht bei allen, die einen bürgerlichen Staatsmann für etwas Beachtliches halten. Mit dieser Methode hat Schmidt gebrochen. Nach den Schmidt-Vorstößen haben die Gewerkschaftsführer nicht viel Platz, sich von der häßlichen Raupe des harten und unnachgiebigen Interessenvertreters zum strahlenden Schmetterling des staatstragenden Weisen zu entfalten. Sie sind abgebügelt und als doofe Jungs hingestellt, bevor sie sich überhaupt geäußert haben.

In den höheren Etagen der Gewerkschaftsgebäude gibt es Unruhe. Man fragt sich: Spinnt der Schmidt? So geht es doch nicht!

Er spinnt nicht. Er pokert bloß. Er hat die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in eine Lage gebracht, in der sie nachgeben müssen oder den Bestand der Regierung gefährden.

Dabei meint er, die Gewerkschaftsführung würde sich allemal für den Bestand der Regierung entscheiden.

Der "Spiegel" hat es gerochen. Er vermutet, dem Heinz Kluncker würde es sowieso noch schwer auf der Seele lasten, daß nach dem großen ÖTV-Streik der gute Willy weggeschafft wurde, natürlich weil er als Kettenhund gegen die Arbeiterbewegung nicht so geeignet war wie Schmidt. Dies ist auch die Rechnung von Schmidt. Die Rechnung kann aufgehen. Sie kann bloß aufgehen, wenn sich die Beschäftigen im öffentlichen Dienst nicht selbständig zu Wort melden und der Gewerkschaftsführung das Argumentieren überlassen. Wenn jetzt die Vorbereitung der Lohnbewegung in den Betrieben weiter verzögert wird, dann wird die Gewerkschaftsführung irgend etwas Unerträgliches abschließen.

Die Regierung Schmidt/Genscher hat die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften insbesondere im öffentlichen Dienst frühzeitig und brutal gesucht.

Was als Unverschämtheiten erscheint, das sind neben Versuchen der Lohnkürzung auch Ansätze, die Entrechtung im öffentlichen Dienst voranzutreiben. Einseitige Regierungsbeschlüsse über Tarifverträge, was ist das anderes als ein direkter Angriff auf die Tariffreiheit im öffentlichen Dienst überhaupt?

In dieser Woche noch wird die Große Tarifkommission der ÖTV zusammentreten und zu beraten haben, wie die Gewerkschaft gegenüber diesen Angriffen auftritt. Schon im letzten Jahre war es nur mit Mühe und knapp gelungen, die Große Tarifkommission für den Niederlagenkurs zu gewinnen, der dann beschlossen wurde.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Große Tarifkommission einen vollständigen Kniefall beschließen wird. Sie wird zumindest in Worten dem Lohnräuber Gegenwehr bieten. Dieses wird man ausnützen müssen, ausnützen können, um die Erhöhung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, die sich in den betrieblichen Auseinandersetzungen gegenwärtig abzeichnet und die der wachsenden politischen Selbständigkeit der Belegschaften zu verdanken ist, in die Waagschale des Kampfes um den Tariflohn zu werfen. (mf)

Zahl der höheren Beamten wächst rasch

Seit einiger Zeit versuchen die bürgerlichen Zeitungsschmierer und Politiker aller Parteien Front zu machen gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Personalkosten seien zu hoch.

Die Personalkosten sind allerdings zu hoch, aber nicht bei den Arbeitern, dem Großteil der Angestellten und den "unteren" Beamten.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stieg von 1962 bis 1974 in Bayern um 55,9 % auf insgesamt 219 074. Genau im selben Zeitraum stieg die Zahl der Beamten des höheren Dienstes um 134,8 % und die Zahl der höchsten Besoldungsgruppe B um 453,5 %!

Diese Herren verdienen zum Teil weit über 6 000 DM.

Im Jahr 1962 gab es in Bayern zum Beispiel 968 Direktoren (Besoldungsgruppe A 15, Verdienst zwischen 3 500 und 4 500 DM); jetzt sind es 9 284! Die Zahl der Oberdirektoren stieg von 278 auf 1 751. Alleine der Anteil der Direktoren im höheren Dienst macht jetzt statt 7 % 1962 30 % aus.

Auf die Loyalität der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten setzt der bürgerliche Staat anscheinend nicht, und das nicht zu Unrecht; vielmehr versucht er auf Kosten des großen Teils der Lohnabhängigen beim Staat, seine Funktionsträger nicht nur so gut zu bezahlen, daß sie in ihren Positionen die Arbeiter und Angestellten und niederen Beamten unterdrücken und schikanieren, sondern daß sie ihm blind ergeben und hörig sind bis zum Untergang.

2 Monate Lohn vorenthalten – Streik

Celle. Als im Juni bei dem Bohrunternehmen **Göttker** die Löhne einbehalten wurden, erklärte die Firmenleitung, nur so könnten die momentanen Geldschwierigkeiten behoben und die 250 Arbeitsplätze erhalten werden. Als die Schwierigkeiten offensichtlich nicht behoben wurden, vielmehr die Sparkasse Hannover 1,2 Millionen festhielt, ließen sich die Kollegen nicht länger hinhalten. Am 25. Juli legten zwei Drittel aus der Werkstatt die Arbeit nieder und forderten sofortige Auszahlung der Löhne für Juni. Nach zwei Stunden wurde der Forderung nachgegeben. Am 3. September haben die Kollegen wiederum gestreikt, diesmal für die Auszahlung der Julilöhne.

Auszahlung der Julilöhne.

Sie haben gleichzeitig gefordert, daß die Betriebsleitung endlich klare Auskunft über die Situation des Betriebes geben soll. Die Auszahlung der Julilöhne wurde den Kollegen für Montag, den 8.9. zugesagt.

Letzten Montag haben die Kollegen, die im Ausland arbeiten, die Reise nach Libyen verweigert, weil für sie sogar die Junilöhne noch ausstanden. Ihre Junilöhne haben sie am Freitag, dem 5.9. erhalten. Sie sind trotzdem noch nicht am Freitag abgereist, weil sie der Zusage der Geschäftsleitung nicht trauen, daß am Montag die Julilöhne überwiesen sein sollen. Für alle stehen die Augustlöhne weiter aus.

Mailänder: 90 Prozent der Arbeiter für Widerstand gegen Lohnabbau

Ludwigsburg. Wie in der vorletzten KVZ berichtet, hat der Inhaber der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim seine Pläne zur Streichung aller übertariflichen Zulagen ab 1. August wahrgemacht. Bei der letzten Lohnauszahlung hat sich diese Streichung zum ersten Mal ausgewirkt: **bis zu 2 DM Stundenlohn oder bis zu 320 DM monatlich weniger.**

Mit dem Geld, das die Kollegen jetzt weniger bekommen, hat Mailänder zuerst einmal die Fassade seiner Fabrik verschönern lassen und sich einen neuen Mercedes zugelegt.

Bisher hatte die Gewerkschaft noch nichts unternommen, die Kollegen zu Kampfmaßnahmen zu ermutigen. Vor zwei Wochen wurde dann eine Fragebogenaktion durchgeführt, in der die Gewerkschaft die Meinung der Kollegen erkunden wollte. Anhand des Umfrageergebnisses war klar zu ersehen, daß die Kollegen jederzeit zu Kampfmaßnahmen bereit sind. 90 Prozent der Kollegen beteiligten sich an der Umfrage, wobei 90 Prozent der Arbeiter und 65 Prozent der Angestellten sich für Widerstand aussprachen.

(Hüller-Zelle der Ortsgruppe Ludwigsburg)

„Der Chef soll runterkommen!"

Graubremse Heidelberg: Anderthalb Stunden Streik gegen geplanten Abbau der Sozialleistungen

Heidelberg. Bei der Graubremse Heidelberg wurde am 5. September gestreikt. Anlaß: Die Geschäftsleitung weigerte sich, neue Fahrgeld-Anträge nach dem alten Satz zu behandeln. Jetzt sollte nicht mehr ab 12 DM, sondern erst ab 18 DM das Fahrgeld von der Firma bezahlt werden.

Der Vertrauenskörper war empört und diskutierte auf seiner Sitzung am 3. September, was zu machen sei. Mit dem Fahrgeldzuschuß sollte begonnen werden, der weitere Abbau innerbetrieblicher Sozialleistungen ist geplant. Nicht nur der Fahrgeldzuschuß sollte um 6 DM pro Woche gekürzt werden; die Nachtschichtzulage sollte von 1 DM auf 50 Pfennig gestrichen, das Essensgeld von 1,20 DM auf 1,40 DM erhöht werden. Kurz: Alles, was an – ohnehin dürftigen – Sozialleistungen da ist, sollte gestrichen oder gekürzt werden.

Und was das Fahrgeld angeht, so kam die Kürzung gerade einen Monat nach der Fahrpreiserhöhung bei der HSB (Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG), gegen die 6 000 Menschen auf der Straße gekämpft hatten. Auch bei der Graubremse wurden 50 Unterschriften zur Unterstützung der Protestaktion gesammelt und der Betriebsrat hatte im Namen der Belegschaft eine Protesterklärung an den Stadtrat geschickt.

Jetzt sollten sie bei der Graubremse nochmal draufzuahlen.

"*Vertrauenskörper und Belegschaft der Firma Graubremse sind gegen den geplanten Abbau der Sozialleistungen.*" So lautete sinngemäß die Entschließung des Vertrauenskörpers, unter die am Donnerstag über 300 Unterschriften (von zirka 600) gesammelt wurden.

Am Freitag um 10 Uhr begannen die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung.

Gleichzeitig wurde in verschiedenen Abteilungen diskutiert, wie dem Betriebsrat am besten der Rücken gestärkt werden könnte. Nach einigem Hin und Her wurde die Parole ausgegeben: Nach der Mittagspause bleiben die Maschinen erst mal eine Viertelstunde stehen.

In der Montage sammelten sich dann zuerst die Kollegen aus Werkzeugbau, Sonderwerkstatt und Endkontrolle, und nach und nach stand auch bei den Akkordarbeitern in der Montage eine Maschine nach der anderen still. Doch kaum war es soweit, da kam der in der Montage arbeitende Betriebsrat und gab das Ergebnis der Verhandlungen bekannt: Das verweigerte Fahrgeld wird nachgezahlt, vorläufig bleibt bei allen Sozialleistungen alles beim alten; nach der nächsten Betriebsversammlung am 23.9. werden erneut Verhandlungen stattfinden.

Große Unzufriedenheit unter den Kollegen: Dafür hatte man die Klamotten hingeschmissen, daß jetzt das endgültige Ergebnis erst in drei Wochen rauskommen sollte? "Jetzt stehen wir hier und jetzt wollen wir's wissen." "Der Grau will doch die Sache bloß rausschieben." "Der soll jetzt sagen, was er macht."

,Der Betriebsrat ruft an, und nach zwei Minuten ist der Betriebsratsvorsitzende zur Stelle. "Wir kennen jetzt die Pläne der Geschäftsleitung und der Betriebsrat soll jetzt noch einmal neue Vorstellungen entwickeln, wie die Probleme zu lösen sind. Auf der Betriebsversammlung kann der Dr. Grau ja dann die Stimmung unter Euch mal spüren."

Die Kollegen waren anderer Meinung: "Das kann er doch gleich haben. Er kann ja runterkommen und sich das hier mal ansehen, dann weiß er, wie die Stimmung ist." Einige Kollegen wollten wieder an die Arbeit, die meisten blieben stehen. Der Betriebsratsvorsitzende soll den Grau anrufen!

Nach weiteren zehn Minuten etwa erscheint der Herr Doktor und ist schnell von 50, 60 Kollegen eingekreist. Man wartet auf seine Erklärung. "Wir müssen einen kühlen Kopf behalten ... Überall wird doch jetzt gespart ... Bei den meisten Betrieben sind doch schon Massenentlassungen und Kurzarbeit ... Das haben wir noch nicht. Wir müssen eben rechtzeitig ansetzen, damit es bei uns nicht auch so weit kommt. Es ist doch gar kein Grund zur Panik. Erstmal bleibt alles beim alten, und dann müssen wir eben mit dem Betriebsrat zu einer Einigung kommen ... Ich will Ihnen doch gar nichts aufzwingen; wenn der Betriebsrat Nein! sagt, dann ist eben gar nichts ..."

Gelächter aus den Reihen der Kollegen: "Wenn das so ist, dann ist ja die Sache klar. Das Nein haben wir ja schon gesagt!" Und der Betriebsratsvorsitzende: "Wenn das so ist: Nein!"

Grau: "So hab ich das nicht gemeint. Ich meine nur, wir sitzen doch alle im gleichen Boot. Es ist wie auf einem Schiff. Wenn da ein Unwetter kommt und die Mannschaft macht nicht mit, dann kann der Kommandant auch nichts machen, dann geht das Schiff eben unter."

"Bloß daß der Kommandant als letzter ertrinkt, weil er am höchsten steht; zuerst ersäuft mal die Mannschaft!"

"Wir sehen überhaupt nicht ein, daß auf unsere Kosten gespart wird. Bei Ihnen sind das vielleicht kleine Beträge mit den Sozialleistungen, aber bei uns geht das vom Lohn ab." "Solche Maßnahmen treffen doch wieder die am härtesten, die sowieso am schlechtesten dran sind."

Nach anderthalb Stunden ist der Streik beendet.

Die Kollegen haben dem Herrn Doktor zu verstehen gegeben, daß sie sich keine "neuen Vorstellungen entwickeln" brauchen, daß für sie die Sache klar ist: Kein ~~Abbau~~ von Sozialleistungen! Keine Sparmaßnahmen auf Kosten der Kollegen! – (i., Graubremse)

500 Wilke-Arbeiter demonstrierten gegen Stillegungspläne

Braunschweig. Am Freitag, dem 5.9., zogen 500 der 600 Arbeiter und Angestellten der Wilke-Werke durch die Straßen zum Rathaus. Die Firma hatte trotz guter Auftragslage eine Woche vorher einen Vergleichsantrag gestellt und Löhne und Gehälter nur zum Teil ausgezahlt. Unmittelbarer Anlaß für den Vergleichsantrag war eine Kreditverweigerung der Deutschen Bank und der Norddeutschen Landesbank. Die Kollegen demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Im Rathaus saßen um diese Zeit Vertreter der Landesregierung, des Stadtrates, des Wilke-Vorstandes und der IG Metall, um über eine Kreditbürgschaft für Wilke zu beraten. Inzwischen sind Löhne und Gehälter ausbezahlt. Die Löbbecke Bank, eine Tochtergesellschaft der Norddeutschen Landesbank, hat einen Überbrückungskredit gegeben. Die Landesregierung überprüft die Übernahme einer Bürgschaft.

Lärmzulage erstreikt

Wiesloch/Heidelberg. Um im Rahmen der Produktionsumstellungen bei den Süddeutschen Metallwerken (BBC) Walldorf (bei Wiesloch) vier neue Transferstraßen einzurichten, ließ die Geschäftsleitung jetzt in der Stanzerei-Halle verschiedene Mauern abreißen und neue Stützpfeiler hochziehen. Damit "der Produktionsprozeß nicht beeinträchtigt wird", mußten die Kollegen bei höllischem Lärm und dickem Staub weiterschaffen.

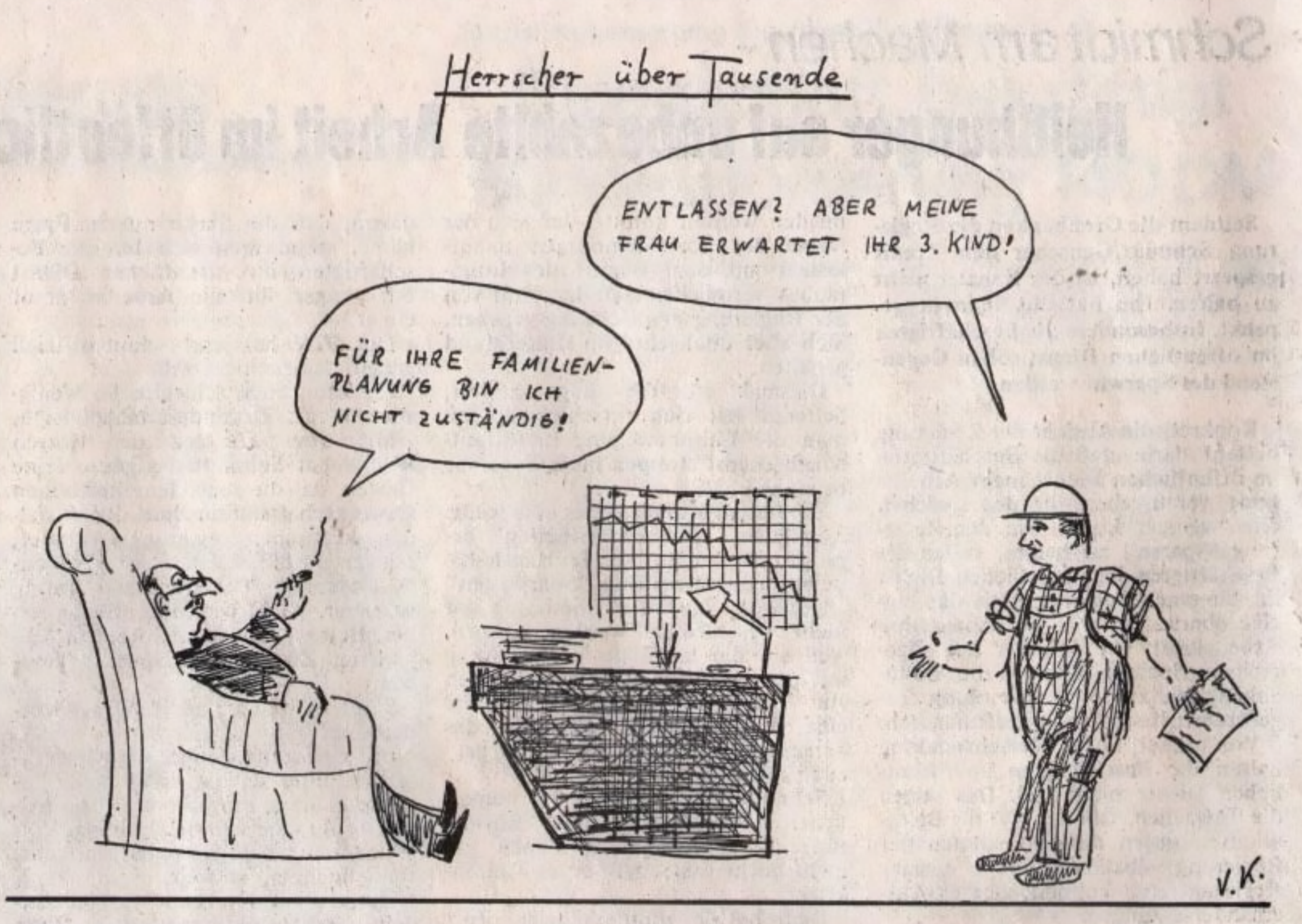
Am Dienstag vorletzter Woche hatten die Kollegen dort schließlich genug: Zirka 50 warfen die Brocken hin und gingen auf den Hof, um dort "frische Luft zu schnappen". Nach einer knappen Stunde war die Geschäftsleitung bereit, eine einmalige Zulage von 120 Mark zu zahlen. – (g. Wiesloch)

Unterschriftensammlung : ausländische Arbeiterinnen gegen §218

Im Arbeiterinnen-Wohnheim

Hannover. Von unseren ausländischen Kolleginnen bei Westinghouse wohnen viele im Frauenwohnheim in der Fössestraße 81. Da wir viele von ihnen während der Arbeitszeit nicht erreichen können, beschloß ich mit einer türkischen Kollegin, die dort wohnt, im Frauenwohnheim Unterschriften gegen den § 218 für einen Volksentscheid zu sammeln. Obwohl die meisten Frauen entweder in Urlaub oder auf Spätschicht waren, bekamen wir 18 Unterschriften von etwa 35 Frauen. In dem Heim wohnen überwiegend türkische und spanische Arbeiterinnen, aber auch griechische, jugoslawische und deutsche Kolleginnen, darunter auch einige Rentnerinnen. Auf den Fluren entwickelten sich schnell lebhafte Debatten um den § 218 und die Forderungen. Bei vielen spanischen und auch jugoslawischen Kolleginnen ist die Religion noch tief verwurzelt, und sie hielten Abtreibung für Mord. Nicht alle konnten wir von der Forderung nach dem Recht auf Abtreibung überzeugen. Bei den anderen stießen wir jedoch auf große Zustimmung. Zwei Kolleginnen berichteten uns, daß sie selber vor kurzem abgetrieben hätten, weil sie ein Kind aus finanziellen Gründen nicht großziehen könnten.

"Entweder man verliert den Arbeitsplatz für immer, was man sich gerade jetzt in der Krise genau überlegen muß, dann kann man sich zwar um das Kind kümmern, aber das Geld reicht dann gerade so zum Vegetieren. Oder man arbeitet weiter, hat dann aber niemand fürs Kind. Findet man jemanden, dann geht dafür bald der halbe Lohn drauf. Und außerdem, in diesem Gefängnis kann man sowieso keine Kinder aufziehen." Die Kollegin hat recht, unter solchen Wohnverhältnissen kann man keine Kinder großziehen. Die "Zimmer" (möbliert) sind 13 Quadratmeter groß; das reicht gerade für Tisch, Stuhl, Bett und Kühlschrank, der Rest geht für den eingebauten Schrank und das Waschbecken drauf. Noch nicht mal ein Kinderbett hätte hier Platz. Bessere Gefängniszellen sind das, mit dem Unterschied, daß man hier noch reichlich Miete zahlen muß. Ein solches "Einzelzimmer" kostet pro Quadratmeter 13 DM. Die Miete beträgt mit Nebenkosten 135 bis 145 DM. In den Nebenkosten sind Heizung, Warmwasser (Gemeinschaftsduschen für einen ganzen Flur mit 16 Zimmern, die oft kaputt sind) und Licht (das Flurlicht wird um 21 Uhr abgeschaltet) enthalten. Für Gas in der Gemeinschaftsküche muß extra gelöhnt werden. Für so ein Loch ist das ein horrender Mietpreis, aber es ist eben billiger als eine ganze Wohnung. Und die Frauen wohnen hier entweder, weil der Lohn oder die Rente für eine Wohnung nicht reicht, oder weil sie in ihren Heimatländern Verwandte zu versorgen haben oder Kinder, für die sie ja bekanntlich hier weniger Kindergeld bekommen. Sie müssen deshalb mit dem Pfennig rechnen. Da liegt ein Kind einfach nicht drin. So ist es nicht verwunderlich, daß wir unter den Kolleginnen dort auf Zustimmung gestoßen sind, denn unter solchen Verhältnissen brauchen die Menschen das Recht auf Abtreibung. (R., Zelle Westinghouse)



IGM-Bezirksvorsitzender Steinkühler gegen Paragraf 218-Urteil

Auf der Bezirks-Frauenkonferenz der IG Metall Baden-Württembergs in Mannheim nahm der IGM-Bezirksvorsitzende Steinkühler zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Stellung. "Mannheimer Morgen", 6. Sept

"Scharf kritisierte Steinkühler die Karlsruher Entscheidung zum § 218. Danach bleibe es rechtens, daß täglich junge Mädchen und Frauen den Gang zu Adressen gingen, die irgend einem speckigen Notizbuch entstammen. Danach bleibe es rechtens, daß Tausende von ihnen mit ihrer Gesundheit und mit finanziellen Schwierigkeiten die Zeche für diese Entscheidung bezahlen müßten. Danach bleibe es rechtens, daß viele vergeblich den Gang zu wohlbestellten Gynäkologen gingen und sich dort entweder als potentielle Verbrecher oder als lebensfeindliche Egoistinnen verunglimpfen lassen müßten. Das Gesetz treffe ohnehin nur die Schwachen. Gutsituierte hätten sich zu allen Zeiten helfen können."

GEW Westberlin

Übernahme von Bundessatzung und Unvereinbarkeitsbeschlüssen erpresst

In Westberlin ist die Auseinandersetzung zwischen dem Landesverband der GEW Westberlin und dem Hauptvorstand der GEW um die Übernahme der neuen Satzung und um die Bedingungen, die der Hauptvorstand für die Übernahme gestellt hat, formell abgeschlossen. Die nötige 2/3-Mehrheit kam zustande. Unbestreitbar hat damit die Rechte einen Pluspunkt gemacht und eine große Möglichkeit für die Entfaltung der Verbindung der gewerkschaftlich organisierten Lehrer mit der Arbeiterbewegung ist dahin.

Die bürgerliche Presse wählt in ihrer Berichterstattung gleichwohl Überschriften wie: 'Ein Scheinsieg' und 'Die Krise schwelt noch'. Was dämpft ihren Jubel?

Ihr Jubel wird gedämpft, weil es um mehr gegangen ist, als die Übernahme der Satzung, und mit der Satzung die widerwillige Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Wir haben in dieser Zeitung gesagt, der Plan Fristers bestünde darin, die Gewerkschaft GEW an die Organe der Dienstaufsicht auszuliefern. Dies war mit der neuen Satzung allein nicht zu schaffen. Daher wurde von E. Frister folgende Resolution eingebracht:

"Die Vertreterversammlung unterstreicht die Notwendigkeit, die Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung und der freiheitlich demokratischen Grundordnung aus den Gewerkschaften des DGB fernzuhalten. Sie erwartete daher von allen Organen der GEW Berlin die Beachtung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB-Bundesvorstandes. Sie appelliert an alle Mitglieder der GEW Berlin, die Satzung von GEW und DGB ohne Vorbehalt zu akzeptieren und Aktivitäten für eine ersatzlose Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB zu unterlassen."

Diese Resolution sollte auf der Vertreterversammlung abgestimmt werden, bevor es an die Verhandlung über die Übernahme der Satzung ging.

Diese Resolution wurde in der Vorbereitung der Vertreterversammlung breit verworfen. Weder fand sie eine Mehrheit im Landesvorstand, wo bloß die Vorsitzende Kujawa und ihr Stellvertreter Juche dafür eintraten, noch auf den Bezirksmitgliederversammlungen der meisten der 12 Bezirke, die ihre Delegierten aufforderten, auf alle Fälle gegen diese Resolution zu stimmen.

Andererseits gab es in der Mitgliedschaft eine breite Strömung, sich die leidigen Satzungskonflikte vom Hals zu schaffen, um mit der gewerkschaftlichen Arbeit beginnen zu können. In 11 von 12 Bezirken verlangten Mitgliedermehrheiten, die Satzung solle anerkannt werden.

In dieser Lage trat die Vertreterversammlung zusammen. Gleich zu Beginn wurde von den Linken versucht, eine Verhandlung der Spaltungsvorbereitung, die Frister zusammen mit Vertretern der Rechten betrieben hatte (siehe KVZ Nr. 34), zu erzwingen. Dies gelang nicht. Die 'linke Mitte', die sich im Kern aus Mitgliedern von SPD und SEW zusammensetzt, bügelte dies geschäftsordnungsmäßig ab. Sie wußten, einer solchen Überprüfung würden die Taten Fristers nicht standhalten.

Es wurde lediglich verhandelt, ob der oben zitierte Antrag vor der Verhandlung der Satzung abgestimmt werden sollte oder nicht.

Diese Frage war für die Rechten, die auf der Vertreterversammlung über einen Stimmenblock von etwa 90 verfügten, wichtig. Denn ohne diese Resolution schien ihnen die Übernahme keine hinreichende Garantie für eine Machtübernahme in der GEW Berlin zu bieten. Und für die reale Möglichkeit, auszuschließen, wer immer diesem Projekt entgegentreten wollte.

Zwar enthält die neue Satzung die Generalausschlußklausel, doch bedarf der Hauptvorstand immer noch eines Zuträgers, eines Denunzianten. Die Bloßstellung, die mit solchem Geschäft verbunden ist, und die leidige Situation, in die kommen muß, wer solche Wasserträgerei vor den unteren Körperschaften der GEW rechtfertigen will, so dann der Auftrieb, den derart ungerechte Ausschlüsse der Forderung nach Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse geben würde, all dies erschien den Rechten ein unkalkulierbares Risiko. Die bloße Satzung hätte ihnen die Durchführung der Säuberung zum Zwecke der Machtübernahme nicht gesichert.

Anders, wenn diese Resolution verabschiedet worden wäre. Das Senatsbeamtenherz hätte ihnen im Leibe gehüpft. Dieses Ding ähnelt auffällig einer Dienstvorschrift. Wär es angenommen worden, so wären im Gefolge die Rechten nicht als Mitglieder aufgetreten, die immerhin noch um politische Anerkennung ringen müssen, sondern als Beamte, die auf eine Dienstvorschrift verweisen. Wodurch vermieden war, daß die geplante große Säuberung auf diejenigen zurückfällt, die sie betreiben, weil sie nicht als aktive Säuberer und FDGO-Polizisten dagestanden hätten, sondern eben als Vollstrecker der Resolution, die sich vielleicht die eine oder andere Krokodilsträne herausquetschen.

Nachdem diese Resolution nicht befaßt wurde, bestand für die Rechten überhaupt kein Interesse, die Satzung anzunehmen. Sie hatten davon einen Eindruck, wie von schlechten Schulden, die man nicht eintreiben kann. Sie stimmten folgerichtig gegen die Übernahme der Satzung.

Die äußerste Linke, die man mit einem Stimmenblock von etwa 70 Delegierten schätzen kann, war natürlich auch gegen die Übernahme der Satzung. Sie war für Vertagung der Versammlung aufgetreten, bis sich der Hauptvorstand zu den Machenschaften Fristers geäußert hat, und sie war dafür eingetreten, die Satzung überhaupt nicht zu übernehmen, sondern die Beseitigung dieser Satzung sowie der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag anzusteuern.

Die 'linke Mitte', beziehungsweise ihre Häupter von SPD und SEW, wollten die Übernahme der Satzung. Ihnen ist ein Konflikt mit den Zwecken der Gewerkschaft alleweil noch lieber wie ein Konflikt mit dem Hauptvorstand.

Die erste Abstimmung für die Übernahme der Satzung verfehlte knapp die 2/3-Mehrheit. Dieses war ein Erfolg. Denn sofort wurde sichtbar, daß die Rechten die Spaltung der Gewerkschaft, mit der sie unentwegt gedroht hatten, doch fürchteten. Nicht wegen der Schädlichkeit von Spaltungen. Sondern weil sie befürchten mußten, daß ihre Urheberschaft an dieser Spaltung sich die Lehrer tief einprägen würden und die Urheber dieser Spaltung geradeso aus der Führung ihrer Gewerkschaft beseitigen, wie sie auch die Gründe für die Spaltung ablehnen.

Es begannen fieberhafte Machenschaften am Vorstandstisch. Zuerst wurde vom Vorstand behauptet, die Abstimmung sei ungültig. Weil zwischen Zählung der Anwesenden und Zählung der Abstimmenden eine Diskrepanz gewesen sei. Dieses war mit Sicherheit gestellt und ist auch leicht zu machen. Damit wurde sich Raum verschafft, um an der Resolution zu ändern, die Stein des Anstosses gewesen war und auch dazu geführt hat, daß die äußerste Linke die nötigen Stimmen für die Ablehnung der Satzung gewinnen konnte.

E. Frister schlug dann vor, die Unterwerfungsresolution mit folgendem Zusatz zu versehen:

"Dies bedeutet selbstverständlich keine Einschränkung des Rechts für eine Revision der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf satzungsmäßigem Wege."

Dies wurde an die oben zitierte Resolution angepappt. Herausgekommen ist dabei ein Dokument, das nichts bedeutet, und mit dem keiner froh ist. Unverkennbar haftet ihm an der Ruch der politischen Erpressung. Denn es beinhaltete in seiner ursprünglichen Form die Aufhebung von früheren Beschlüssen der Vertreterversammlung ohne den Funken einer Begründung zu wagen. Genauso unappettitlich haftet an ihm der Angstschweiß des ertappten Erpressers. Der angepappte Satz bedeutet ja nichts anderes, als daß **genau dieses eigentlich vorgehabt war.**

Insofern bedeutet es auch ein echtes Zugeständnis. Und deswegen konnte dieses jämmerliche Dokument eine Mehrheit von 205 Ja-, gegen 155 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen erreichen.

Daß diese Mehrheit erreicht wurde, ist beschämend und verdankt ist es Leuten wie den Anhängern der SEW, die geschlossen für diese Sache stimmten. Ihnen hat es genügt, das Prinzip zu verteidigen, wobei sie im konkreten Fall das Prinzip sofort fallengelassen haben.

Nachdem dies geschehen war, wurde abermals über die Satzung abgestimmt. Nunmehr fand sie mit 278 Ja-, gegen 123 Nein-Stimmen und Enthaltungen die nötige 2/3-Mehrheit. Ein Teil der Rechten, obzwar wenige, war abgebröckelt. Ein Teil der Linken war ebenfalls abgebröckelt.

Inzwischen versuchen die Rechten Boden zu gewinnen. Denn sie haben nicht erreicht, was sie wollten. In der Presse wird gemunkelt, daß der Hauptvorstand der GEW vielleicht doch einen zweiten Landesverband oder vielleicht doch einen Förderverband zulassen würde, in dem sich die Rechten zusammenschließen und Intrigen spinnen.

Die Gefahr der Spaltung von langer Hand und durch intrigante Methoden ist nach der Annahme der Satzung eher größer wie vorher. Denn hätte sich der Landesverband standhaft widersetzt, so wäre es schlimmstenfalls dahin gekommen, daß er eben aufgelöst worden wäre. Er wäre aber in alter Besetzung eher ein Stück weiter links (was sich die Kujawa geleistet hat, ist unglaublich, sagen viele) wiedererstanden. Und dieses hätte **keinerlei** Rechtfertigung für die Installation einer Senatsnebenstelle unter dem Namen Fördervereinigung GEW oder wie immer hergegeben.

Diese Gefahr der Spaltung ist **also** heute da. Und sie wiegt um so schwerer, als es unter den Lehrern stets einen gewissen Prozentsatz Kreaturen gibt, die sich in einem Förderverband unter Aufsicht ihres Schulrates wohlfühlen, werden sie doch nicht zu Unrecht denken, dies sei der Karriere förderlich. Ein Sieg, der alles umschmeißt, war diese Konferenz für die Rechten nicht. Ein Fortschritt für sie, bei dem linke SPD und SEW Geburtshilfe geleistet haben, war es aber schon.

Vorläufig gibt es in der Mitgliedschaft ein Aufatmen, daß die Satzungsquerele vorbei ist. Dieser Illusion muß man entgegenwirken, weil sie gefährlich ist. In der Mitgliedschaft der GEW gibt es gegenwärtig eine Stimmung, die Ärmel aufkrempeln und gegen den Dienstherren. Diese Stimmung ist weiß Gott richtig. Sie wird bloß nicht zum erwünschten Ergebnis führen, solange davon ausgegangen wird, die Differenzen hätten sich bloß auf die Satzung bezogen und sonst sei man sich einig. Entscheiden wird sich der Kampf an der Frage, ob die Mitgliedschaft die Verweisung der GEW in die Schranken des Beamtenrechts hinnimmt, entscheiden wird sich die Auseinandersetzung z. B. daran, ob die Gewerkschaft GEW angesichts der wilden Angriffe der Regierung auf die Gesamtheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vornehme Zurückhaltung übt, oder ob sie den Kampf der Arbeiter und Angestellten um Lohn und Rechte vorbehaltlos unterstützt. Entscheiden wird es sich, ob die GEW als Wächter der staatlichen Schulhoheit und des Bildungsgedankens gegenüber den Massen weiterhin auftritt, wie das Frister ununterbrochen tut (er ist schon öffentlich auf den Gedanken gekommen, man müsse die Sparguthaben schröpfen, also die Steuer erhöhen, um mehr Geld 'für die Bildung' zu haben), oder ob die gewerkschaftlich organisierten Lehrer sich darauf konzentrieren, die Tatsachen des Schulwesens vor den Massen zu enthüllen.

Man muß kein Prophet sein, die Strömungen, die sich in der Satzungsfrage abgezeichnet haben, werden in allen diesen Fragen verschärft auftreten. Es wird die Vertreter des Dienstherren geben und es wird sogenannte Linke geben, die um jeden Preis die Zusammenarbeit mit diesen Leuten suchen. Auf diesem Kurs werden sich die gewerkschaftlich organisierten Lehrer nicht zusammenschließen können. Sonst werden sie Opfer des staatlichen Dienstherren. Der Kampf um die Richtung der GEW geht erst richtig an. Mit der Übernahme der Satzung ist **nichts erledigt. – (nach Berichten aus Westberlin, mf)**

Gespräch mit Frau G., Mutter von fünf Kindern, alleinstehend.

Vom Sozialamt behandelt wie der letzte Dreck

Frau G.: Ich habe fünf Kinder, von denen drei jetzt schon aus dem Haus sind. Meine zwei Jüngsten sind jetzt acht und neun Jahre alt und gehen in die Schule. Ich muß allein für die Kinder aufkommen, weil mein Mann mich verlassen hat.

Das hier ist ein Loch, keine Wohnung. Bis vor ein paar Jahren habe ich mit den Kindern in einem Gartenhaus gewohnt. Dort war es zwar ruhig – aber wissen Sie, ohne Strom und fließendes Wasser, das ging auf die Dauer nicht.

Ein Kind bekam ein großes Geschwulst am Ohr, das wegoperiert werden mußte.

Erst nach langem Hin und Her bekam ich vom Sozialamt die Räume hier zugewiesen. Wenn man die Tapeten hochzieht, kann man die Risse in den Wänden sehen. Repariert wird in diesem Haus gar nichts. Hier unter dem Dach ist es im Sommer drückend heiß, und im Winter muß stark geheizt werden.

Wem gehört dieses Haus?

Frau G.: Der Wiesbadener Wohnbaugesellschaft. Diese Gesellschaft hat hier oben einfach ehemalige Speicherräume umbauen lassen, dann haben sie uns hier reingesetzt.

Die Wohnung ist gleichzeitig Durchgang für alle Hausbewohner zu den oberen Speicherräumen.

Die zwei Kinder müssen sich wohl die meiste Zeit in der Wohnung hier aufhalten?

Frau G.: Und ich auch. Früher bin ich arbeiten gegangen. Dann kamen die zwei Jüngsten in die Schule. Wegen der schweren Mengenlehre kamen sie nicht mit. Verzweifelt wollte ich ihnen helfen, aber ich hab mit dem Kram auch nichts anfangen können. Die zwei kamen dann in die Sonderschule.

Ich habe meine Arbeit als Putzfrau aufgeben müssen; die Kinder sind schon vormittags oft wegen Unterrichtsausfall zu Hause. Wenn ich nicht da wäre, gäbe es das größte Durcheinander und Krach im Haus. Den Lärm kriegen in dem morschen Haus sofort die Nachbarn mit, von denen einige in einem Chemiebetrieb Schicht arbeiten müssen.

Obwohl ich jahrelang Sozialversicherung gezahlt habe, hat mir das Arbeitsamt keinen Pfennig gezahlt – weil ich wegen der Kinder dem Arbeitsamt nicht laufend zur Verfügung stehen kann.

Da mußte ich zur Fürsorge. Was ich da schon mitgemacht habe – die behandeln einen beim Sozialamt wie den letzten Dreck. Für meine zwei Kinder und mich krieg ich 570 Mark, davon gehen monatlich 160 Mark Miete und 135 Mark Strom ab. Bleiben noch 275 Mark zum Leben.

Das reicht nicht aus, da muß man ja sehen, wo man noch was herkriegt.

Frau G.: Allerdings. Als ich z.B. unbedingt einen neuen Küchenschrank brauchte – der alte fiel auseinander –, bin ich heimlich arbeiten gegangen.

Die Leute, für die ich putzte, haben meine Notlage ganz schön ausgenutzt. Ich mußte doppelt so viel in der gleichen Zeit schaffen wie früher, wo ich offiziell arbeitete.

Aber dann haben die Kerle vom Sozialamt rausgekriegt, daß ich gearbeitet hatte. Die spitzeln überall rum. Ich habe das ganze Geld wieder abgezogen bekommen. Dabei hat der Bearbeiter auch noch zynisch gemeint: Aber wären Sie doch wegen dem Küchenschrank zu uns gekommen!

Dabei war ich vorher dagewesen, und sie haben es abgelehnt.

Wenn man irgendwas beim Sozialamt beantragt, muß man erst lange warten. Dann wird man von oben herab behandelt. Eine Fürsorgerin spitzelt durch die Wohnung, um zu gucken, ob das auch alles stimmt, daß man z.B. ein neues Bett braucht, weil das alte lebensgefährlich kaputt ist. Bei der Gelegenheit hat sie sogar mal völlig die Betten der Kinder untersucht.

Ich glaube, daß die am liebsten einen Grund finden würden, um mir die Kinder wegnehmen zu können und in ein Heim zu stecken. Ich muß jeden Monat zum Sozialamt. Tags vorher hab ich immer schon Magenschmerzen und kann nachts vor Aufregung nicht schlafen. Wegen mir selbst trau ich mich schon gar nichts mehr zu beantragen, bloß noch für die Kinder.

Wie sieht es mit Kindergärten, Kinderhort und Spielplätzen aus?

Frau G.: Der Kindergarten hier gehört der katholischen Kirche. Der Pfarrer nimmt Kinder von Sozialhilfeempfängern gar nicht erst auf – nur Kinder von Eltern mit größeren Einkommen. Einen Kinderhort für Schulkinder gibt es überhaupt nicht.

Und der einzige Kinderspielplatz hier in der Gegend gehört zum Kindergarten der Kirche, und wenn meine zwei Jungens mal darauf spielen, werden sie gleich von der Gemeindeschwester verjagt. Und von dem Rasenplatz vor der Kirche verjagt sie der Gärtner des Pfarrers.

Wir wollten diesen Pfarrer zu einer Podiumsdiskussion über den § 218 einladen – er hat es strikt abgelehnt, dorthin zu kommen.

Frau G.: Kann ich mir lebhaft vorstellen. Der macht doch für die armen Leute keinen Finger krumm. Als ich mal keinen Pfennig hatte, um Lebensmittel zu kaufen, hab ich meine zwei Jungens zum Pfarrer geschickt. Schließlich hatte ich jahrelang Kirchensteuer gezahlt, und das ist nicht wenig.

Der Pfarrer hat sich nicht blicken lassen, bloß seine Sekretärin. Die Kinder kamen mit ein paar vergammelten Lebensmitteln zurück, so einem angebrochenen Becher Rübensirup. Das alles war ein Witz. Das meiste konnten wir gleich wegschmeißen.

Für die Schule muß ich sehr viel Geld ausgeben. Am Schuljahresanfang mußte ich bereits 60 Mark hinblättern, jetzt kommen noch 62 Mark hinzu.

Sie wissen ja, daß wir vom Komitee Biebrich gegen den § 218 sind. Wir sind keine Anhänger der Abtreibung, aber unter den Verhältnissen hier sind die Frauen der besitzlosen Klassen oftmals zur Abtreibung gezwungen. Da bringt dieser § 218 zusätzlich Not und Elend und Unterdrückung durch den Staat.

Frau G.: Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung. Wenn ich heute schwanger würde – ich müßte auch abtreiben lassen. Wenn ich hier noch ein weiteres Kind großziehen sollte, das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. – (G./S., Wiesbaden)



Dortmund: Vor einigen Wochen demonstrierten Rentner gegen ihre menschenunwürdige Behandlung und den Mangel an Plätzen in Altenwohnheimen.

Einen Mantel nur alle vier Jahre

Wie der Hamburger Senat auf Kosten der Ärmsten spart

Hamburg. Mindestens 3 Jahre muß jetzt in Hamburg eine arme Frau ein Kleid auf dem Leib tragen, ehe sie vom Sozialamt Geld für ein neues beantragen darf. So steht es in einer neuen Dienstverordnung für das Sozialamt. Auch sonst wird an den Leistungen des Sozialamtes kräftig gestrichen.

Bisher war es so, daß die Sozialarbeiter nach eigener Einschätzung über die Austeilung von Gutscheinen für Kleider, Mäntel, Schuhe usw. an arme Familien, Jugendliche, Rentner entscheiden konnten. Das ist dem Senat jetzt zuviel geworden. Haarklein hat ihm da eine Beamtenseele ausgerechnet, wie lange sich das Tuch auf der Haut halten soll. In der neuen Dienstverordnung heißt es:

"Richtwerte für den Bekleidungsbedarf von Frauen
– Wintermantel: durchschnittliche Gebrauchsdauer 4 Jahre; durchschnittlicher Jahresbedarf 0,25
– Kleid: durchschnittliche Gebrauchsdauer 3 Jahre; durchschnittlicher Jahresbedarf 0,66 (für 2 Kleider, Red.)
– Halbschuhe: durchschnittliche Gebrauchsdauer 2 Jahre, durchschnittlicher Jahresbedarf 0,5 (für zwei Paar, Red.) . . ."

Der Mann kann im Jahr eine Hose beantragen.

"Abweichungen" von den Richtwerten heißt es, "bedürfen einer besonderen Begründung".

Schlicht gestrichen worden ist für dieses Jahr jedes Heizungsgeld und auch das Weihnachtsgeld für arme Studenten.

Eingeschränkt werden soll die Vergabe von Darlehen in besonderen Fällen, z. B. beim Umzug, beim Übergang von einer Lagerbehausung in eine Sozialwohnung.

Gekürzt worden sind die Leistungen im Falle von längeren Krankenhausaufenthalten und "Erholungsmaßnahmen".

Gekürzt wird insbesondere an den Leistungen, die immer gerne als "Kernstück" der staatlichen Fürsorge bezeichnet wird, an den sogenannten "Hilfen in besonderen Lebenslagen", also der Krankenhilfe, der "Hilfe zur Pflege", der Altenhilfe, der Ausbildungsbeihilfe und der "Hilfe zum Aufbau oder Sicherung der Existenzgrundlage".

Diese "Hilfen" werden, solange das Einkommen unterhalb einer Einkommensgrenze von 520 DM zuzüglich Miete und einem Familienzuschlag liegt, ungekürzt gezahlt, steigt das Einkommen über diese Grenze, so wird ein bestimmter Prozentsatz auf die "Hilfen" angerechnet. Dieser "Eigenanteil" ist durch die neue Dienstvorschrift zum Teil von 50 % auf 70 bis 90 % hochgesetzt worden.

Zudem ist der Regelsatz für die Fürsorge in diesem Jahr nur um 7 % angehoben worden. Das kann aber die Preissteigerung gerade für den Verbrauch eines Rentnerhaushaltes nicht ausgleichen, weil die Preissteigerungen für den dringendsten Bedarf höher liegen, man denke nur an die Erhöhungen bei den öffentlichen Gebühren und Tarifen. Das heißt: die Regelsätze sind gekürzt worden.

Diese Kürzungen gerade für die Ärmsten der Armen kommen in einer Situation, wo die Zahl der Menschen, die mittellos sind oder von ihrem Einkommen, ihrer Rente, der Arbeitslosenhilfe etc. nicht leben können, immer mehr angewachsen ist. Alleine in Hamburg waren schon 1973 31 000 Menschen auf die staatliche Fürsorge angewiesen. 1974 stieg die Zahl um 13 % auf 35 000 an. Mindestens die Hälfte davon sind Rentner. Das ist nicht verwunderlich, denn 1974 war die Durchschnittsrente bei Arbeitern nur 484,90 DM hoch, die die frühzeitig erwerbsunfähig geworden sind, bekamen im Durchschnitt sogar nur 348,80 DM. – (hv)

Immer mehr Mütter berufstätig

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes ist der Anteil von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren seit 1961 ständig gestiegen. Im April 1974 waren von 7,6 Millionen Müttern mit Kindern unter 15 Jahren rund **3 Millionen**, also über 40 % erwerbstätig. Von den 1,7 Millionen Müttern mit Kindern unter 3 Jahren arbeiten **550 000**. Da 590 000 Kinder unter 3 Jahren mit erwerbstätigen Müttern gezählt wurden, arbeiten zahlreiche Mütter auch, wenn sie mehr als ein kleines Kind zu versorgen haben. Von den erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 15 Jahren sind **75,2 %** lohnabhängig, 24,8 % sind Selbständige oder Mithelfende, ein großer Teil davon in der Landwirtschaft.

Gefälschte Statistik

Westberliner Senat will Lehrstellenmangel vertuschen

Westberlin. Mit plumpen Tricks versucht der Westberliner Senat zu v ertuschen, wie stark die Zahl der Berufsschüler, die keinen Ausbildungsplatz haben, zugenommen hat. Dieser Anteil ist schon seit 15 Jahren ständig gestiegen; 1974 beträgt er etwa ein Drittel der Berufsschüler. Von 28 316 Berufsschülern haben nur 19 006 einen Ausbildungsplatz.

Der Senat hat dieses Ergebnis der letzten statistischen Erhebung bisher nicht veröffentlicht. Die zuständigen Beamten sollen noch darüber brüten, wie die Zahlen frisiert werden können, damit die Sache nicht so kraß herauskommt wie sie ist.

Dabei sollen einfach bestimmte Gruppen von Berufsschülern aus der Statistik gestrichen werden, damit der Anteil der Jugendlichen ohne Lehrstelle kleiner erscheint.

So will man mit den 1 951 Schülern der Sonder-Berufsschulen verfahren, die zu 99 Prozent keinen Ausbildungsplatz haben. Ebenso sollen 1 131 sogenannte Kontrollschüler aus der Statistik verschwinden. Das sind Jugendliche aus Erziehungsanstalten usw. Dabei ist auffällig, daß sich diese Gruppe innerhalb eines Jahres verdoppelt hat.

Auf diese Weise sind beim gegenwärtigen Bearbeitungszustand der Statistik schon über 3 000 Berufsschüler weniger gerechnet, so daß "nur" noch jeder vierte Berufsschüler keinen Ausbildungsplatz zu haben scheint.

Einstellung der ausgebildeten Lehrer gefordert

Limburg. Auf ihrer Personalversammlung am 19. August forderten die Lehramtsreferendare des Studienseminars 4 (Limburg/Oberlahn) die Einstellung aller Lehrer z.A. und Referendare in den Schuldienst. In ihrer Resolution erklären sie u.a.: "Mit der Unsicherheit der Existenz wächst die Konkurrenz und das Mißtrauen unter den jungen Lehrern. Und in der Tat hat sich der Staat mit einem Heer arbeitsloser Lehrer die Grundlage dafür geschaffen, das Wohlverhalten der Lehrer durch materiellen Druck zu erzwingen. Dieser Konkurrenzdruck, der mit besonderer Schärfe auf den Referendaren lastet und die Kollegen untereinander spaltet, wird verschärft durch die Tatsache, daß arbeitslose Lehrer keinerlei staatliche Unterstützung erhalten. (. . .)

Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!
Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler!
Anerkennung stellungsloser Lehrer als Arbeitslose – Arbeitslosengeld!"

Gewerkschaftlicher Arbeitslosenausschuß

GEW-Bezirksverband Frankfurt besteht auf voller Mitgliedschaft der arbeitslosen Kollegen

Frankfurt. Vorbereitet durch eine Satzungsänderung im Juni hat der GEW-Bezirksverband Frankfurt jetzt die gewerkschaftliche Organisierung der arbeitslosen Lehrer und Referendare durch die Einrichtung eines Arbeitslosenausschusses in Angriff genommen. Einerseits ist dies keine Selbstverständlichkeit, denn die Arbeitslosigkeit unter den Lehrern gibt es erst seit den ruppigen Sparprogrammen des Staates.

Andererseits ist es eine Notwendigkeit. Den Lehrern geht es nicht viel anders als anderen lohnabhängigen Schichten des Volkes: Die Arbeitslosen werden als Reserve und Druckmittel gegen die Lehrer in den Schulen eingesetzt. Die kampflose Hinnahme weiterer Verschlechterungen soll mit dem Hinweis "Wem es nicht paßt, der kann ja gehen; es stehen genug vor der Tür!" erzwungen werden. Die arbeitslosen Lehrer und die Kollegen in den Schulen haben ein gemeinsames Interesse nach Sicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie haben überhaupt kein Interesse, gegeneinander ausgespielt zu werden. Deshalb ist die volle und gleichberechtigte Einbeziehung der Arbeitslosen in die Gewerkschaft ein vollständig richtiger Schritt, um die Spaltung zu überwinden und den gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf aufzunehmen.

Allerdings wird dieser jedermann einsichtige Standpunkt nicht von allen geteilt – so nicht vom Hauptausschuß der Lehrergewerkschaft. Dieser hat am 6. September – einem Frister-Antrag folgend – praktisch eine entgegengesetzte Regelung festgelegt: Arbeitslose können nur außerordentliche Mitglieder werden, ebenso studentische GEW-Mitglieder, die nach ihrem Examen nicht eingestellt werden, also arbeitslose Kollegen sind; sie werden weiter als Studenten behandelt, d.h. sie sind ohne volle Mitgliederrechte bei Wahlen usw.

Diese Regelungen sind Unsinn und schädlich, denn sie dienen nicht zur Überwindung der Spaltung, sondern der Vertiefung.

Der in Frankfurt eingerichtete Arbeitslosenausschuß des Bezirksverbandes lehnt diese Regelung vollständig ab und will sich innergewerkschaftlich für die volle und gleichberechtigte Einbeziehung der arbeitslosen Kollegen in die gewerkschaftliche Arbeit einsetzen. Dieselbe Auffassung vertritt der Bezirksvorstand in Frankfurt.

Als Aufgaben haben sich die arbeitslosen Kollegen im Ausschuß gesetzt, in Artikeln und Dokumentationen in der Gewerkschaftspresse den Interessenszusammenhang von allen arbeitslosen Kollegen und den Lehrern in den Schulen darzustellen, die praktischen Aktivitäten der ganzen GEW nach Kräften zu unterstützen, unter Eltern und Schülern gegen die staatliche Sparpolitik im Schulwesen aufzutreten. – (k., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt)

Berichtigung

In der letzten Nummer der KVZ haben wir über einen Streik an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden berichtet. Durch den Streik wurde die Schulbehörde gezwungen, nicht bloß zwei, sondern fünf Lehrer einzustellen. – (Red.)

Changchow:

25 Jahre nach der Befreiung: Keine Arbeitslosigkeit mehr

In Peking, der Hauptstadt der Volksrepublik China, findet zur Zeit eine westdeutsche Industrieausstellung statt, aus deren Anlaß sich viele Manager des westdeutschen Industrie- und Bankkapitals in der Volksrepublik China aufhalten und im Fernsehen und in der Presse ihre Eindrücke von diesem Land schildern. Sie sind scharf auf Geschäfte, können aber nicht umhin, zugleich ihrer Verwunderung Ausdruck zu geben über den raschen Aufbau des einst so armen Landes und den hohen Entwicklungsstand seiner fortgeschrittenen Technik. Im folgenden drucken wir einen Bericht ab, der deutlich macht, was der sozialistische Aufbau für die Arbeiter der Stadt Changchow bedeutet.

Es wird gezeigt, daß die Industrie und die ganze Stadt dort unter der Führung der Arbeiterklasse aufgebaut werden. So wie dort ist es überall in China. Die Wirtschaft, die aufgebaut wird, ist eine Wirtschaft, in der es weder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt noch Kapitalisten, die diese Ausbeutung des Menschen betreiben. Daß das Volk herrscht, daß es alle Fragen selbständig entscheidet, daß es keine Kapitalisten mehr gibt, daß das gerade der Grund für den hohen Entwicklungsstand des Landes ist – das verschweigen die westdeutschen Kapitalisten, wenn sie aus China berichten.

“In Changchow gibt es heute keine Arbeitslosigkeit. Das Problem, geerbt von der alten Gesellschaft, wurde Schritt für Schritt während der Entwicklung Changchows zu einer sozialistischen Industriestadt gelöst. Changchow ist 2 000 Jahre alt. Vor 1 000 Jahren errichtete die herrschende Grundbesitzerklasse einen 32 Meter hohen Tempel draußen vor dem östlichen Stadttor, den sie Tien Ning Tempel nannte – ‘Frieden und Glück für das Volk im ganzen Land‘. In der Vergangenheit waren alle möglichen Menschen mit ‘menschenfreundlichen‘ Unternehmungen beschäftigt, um den ‘Armen zu helfen‘. Aber das arbeitende Volk in den Städten hat keinen einzigen Tag dieses ‘Friedens und Glücks‘ gekannt. Unter der Herrschaft der Reaktion wurden immer mehr Menschen arbeitslos. Bettler und die Leichen von verhungerten Menschen lagen in den Straßen. Die Slum-Gebiete wuchsen ständig. Zum Zeitpunkt der Befreiung waren 17 000 Menschen arbeitslos, das sind 85 Prozent der städtischen Arbeitskraft.

Obwohl sich – wie in allen Städten Chinas – die Stadtbevölkerung seit der Befreiung verdoppelt hat, arbeitet jeder Mensch, der körperlich dazu in der Lage ist. Von den fast 270 000 Einwohnern sind 160 000 Lohnempfänger. Darin eingeschlossen sind die Hausfrauen, die in der alten Gesellschaft an das Haus gefesselt wurden. Der jahrhundertealte Traum der Werktätigen – Arbeit für jeden, reichlich Nahrung und Kleidung für jeden, Sicherheit für jede Familie – ist jetzt Wirklichkeit.

Die Wurzeln ausreißen

Imperialisten und reaktionäre bürgerliche Wissenschaftler behaupten, daß die Beschäftigungslosigkeit von der Überbevölkerung herrühre. Aber was in Changchow geschah, widerlegt diese Theorie. Die Arbeiter der Stadt wissen, was Arbeitslosigkeit verursacht.

‘Arbeitslosigkeit ist das Produkt einer Gesellschaft, in der Menschen Menschen ausbeuten‘, wird von Tan Hua-chen treffend herausgestellt. Tan Hua-chen ist eine Arbeiterin in der Synthetikfaserfabrik. Sie sagte, daß die wirkliche Quelle der schweren Arbeitslosigkeit im alten China die lange Unterdrückung und Ausbeutung vom Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus war. Ihre Eltern, die Bauern waren, verarmten unter der Herrschaft der Grundbesitzer so durch die Ausbeutung der Grundbesitzer, daß sie ihr Heim verlassen mußten. Sie zogen nach Changchow, fanden aber auch dort keine Arbeit und mußten auf Pump leben. Tans Großvater wurde wahnsinnig durch die Geld auspressenden Wucherer. Ihre Mutter starb wegen Krankheit, weil die Familie sich keine ärztliche Behandlung leisten konnte.

Die Befreiung rettete Tan Hua-chen und ihre Familie. Jedes Familienmitglied hat eine Arbeit. Tan ist ein Beispiel für einen ausgezeichneten Arbeiter. Sie trat der Kommunistischen Partei bei und wurde später zum Ersatzmitglied des städtischen Parteikomitees gewählt und nahm teil an der Leitung der ganzen Stadt.

In der Nähe von Tans Fabrik befindet sich der ehemalige Standort einer Baumwollspinnerei. In Betrieb genommen wurde sie zuerst von einem chinesischen Kapitalisten in den zwanziger Jahren mit 100 Arbeitern und einer ganz ordentlichen Kapitalausstattung. Unfähig, der imperialistischen und bürokratisch-kapitalistischen Konkurrenz standzuhalten, kam der Zusammenbruch schon nach zwei Jahren. 1931 bot das Unternehmen Aktien an und eröffnete aufs neue. Aber da das imperialistische Kapital die Versorgung mit Baumwolle und elektrischer Energie und die Preise dafür kontrollierte, konnte die Spinnerei nicht die notwendige Energie und das Rohmaterial bekommen, das sie brauchte. Sie schloß erneut. Acht Jahre später öffnete die Spinnerei ein drittes Mal mit ausländischer Hilfe. Dieses Mal wurde die Produktion durch Inflation und Depression beendet. Unter der Führung der Kommunistischen Partei und des Vorsitzenden Mao stürzte das chinesische Volk den Imperialismus, den Feudalismus und den bürokratischen Kapitalismus und wurde politisch und wirtschaftlich unabhängig. Man ging vorwärts, den Sozialismus aufzubauen, das System der Ausbeutung zu zerstören und das Staatseigentum an den Produktionsmitteln herzustellen. Das eröffnete breite Perspektiven, um die Produktivkräfte zu entwickeln und das schuf die grundlegende Bedingung, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Schritte und Maßnahmen

Sofort nach der Befreiung schaffte die Volksregierung Arbeitsplätze für die Arbeitslosen. Die städtische Regierung von Changchow setzte eine Untersuchungsgruppe ein, die von Tür zu Tür ging, um die Menschen zu registrieren, die Arbeit und Hilfe brauchten. In der Industrie, die praktisch nicht existierte, konnte nur eine geringe Zahl von Arbeitslosen während der Periode des wirtschaftlichen Wiederaufbaus beschäftigt werden. Mit dem ersten Fünfjahresplan 1953 expandierten Industrie und Landwirtschaft und mehr Menschen in der Stadt fanden Arbeit. Dann führte die grundlegende Vollendung der sozialistischen Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu einem umfassenden, großen Sprung vorwärts im wirtschaftlichen Aufbau im ganzen Lande. Dasselbe geschah in Changchow. Durch das schnelle Wachstum der Industrie und anderer Aufbauprojekte, die nach immer mehr Arbeitskraft verlangten, wurden nicht nur die letzten der Arbeitslosen mit Arbeit versorgt, vielmehr beteiligte sich auch eine immer größere Zahl von Hausfrauen an der Arbeit, um den Sozialismus aufzubauen.

Wie in anderen Teilen Chinas zerstörten die Bauern rund um Changchow das 2 000 Jahre alte Feudalsystem der Ausbeutung. Sie schritten vorwärts zu landwirtschaftlichen Kooperativen und dann zu Volkskommunen, fest auf dem Weg zu allgemeinem Wohlstand. Niemals wieder werden die Bauern verarmt sein und gezwungen, in die Stadt abzuwandern.

Das städtische Parteikomitee und die städtische Regierung von Changchow fuhren fort, die Beschäftigungslage zu verbessern. Während der letzten zwölf Jahre und besonders seit dem Beginn der Kulturrevolution führten sie regelmäßig Versammlungen der Abteilungen für Industrie, Verwaltung und Arbeit durch, um eine rationellere Verteilung der Arbeitskraft und den Aufbau der Arbeiterklasse in Beziehung zum wirtschaftlichen Wachstum zu diskutieren. Mit besonderer Sorgfalt wurden angemessene Arbeitsplätze ausgesucht für die Arbeitskräfte der neuen Generation. Den Absolventen der Universitäten und der technischen Fachschulen wurden Aufgaben im wirtschaftlichen Aufbau zugeteilt, so daß sie ihre beruflichen Fähigkeiten voll zur Geltung bringen können. Ebensowenig brauchen Absolventen der normalen Mittelschule zu fürchten, keinen Arbeitsplatz zu finden. Von den jungen Menschen, die zwischen 1969 und 1974 die Schulen und Universitäten verlassen haben, haben über 15 000 in den Fabriken Arbeitsplätze gefunden, während der Rest aufs Land gegangen ist, um an der landwirtschaftlichen Produktion teilzunehmen.

Ein Slum verändert sich

Das Lotos-Teich-Gebiet war vor der Befreiung einer der größten Slums von Changchow. Es wurde zum größten Teil von Kunsthandwerkern, Transportarbeitern und Menschen ohne regelmäßige Arbeit bewohnt. Sie waren beständig von der Arbeitslosigkeit betroffen. Wenn eine Familie einige Zeit ohne Arbeit war, mußte sie betteln gehen oder die Kinder verkaufen, um alle vor dem Hungertod zu bewahren.

Heute haben von den 360 Familien, die dort leben, alle 462 Personen, die körperlich dazu in der Lage sind, eine regelmäßige Arbeit. Da immer mehr Familien arbeitende Mitglieder haben, haben 80 Prozent der Familien Rücklagen auf der Bank.

Sun Shao-ying, 74 Jahre alt, lebt hier seit 1946. Ihre siebenköpfige Familie mußte aus ihrem unter Hochwasser stehenden Dorf im Norden der Provinz Kiangsu im Jahr 1946 fliehen und kam nach Changchow. Sie lebten in einer verfallenen Hütte und bettelten in den Straßen. Zwei Kinder starben an Hunger. Zwei weitere Kinder wurden verkauft. Heute arbeiten ihr ältester Sohn, ihre älteste Schwiegertochter und zwei Enkelsöhne in Fabriken. Ihr zweiter Sohn hat eine Universitätsausbildung und arbeitet nun im Ministerium für Metallindustrie in Peking. Die Familie lebt in einem neuen Haus aus Ziegelsteinen und mit einem Ziegeldach und kann jeden Monat Ersparnisse auf die Bank tragen.

Heute arbeiten in Changchow fünfmal so viel Menschen wie vor 25 Jahren. Aber der Wert der industriellen Produktion der Stadt hat um noch größere Spannen zugenommen. Die größere Produktivität hat eine beachtliche Steigerung der Arbeitereinkommen zur Folge gehabt. Das durchschnittliche Bankguthaben pro Person beträgt in der Stadt 90 Yuan. Die Umgebung der Stadt, das kulturelle und das materielle Leben verbessern sich ständig. Primäre und sekundäre Schulausbildung ist allgemein. Krankenhäuser, Theater, Kinos findet man in allen Bezirken der Stadt. Zu beiden Seiten der gepflasterten Straßen werden neue Häuser fertiggestellt. Changchow, eine sozialistische Industriestadt, setzt ihren Weg nach vorn fort.“

Aus: China Reconstructs, August 1975

Arbeitslosenversicherung:

Eine Pfründe für die Kapitalisten

Anfang 1976 will die Bundesregierung erneut die Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung um die Hälfte auf 3 Prozent erhöhen. Schon seit geraumer Zeit erheben die bürgerlichen Politiker und ihre Journalisten ein gehöriges Geschrei, “Bonn“ müßte zuviel für die Arbeitslosen aufwenden. In Wirklichkeit fürchten die Kapitalisten darum, daß sie nicht mehr ganz so großzügig wie bisher ihre exklusiven Wünsche aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung bezahlen lassen können.

Vor etwas über sechs Jahren wurde die “Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ umbenannt in “Bundesanstalt für Arbeit“. Die Arbeitslosenversicherung ist seither geregelt in einem sogenannten “Arbeitsförderungsgesetz“. Schon diese Namensgebung verrät die Absicht der bürgerlichen Politiker. Denn wenn sie von “Arbeitsförderung“ reden, dann sind bekanntlich Zuwendungen an die Kapitalisten gemeint. So wurde der “Bundesanstalt für Arbeit“ eine ganze Palette von Aufgaben für die Kapitalisten übertragen.

Folgende Möglichkeiten bieten sich den Kapitalisten, direkt in den Genuß der Arbeitslosengelder zu kommen:

– **Einarbeitungszuschüsse.** Der Kapitalist bekommt für die gesamte Einarbeitungszeit des Arbeiters 60 Prozent des Lohnes ersetzt.

– **Darlehen, Zinszuschüsse und andere Zuschüsse.** Sofern die Kapitalisten oder einer ihrer Verbände z.B. einen Raum ausbaut, von dem er behaupten kann, er diene der beruflichen Bildung, so bekommt er für die Hälfte der Bauinvestitionen und -kosten ein Darlehen für 2 Prozent Zins, bis zu 30 Prozent können ihm ganz geschenkt werden.

– Unter dem Namen **Vorleistungen** kann das Arbeitsamt dem Kapitalisten einen Teil des Lohnes für einen neu eingestellten Arbeiter vorstrecken.

– **Eingliederungsbeihilfe** in Höhe von 60 Prozent des Lohnes wird geboten, wenn der Kapitalist erklärt, eigentlich hätte er sich einen anderen Arbeiter gewünscht, als sich jetzt gefunden hat.

– **Zuwendungen für Wohnheime und Jugendwohnheime.** Bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten werden bezahlt, wenn der Kapitalist seine Arbeiter auch nach Feierabend unter Kontrolle behalten möchte.

– Für die **Ausbildung Behinderter** bekommt der Unternehmer so viel, daß er auch daran noch sicher verdient. Die Eingliederungsbeihilfe nach der Ausbildung beträgt 60 Prozent des Lohnes.

– Besondere Gelder gibt es für die **“produktive Winterbauhilfe“**.

– **Investitionszuschüsse** für Geräte, die für Bauarbeiten bei schlechtem Wetter notwendig sind, im Einzelfall bis zu 100 000 DM. Bis 20 000 DM, falls die Geräte gemietet werden müssen.

– **Mehrkostenzuschüsse** erhält der Baukapitalist, wenn er seine Arbeiter auch bei Kälte arbeiten läßt, sofern er dazu z.B. ein Schutzdach errichten mußte – das ihm ebenfalls zu 30 bis 60 Prozent bezahlt wurde.

– Für die **“Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmer“** gibt es bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten Darlehen und Zuschüsse.

– Findet sich der Kapitalist tatsächlich bereit, einen älteren Kollegen einzustellen, so wird ihm bis zur Hälfte des Lohnes ersetzt.

– Für Arbeiten im “öffentlichen **Interesse“** bekommt der Kapitalist Gelder in Höhe von **60 bis 120 Prozent des Lohnes geschenkt**, nochmals das Doppelte kann er als Darlehen erhalten. Er muß nur nachweisen, daß er die Arbeiten sonst nicht, nicht im selben Umfang oder erst später durchführen würde.

– Schließlich brüstet sich die Bundesanstalt für Arbeit, sie hätte “in den vergangenen Jahren in beachtlichem Umfang **zinsgünstige Darlehen** für die Ansiedlung und Erweiterung von Industriebetrieben bereitgestellt“.

Alle diese Gelder fließen den Kapitalisten direkt zu und bessern ihren Profit auf. Nicht viel anders verhält es sich mit den Geldern, die scheinbar die Arbeiter bekommen: Kurzarbeitergelder und Schlechtwettergeld für die Bauarbeiter. Sie laufen unter der Bezeichnung “Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Zum **Kurzarbeitergeld** schreibt die “Metall“ vom 26. August: “Es muß doch wohl zu denken geben, wenn Unternehmer im Februar Kurzarbeit und im März Sonderschichten fahren lassen oder wenn gar in einem Unternehmen für 10 000 Arbeitnehmer Kurzarbeit beantragt wird, in dem seit Kriegszeiten mit Genehmigung der Gewerbeaufsicht 12-Stunden-Schichten gefahren werden, die sogar bei der Kurzarbeit beibehalten werden sollen.“

Zum **Schlechtwettergeld** erläutert das “Handelsblatt“ vom 3. September seinen Lesern, es habe nicht nur einen sozialpolitischen, sondern auch einen wirtschaftlichen Sinn. “Die Bauarbeiter ... stehen dem Arbeitgeber täglich auch im Winter zur Verfügung.“

Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld bekommen die Lohnabhängigen zwar ausbezahlt, in Wirklichkeit wird auch damit den Kapitalisten **ein Teil des Lohnes ersetzt. Jeder Kollege, in dessen Betrieb Kurzarbeit gefahren wurde, weiß das aus eigener Anschauung.**

Unter “Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik“ verstehen die Bürgerlichen vor allem **“Förderung der beruflichen Bildung“.**

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Geschäftsbericht 1973 haben “unter den männlichen Erwerbspersonen im Jahre 1970 mit Volksschulbildung ... 36 Prozent mindestens einmal einen Berufswechsel vollzogen.“ Wenn die Kapitalisten neue Maschinen und Geräte anschaffen oder die Arbeitsmethoden umstellen, so müssen die Lohnabhängigen sich “fortbilden, ausbilden oder umschulen“. Einfluß haben sie darauf keinen, aber die Kosten sollen sie über die Arbeitslosenversicherung selbst bezahlen. Kommt hinzu, daß die Arbeiter in den Genuß dieser Gelder kaum kommen. Kassiert haben erstmal die entsprechenden Schulen. Nach Inkrafttreten des “Arbeitsförderungsgesetzes“ haben sie ihre Preise um ein Mehrfaches erhöht. Und Konzerne wie Bayer und ICI konnten ihre Top-Manager kostenlos zur Weiterbildung an die Akademie Meersburg am Bodensee schicken. 5 000 DM wurden aus Arbeitslosengeldern für einen solchen Kurs bezahlt (nach: Der Spiegel Nr. 42/1971).

Die Arbeitslosenversicherung ist notwendig, damit die Lohnabhängigen, wenn sie von den Kapitalisten auf die Straße geworfen werden, wenigstens nicht verhungern und der Druck des Arbeitslosenheeres auf Lohn und Arbeitstempo aller Arbeiter gemildert wird. Die Maßnahmen des “Arbeitsförderungsgesetzes“ haben damit rein gar nichts mehr zu tun. Es sind direkte Zuschüsse zu den Lohnkosten der Kapitalisten oder Kosten, die sich aus der Umstrukturierung des kapitalistischen Produktionsprozesses ergeben. Sie sind ein wichtiges Mittel, die Stellung der Kapitalisten zu stärken.

Tatsache ist, daß von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1965 bis 1974 lediglich 37 Prozent für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ausbezahlt wurden. Von jeder einbezahlten Mark gerade 37 Pfennig. Den Rest haben sich die Kapitalisten unter den Nagel gerissen. Entweder haben sie sich direkt bedient oder sich billige Darlehen geben lassen. Ende 1973 waren das 2,7 Milliarden DM. Fast eine weitere Milliarde DM hatte sich der Bund geliehen, weitere 0,4 Milliarden DM waren länger als vier Jahre verliehen, also auch nicht verfügbar.

Die Kapitalisten haben eindeutige Vorstellungen zur Arbeitslosenversicherung. Sie wollen sich die Kasse offen halten zum jederzeitigen Zugriff für allerhand Kosten, die notwendig sind, um ihre Produktion aufrechtzuerhalten. Diese Möglichkeit ist jetzt eingeschränkt. Deshalb das große Geschrei, deshalb die Beitragserhöhung, die den Lohn direkt um ein halbes Prozent kürzt. Eine Lüge ist es, wenn das mit den Ausgaben für die Arbeitslosen begründet wird.

Auch die Arbeiter haben klare Vorstellungen zur Arbeitslosenversicherung. Sie müssen sich jeder Erhöhung der Beiträge entgegenstellen und vor allem die Gewerkschaften einsetzen, um eine bessere Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen zu erreichen: **Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 Prozent des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!**

Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat!

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen! – (fb)

Verwendete Quellen: Arbeitsförderungsgesetz, Fassung vom 16. Oktober 1972; Fibel über Förderungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, 1975; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen Nr. 5/75 und 6/75



Braunschweig: Großes Aufsehen erregte dieses große Transparent des Komitees gegen den § 218



Kiel: Heftige Debatte auf der Straße über die Abschaffung des § 218

Aktionstag gegen § 218

Ein Schritt zur Demonstration am 21. September in Bonn

Am Samstag, dem 6.9., haben die Komitees und Initiativen gegen den § 218 zur Vorbereitung der zentralen Demonstration am 21.9. in Bonn einen Aktionstag durchgeführt. Mit zahlreichen Kundgebungen in den Stadtvierteln und Stadtzentren, mit Umzügen, Liedergruppen, mit Ständen, großen Wandzeitungen wurden den Zehntausende von Menschen auf die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 aufmerksam gemacht. In einer Reihe von Städten führten die Komitees Theaterszenen auf, in denen Anklage geführt wurde gegen die Schikanen aufgrund des § 218 und gegen die sozialen Verhältnisse, die immer wieder zu Abtreibungen zwingen. In einigen Städten wurden Wurfspiele veranstaltet, bei denen die Richter des Bundesverfassungsgerichts als Zielscheibe dienten. Übereinstimmend berichteten die Komitees davon, daß die Agitation gegen den § 218 und für die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 auf große Zustimmung gestoßen ist. Das schlägt sich nieder in einer großen Zahl von Unterschriften, die für die Forderungen der Komitees gesammelt werden konnten. Insgesamt sind jetzt rund 400 000 Unterschriften gesammelt, davon bis zum Sonntag in Westberlin 32 000, in Hamburg 22 000, in Bremen 12 000, in Köln 15 500, in Frankfurt 12 400, in Freiburg über 15 000, in Heidelberg 17 000, in München 12 000, um nur einige Städte zu nennen. Die Zeitung der Komitees gegen den § 218 und die Plaketten wurden gut verkauft. Häufig tauchte an den Ständen die Polizei auf, um unter irgendwelchen Vorwänden die Agitation gegen den § 218 zu behindern oder zu unterbinden. In den meisten Fällen mußte sich die Polizei zurückziehen, weil die Menschen auf der Straße die Einmischung in die öffentlichen Diskussionen sich nicht haben gefallen lassen. In einigen Fällen ist die Polizei mit dem Knüppel gegen die § 218-Gegner vorgegangen, hat Komitee-Mitglieder festgenommen. Diese Polizeiübergriffe haben dem § 218 aber keine neuen Anhänger geschaffen, nur noch mehr Menschen haben die Forderung nach seiner Abschaffung dann unterschrieben.

Frankfurt: Die Zeitung der Komitees stieß auf großes Interesse.



Heidelberg: Den Wurf auf die Verfassungsrichter erklärte ein Polizeioffizier als verfassungswidrig. Mit 50 Polizisten wurde ohne Vorwarnung der Stand im Zentrum gestürmt, die Transparente zerstört und auf die Komitee-Mitglieder eingeknüppelt. Die Menschen waren entsetzt. OB Zundel wurde als Noske-Nachfolger bezeichnet. Über 1 000 Unterschriften für die Forderungen des Komitees gegen den § 218 wurden gesammelt.

Gutachten verweigert

Als wir in einem Haus in der Nordweststadt Unterschriften gegen den § 218 sammelten, erzählte mir Frau S. die Erfahrungen, die sie mit dem § 218 gemacht hat:

Ich war schon 39 Jahre alt, als ich erfuhr, daß ich schwanger war. Aufgrund meiner Krankheit, einer multiplen Sklerose, hatte mein Arzt mir die Pille nicht verschrieben. Ich lebte in sehr unsicheren Verhältnissen; mein Mann hatte mich wegen der Krankheit verlassen, mein Freund, von dem ich das Kind erwartete, studierte noch. Ich war ständig schwach, litt an Gehstörungen und konnte nicht mehr arbeiten gehen. Auch hatte ich Angst, in meinem Alter, noch dazu krank, ein Kind zu bekommen. Ich dachte: "Läßt dir ein medizinisches Gutachten ausstellen, jeder Arzt muß das in meiner Lage machen."

Ich stellte mir das ganz einfach vor, aber was ich erlebte, war die Hölle. Nach vielen Anstrengungen, oft dachte ich, ich schaffe es nicht mehr, durfte ich mich endlich vor einem Gremium von Ärzten in der Uniklinik untersuchen lassen. Ich kam mir vor wie das letzte Stück Vieh, so wurde ich beäugt. Natürlich versuchte man mich von vornherein davon abzubringen, das Kind nicht auszutragen. "Eine Abtreibung ist viel schlimmer und gefährlicher als eine Geburt", stellte einer der Ärzte, gleich als ich hereinkam, lautstark fest. Nach endlosem Warten teilte mir dann Professor Brehm mit lächelndem Gesicht mit, ich solle mich freuen, mit 39 Jahren noch einmal dem Mutterglück entgegensehen zu können. Meine Gebärmutter sei in Ordnung, ich könne noch viele Kinder bekommen; für einen Eingriff bestehe kein Grund.

Ich glaube, wenn ich damals meine Beine noch unter Kontrolle gehabt hätte, ich hätte ihm eine wohin getreten. So konnte ich nur mit zitternden Knieen davonschleichen. Mein Freund hatte sich mittlerweile auch von mir getrennt. Für ihn, einen strengen Katholiken, war Abtreibung "Mord". Er beschimpfte mich als Mörderin und drohte, nachdem es mit dem medizinischen Gutachten nicht geklappt hatte, mich anzuzeigen, falls ich es auf andere Weise versuchen würde. Ob ich dabei umkomme oder in welchen Verhältnissen ich das Kind großziehen muß, kümmerte ihn, der heute genügend Geld in der Tasche hat, einen Dreck. Aus Angst vor seiner Anzeige habe ich das Kind dann bekommen. Meine Krankheit verschlimmerte sich immer mehr. Als ich beim Sozialamt um Hilfe anfragte, hieß es: "Stecken Sie das Kind doch in ein Heim." Einmal sagte man mir sogar: "Wenn man es trotz Krankheit noch treiben kann, braucht man sich hinterher nicht zu beklagen."

Mein Kind hat es nie leicht gehabt, meinte Frau S. Ich liebe Kinder sehr, aber sie dürfen nicht unter solchen Bedingungen aufwachsen müssen wie mein Sohn. Ich finde, daß jeder selbst darüber entscheiden muß, ob er in der Lage ist, ein Kind großzuziehen. Die werden bestraft, die in solchen Verhältnissen gezwungen sind, abzutreiben. Diejenigen, die auf Kosten anderer in diesen Verhältnissen gut leben, spielen sich dann noch als deren Richter auf, die gehören abgeschafft. – **(el., Frankfurt)**



Freiburg: Wegen des "Alemannischen Tages" war die Stadt voller Menschen. Es gelang dem Komitee, die Innenstadt durch die Agitation gegen den § 218 zu prägen. Am Nachmittag fand ein Fest unter freiem Himmel statt.

Verein für Kinderhandel

In "Bild am Sonntag" vom 31.8. versucht der Verein "Glückskinder" in Bad Driburg den § 218 zu rechtfertigen, indem er sich für eine "diskrete Entbindung" mit anschließender Adoption ausspricht.

Dieser Vorschlag ist wahrlich eine Ohrfeige für die Arbeiterklasse und das Volk, denn wenn sie schon nicht materiell in der Lage sind, ein Kind aufzuziehen, so können doch ihre Frauen neun Monate lang ein Kind austragen, um es dann nach einer "diskreten Entbindung" adoptieren zu lassen. Als ob es für die Familie ein Leichtes wäre, ein Kind zu bekommen und dann aber abgeben zu müssen, weil man es finanziell nicht durchkriegen kann.

Diese Vorstellungen können anscheinend nur im Verein "Glückskinder" auf offene Ohren stoßen. Das ist auch gut so. Die große Mehrheit des Volkes ist da anderer Meinung. Sie hat nur ein Ziel in dieser Frage: Weg mit dem § 218!

Sie wollen selber bestimmen, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht. Und wenn sie ein Kind haben wollen, dann wollen sie es auch behalten und nicht für andere Leute austragen. – (ol, Uschlag)

Am Wohngeld für die Ärmsten wird gespart



In ihrem Krisenprogramm hat die Regierung beschlossen, die Wohngeldsätze nicht an die Mietsteigerungen anzupassen. Wie sieht es aus mit diesem Wohngeld, von dem die Regierung behauptet hatte, es schaffe die "Voraussetzung, daß auch einkommensschwache Wohnungsinhaber die Kosten für ihre Wohnung tragen können" (Broschüre Wohngeld 75).

"*Wohngeld ist kein Almosen*", sagt die Regierung, und Vermieter, die mit Hinweis auf die Möglichkeit, Wohngeld zu erhalten, die Zustimmung zur Mieterhöhung erwarten, beten ihnen nach. Doch wie sind die Tatsachen? Es gibt keine Stelle in diesem Staat, wo jemand derartig kleinlich auf seine Vermögensverhältnisse untersucht wird, wie auf der Wohngeldstelle. Eine Reihe von Posten, die in keiner Einkommensteuererklärung angegeben werden müssen, müssen für den Wohngeldantrag genannt werden. Zinsen von (kleinen) Sparguthaben gelten ebenso als Einkommen wie freiwillige, aber regelmäßige Beträge, die ein Rentner von seinen Kindern zugesteckt bekommt. Es ist ein Fall bekannt, in dem einem Mädchen, das nach dem Tod ihrer Mutter mittellos dastand, vorgehalten wurde, sie habe bei ihrem Antrag verschwiegen, daß die Nachbarn sie regelmäßig zum Frühstück oder Abendbrot einladen, dies sei ein Teil ihrer "Einnahmen".

So ist es kein Wunder, wenn man schon wiederholt von Rentnern hört: "Lieber verhungere ich, als da betteln zu gehen."

Die Einkommensgrenzen für Wohngeld sind äußerst niedrig. 1 150 DM brutto darf man als Alleinstehender höchstens verdienen, ein vierköpfiger Haushalt höchstens 2 100 DM brutto. In Hamburg zum Beispiel waren im Jahre 1973 vier Fünftel aller Wohngeldempfänger alleinstehend und davon wieder vier Fünftel Rentner. Nur drei Prozent der Wohngeldempfänger waren Vier-Personen-Haushalte und weniger als ein Prozent Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte.

Niedrig sind aber nicht nur die Einkommen, sondern auch die "anrechenbare Miete". Wohngeld wird nicht gewährt nach der tatsächlichen Miete, sondern nach der anrechenbaren Miete. Diese ist gesetzlich festgelegt, entsprechend dem Alter und der Ausstattung der Wohnung, der Größe der Stadt und des Haushaltes. Einem Rentner wird also eine mit Bad und Zentralheizung ausgestattete Altbauwohnung in einer Stadt über 500 000 Einwohnern mit 190 DM "angerechnet", ob er mehr zahlt, ist egal. Die entsprechende Wohnung in einem Neubau (nach 1971) wird mit 240 DM angerechnet. Für einen Vier-Personen-Haushalt sind die entsprechenden Zahlen 345 DM und 415 DM. Hat man diese "anrechenbare Miete" überschritten, so erhält man bei einer Mieterhöhung keinen Pfennig mehr Wohngeld. Dies soll "*vermeiden, daß Wohngeld auch für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt werden muß.*" (Regierungsbroschüre) – Als ob sich der Mieter einfach aussuchen könnte, wieviel der Vermieter ihm abnimmt.

Bereits 1973 zahlten ein Drittel aller Wohngeldempfänger in Hamburg mehr als die "anrechenbare" Miete, über zehn Prozent lagen bereits mehr als 60 DM über der anrechenbaren Miete.

Die Bundesregierung will jetzt nach ihrem "Sparprogramm" weder die Einkommensgrenze noch die anrechenbaren Mieten heraufsetzen. Wozu das führt, sei an zwei Beispielen gezeigt: Ein alleinstehender Beamter hatte eine Altbauwohnung, für die er 190 DM zahlte. Bei einer Rente von 600 DM erhielt er 28 DM Wohngeld. Kommt jetzt eine Mieterhöhung auf 220 DM, so erhält er keinen Pfennig mehr Wohngeld. Die Rentenerhöhung von 11 Prozent führt dann dazu, daß er nur noch 19 DM an Wohngeld erhält, das heißt von der Rentenerhöhung von 66 DM werden 30 DM bereits durch die Mieterhöhung und noch einmal 9 DM durch den Wegfall des Wohngeldes aufgezehrt.

Für die 1,6 Millionen ärmsten Haushalte bedeutet das Programm der Bundesregierung nicht nur, daß ihnen Mietsteigerungen nicht ersetzt werden. Gleichzeitig führen nominale Einkommenssteigerungen, mit denen das Realeinkommen häufig nicht gehalten werden kann, zur weiteren Kürzung des Wohngelds. – (e, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg)

drei Prozent der Wohngeldempfänger waren Vier-Personen-Haushalte und weniger als ein Prozent Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte.
Niedrig sind aber nicht nur die Einkommen, sondern auch die "anrechenbare Miete". Wohngeld wird nicht gewährt nach der tatsächlichen Miete, sondern nach der anrechenbaren Miete. Diese ist gesetzlich festgelegt, entsprechend dem Alter und der Ausstattung der Wohnung, der Größe
schüre) – Als ob sich der Mieter einfach aussuchen könnte, wieviel der Vermieter ihm abnimmt.
Bereits 1973 zahlten ein Drittel aller Wohngeldempfänger in Hamburg mehr als die "anrechenbare" Miete, über zehn Prozent lagen bereits mehr als 60 DM über der anrechenbaren Miete.
Die Bundesregierung will jetzt nach
Für die 1,6 Millionen ärmsten Haushalte bedeutet das Programm der Bundesregierung nicht nur, daß ihnen Mietsteigerungen nicht ersetzt werden. Gleichzeitig führen nominale Einkommenssteigerungen, mit denen das Realeinkommen häufig nicht gehalten werden kann, zur weiteren Kürzung des Wohngelds. – (e, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg)

Gefängnisstrafen für Vietnamsolidarität

Bis zu 12 Monaten Haft ohne Bewährung

Köln. Zu Haftstrafen zwischen 7 Monaten mit Bewährung und 12 Monaten ohne Bewährung wurden im Januar 1974 zehn Teilnehmer an einer Vietnam-Demonstration vom Dezember 1972 verurteilt. Insgesamt betrugen die Strafen 7 Jahre und 9 Monate, zum größten Teil ohne Bewährung. Zu der Demonstration hatte die Gruppe Rote Fahne (KPD) aufgerufen. Der Staatsanwaltschaft waren die Bewährungsurteile noch zu milde. Seit Mitte letzter Woche wird deshalb vor dem Landgericht in Köln erneut verhandelt.

Die Demonstration hatte sich damals gegen die Aufnahme der mörderischen Bombardierung von nordvietnamesischen Städten durch die Nixon-Regierung im Dezember 1972 gerichtet. Mit dem Einsatz von Flächenbombardements, speziell entwickelter Waffen zur Tötung oder grausamen Verstümmelung von Menschen (Kugelsplitterbomben, Napalm u.a.) versuchte die US-Regierung sich in eine günstigere Verhandlungsposition zu bomben. Das, nachdem Nixon die Weltöffentlichkeit wochenlang durch Friedensbeteuerungen über seine wahren Absichten hinwegtäuschen wollte.

Die Justiz versucht die Solidaritätsbewegung zu kriminalisieren und die einfache Tatsache zu unterdrücken, daß die reaktionäre Politik der USA in Vietnam und ganz Indochina eine schwere Niederlage erlitt und mit ihr die Politik ihrer Verbündeten.

Der Richter machte schon am zweiten Verhandlungstag klar, wo er steht: Die ausführliche Darstellung der US-Verbrechen nannte er "schöngeistige Vorträge über Vietnam", man müsse langsam "zur Sache" kommen. "Die Sache", das sind aber genau die Verbrechen des US-Imperialismus und das ist die Politik der Bundesregierung. Die Angeklagten sind dagegen aufgetreten, deshalb müssen sie freigesprochen werden! – (k., Kommunistische Hochschulgruppe Köln)

„Lieber ein anständiger Mörder..."

Hannover. Es sei ein Kern von Wahrheit an dem Spruch, daß dem Gericht ein anständiger Mörder lieber wäre als ein linker Flugblattverteiler. Der Mörder sei in begrenztem Rahmen bereit, in dieser Rechtsordnung zu leben. Der linke Flugblattverteiler jedoch sei bereit, sein für richtig gehaltenes Ziel mit allen Mitteln durchzusetzen. Es sei das Prinzip, die Einstellung, die die Gefährlichkeit ausmache.

So äußerte sich sinngemäß die Staatsanwaltsschaft in einem Prozeß, in dem es um Flugblätter ging, die zum Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover im April dieses Jahres aufgerufen hatten. Ein Flugblattverteiler war der "Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt" angeklagt. In den Flugblättern hatte es geheißen: "Wo Proteste nichts nutzen, muß Widerstand her." Das Gericht sah darin keine Aufforderung zu "bestimmten Aktionen" und sprach den Angeklagten frei.

Vielleicht war die Äußerung der Staatsanwaltschaft etwas unvorsichtig, aber sie zeigt doch, daß sie den Auftrag, den die bürgerliche Klasse der Justiz erteilt hat, genau verstanden hat. Für die Herrschaft der bürgerlichen Klasse ist der Flugblattverteiler, der zum Widerstand gegen die Politik des bürgerlichen Staates aufruft, schließlich viel gefährlicher als ein Mörder, der vielleicht diesem oder jenem Reichen das Lebenslicht ausbläst.

Die Auftritte des Gefängnisdirektors Greus
Kaiserslautern. Dienstag letzter Woche hat in Kaiserslautern der Prozeß gegen Klaus Jünschke, Wolfgang Grundmann und Manfred Grashof begonnen. Die Staatsanwaltschaft macht die Angeklagten vor allem für
auf, sofort in die extra für sie eingerichteten Zellen im Gerichtsgebäude zurückzugehen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger empfanden das als eine Zumutung. Gefängnisleiter Greus befahl den zehn anwesen-

Die Auftritte des Gefängnisdirektors Greus

Kaiserslautern. Dienstag letzter Woche hat in Kaiserslautern der Prozeß gegen Klaus Jünschke, Wolfgang Grundmann und Manfred Grashof begonnen. Die Staatsanwaltschaft macht die Angeklagten vor allem für Banküberfälle, einen Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier 1972 und den Tod eines Polizisten in Hamburg verantwortlich und wirft ihnen Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" vor. Die Angeklagten sind mehrere Jahre in Isolationshaft gehalten worden.

Obwohl ihnen Zugehörigkeit zur RAF vorgeworfen wird, ist das Verfahren gegen sie von dem Verfahren in Stammheim abgetrennt worden. Das auf ausdrückliche Anordnung der Generalbundesanwaltschaft, die darauf aus ist, durch solche Aufspaltungen unter den Angeklagten Ansatzpunkte zu finden, um sie gegeneinander auszuspielen. Also wurde für eine Million DM eine ehemalige Kartoffelhalle zur Polizeifestung ausgebaut. 500 Polizisten, Hundezwinger, peinliche Durchsuchungen.

Der Prozeß beginnt gleich mit Überraschungen. Als die Angeklagten mit ihren Verteidigern den Gerichtssaal betraten, mußten sie feststellen, daß dort eine Sitzordnung installiert war, die sonst nur bei Militärgerichten üblich ist. Die Angeklagten sollten direkt vor den Richtern sitzen, nicht, wie üblich, der Staatsanwaltschaft gegenüber. Die Angeklagten und ihre Verteidiger weigerten sich, diese Sitzordnung zu akzeptieren und blieben stehen; die Verteidiger forderten sofortige Änderung der Sitzordnung im Sinne der "Waffengleichheit" zwischen Anklage und Verteidigung. Der Kammervorsitzende Stiefenhöfer mußte am anderen Tag ihrem Antrag stattgeben.

Der Streit um die Sitzordnung wurde aber gleich von einer neuen Überraschung in den Schatten gestellt. Als das Gericht den Verteidigern eine Beratungspause einräumte und sich zurückzog, trat plötzlich der Leiter der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken, in der die Angeklagten inhaftiert sind, **zu den Angeklagten und ihren Anwälten und forderte die Angeklagten** auf, sofort in die extra für sie eingerichteten Zellen im Gerichtsgebäude zurückzugehen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger empfanden das als eine Zumutung. Gefängnisleiter Greus befahl den zehn anwesenden Vollzugsbeamten, Gewalt anzuwenden. Angeklagte und Verteidiger wehrten sich. Die Angeklagten wurden schließlich in die Zellen geschleppt. Greus behauptete, vom Richter eine telefonische Anweisung erhalten zu haben. Die Anwälte verlangen, daß Greus heraus muß.

Der Richter fragt Greus, ob er die Absicht habe, immer zum Prozeß zu kommen. Greus antwortet, dazu habe er keine Zeit, er komme, "um einzugreifen, wenn es notwendig ist". Greus muß sich in die Zuschauerreihen zurückziehen.

Am Abend verweigert Greus den Anwälten einen Besuch der Angeklagten in Zweibrücken, den ihnen der Gerichtsvorsitzende zugesagt hatte. Die "Frankfurter Rundschau" vom Freitag, dem 5. September, sieht sich genötigt festzustellen: "In Kaiserslautern ist der Schuldspruch noch längst nicht gefällt, aber gleichwohl maßt sich der Strafvollzug Rechte an, als seien die mutmaßlichen Terroristen schon verurteilt. Zwischen Richtertisch und Zuschauerbänken sichern nicht die üblichen Justizbeamten den Raum, sondern Bedienstete des Gefängnisses. (...) Friedrich-August Greus (von wem bestärkt?) muß als verdächtig gelten, daß er eine Reihe von Handlungen für nötig hält, die wie ein Vorgriff auf ein zu erwartendes Urteil erscheinen."

Daß die bürgerliche Justiz die Prozesse gegen die RAF am liebsten schleunigst vom Hals haben würde, wo es ihr nicht gelungen ist, und zwar auch mit jahrelanger Isolations- und Vernichtungshaft nicht gelungen ist, sie als reumütige Sünder vorzuführen, ist offensichtlich. Was soll der Prozeß noch, man hat sie ja. So hat sich der Gefängnisdirektor das wohl auch gedacht und **hat's dem Richter gleich gezeigt. – (hv)**

Staatsfromme Jugendpolitik

Bremer DKP fällt Jugendlichen beim Kampf um Jugendzentrum in den Rücken

Bremen. Zuerst saßen sie noch in der Jugendinitiative Neustadt, die Mitglieder der SDAJ, und waren auch dafür, daß das abgebrannte Jugendfreizeitheim in der Thedinghauserstraße wieder aufgebaut wird (s. KVZ Nr. 34 und 35). Als die Jugendinitiative gegenüber dem Senat für eine Übergangslösung eintrat, die der Neustädter Jugend sofort übergeben werden sollte, versuchten sie noch zu bremsen, indem sie besänftigend "für Mitbestimmung" eintraten. Als das nichts nützte, als die Neustädter Jugendlichen dafür eintraten, das Haus am Buntentorsteinweg sofort zu bekommen, waren sie schon nicht mehr zu sehen.

Im Landesjugendring verhinderten sie die Abstimmung einer Solidaritätserklärung. Einige Tage später erschien die DKP-Zeitung am Bremer Vulkan, die Werftnachrichten, mit einer Meldung über die Demonstration, übernommen aus dem Weser Kurier und dem Kommentar: "Das sind keine jugendlichen Demonstranten, die für berechtigte Interessen auf die Straße gehen. Ein Sumpfhaufen von Chaoten und Kriminellen." Der Kommentar war auf die Stelle im Weser Kurier überklebt worden, wo dort über die schwere Verletzung eines Demonstranten berichtet wird.

Die DKP schreibt in ihrem Wahlprogramm zur Bremer Bürgerschaft: "Die DKP fordert die Errichtung weiterer Jugendfreizeitheime und Zentren, die den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen entsprechen und in denen die Jugendlichen ein gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird." (S. 8)

Wie verträgt sich damit der haßerfüllte Kommentar zu einer Demonstration der Arbeiterjugend, mit der ein Jugendzentrum gefordert wurde?

Das erklärt sich dadurch, daß die DKP den Angriff auf den bürgerlichen Staat scheut und diejenigen haßt, die diesen Angriff in der Verfolgung ihrer Interessen führen. Sie ist vielmehr auf Zusammenarbeit mit dem Staat aus, nur in Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat meint sie all die schönen Dinge erreichen zu können, die sie verspricht, wie z. B. Politcafes in der Innenstadt. Da hofft sie auch auf Posten für sich selbst.

Deshalb bekämpft sie in der Jugendinitiative die Forderung nach Selbstverwaltung bis hin zur Spaltung. Sie will die "Mitbestimmung", weil die Arbeiterjugend noch nicht alleine ihre Angelegenheiten zu regeln gelernt habe. So sagt die DKP z. B. in der Jugendinitiative Brommyplatz. Die DKP rät der Arbeiterjugend zusammenzugehen mit dem Staat, der seine Polizeihorden auf die Jugendlichen hetzt, wenn sie ihren Interessen nachgehen, wie in der Erlenstraße und in Melsum. Der der Arbeiterklasse und dem Volk jede Möglichkeit der Einflußnahme in den staatlichen Erziehungseinrichtungen nimmt, der die Sozialarbeiter, die sich auf die Seite der Neustädter Jugendlichen stellen, auf die Straße setzt.

Über den ganzen Apparat der staatlichen Fürsorge ist bei der DKP nur zu lesen, daß er noch größer werden müsse. Welch einen Abscheu muß die DKP vor der Jugendinitiative Neustadt empfinden, die den Vertretern des Jugendaufsichtsamtes konsequent den Stuhl vor die Tür setzt, um ihre Arbeit machen zu können.

In Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat ist die Entfaltung der Selbständigkeit der Arbeiterjugendlichen nicht möglich, die sie braucht, um am Klassenkampf teilzunehmen und einmal die Herren der Gesellschaft zu werden. Das ist nur möglich in scharfem Kampf gegen den Staat, der die Arbeiterjugend von früh bis spät mit seiner "Fürsorge" und seiner Erziehung unter seiner Fuchtel halten will.

Aber dieses Ziel der Arbeiterjugend hat die DKP längst aufgegeben. Bisweilen beruft sich die DKP noch auf die revolutionären Schriften von Marx und Engels. Vollkommen zu Unrecht. Schon vor 100 Jahren hat Karl Marx in seiner Schrift "Kritik des Gothaer Programms" solche Auffassungen wie die der DKP schonungslos kritisiert. Er schreibt:

"Ganz verwerflich ist die Volkserziehung durch den Staat ... Vielmehr sind Staat und Kirche gleichermaßen von jedem Einfluß auf die Erziehung auszuschließen. (Es bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.)"

Gegen Ausplünderungspolitik

Mannheim. 400 Menschen demonstrierten erneut gegen die Tariferhöhungen durch den Stadtrat während seiner ersten Sitzung nach dem Urlaub. Die Kundgebung war verboten und 400 Polizisten waren zusammengezogen worden. An der Kundgebung **in der Innenstadt nahmen 500 Menschen teil.**

Immer mehr ausgebildete Lehrer arbeitslos

NRW: Nur 59 Stellen für 100 Lehrer

In einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" vom 29. August hat der nordrhein-westfälische Innenminister behauptet, Nordrhein-Westfalen werde als einziges Bundesland 1976 alle fertig ausgebildeten Lehrer (über 4 000) einstellen. Was das Ministerium wirklich vor hat, haben jetzt die Seminarsprecher der Bezirksseminare für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule Aachen I, Eschweiler, Geilenkirchen und Mettmann in einem offenen Brief an den Kultusminister Rau aufgedeckt. In ihrem Brief verweisen die Seminarsprecher auf einen Erlaß des Ministeriums vom 31. Juli 1975 über die Beschäftigung von Lehramtsanwärtern, die bis zum 1. Februar 1976 die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ablegen werden. In diesem Erlaß wird verfügt, daß zum 1. Februar 1976 überhaupt keine Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen eingestellt werden. Als "Übergangsregelung" und zur "Vermeidung sozialer Härten" bietet das Ministerium ein auf sechs Monate befristetes Beschäftigungsverhältnis mit nur 14 Stunden in der Woche an. Die Bezahlung soll nach Bundesangestelltentarif erfolgen und etwa 600 DM im Monat betragen.

Angeblich soll das erforderlich sein, "um sicherzustellen, daß zum 1. September 1976 allen nordrhein-westfälischen Lehramtsanwärtern der Grund- und Hauptschule im Rahmen des fächerspezifischen Bedarfs eine Stelle angeboten werden kann" (aus dem Erlaß des Kultusministeriums).

Die Statistiken des Ministeriums geben nun aber für die Grund- und Hauptschulen nur wenige Mangelfächer an; nach einer Statistik vom 13. Juni sollen für 100 ausgebildete Lehrer an den Grund- und Hauptschulen nur 59 Planstellen bereitstehen.

Das heißt, daß auch im Herbst 1976 ein großer Teil der ausgebildeten Lehrer nicht in den Schuldienst eingestellt wird.

"Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Erlasses läßt vermuten, daß Sie die Betroffenen bewußt von einer Stellungnahme ausschließen wollten", schreiben die Seminarsprecher an den Minister. Sie fordern die sofortige Zurücknahme des Erlasses und die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer zum 1. Februar 1976. Für nicht eingestellte ausgebildete Lehrer fordern sie die Anerkennung als Arbeitslose und die Zahlung eines Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. "Wir verurteilen schärfstens die Vermittlung unwahrer Behauptungen . . ., die geeignet sind, die berechtigen Interessen der Betroffenen zu unterlaufen", heißt es zu den Äußerungen von Minister Rau.



Offenbach: Das Bild zeigt eine Demonstration von Schülern der Rudolf-Koch-Schule gegen den Abzug von Lehrkräften durch die Schulbehörden (s. KVZ Nr. 35)

„Die Eltern stehen hinter uns"

Die Anhörungen verliefen anders als es die Schulleitung geplant hatte

Hamburg. Über den Kampf für zwei Sportstunden an der Gewerbeschule 1 in Hamburg ist schon in der KVZ Nr. 34 berichtet worden. Nach einem Warnstreik hat eine Klasse sich die zwei Stunden selbst genommen. Das wurde ihr von der Schulleitung verboten. Darauf versammelten sich die Schüler der Klasse und die einer weiteren Klasse auf dem Pausenhof, um während der Unterrichtszeit für zwei Stunden Sport einzutreten.

Diese Aktion stieß bei vielen Klassen auf Sympathie. Die Schulleitung reagierte sofort. Diese zweite Aktion sei unerlaubtes Entfernen im Wiederholungsfalle. Dieses könne nur mit einem Verweis geahndet werden.

Die Schulleitung wollte diesen Verweis denjenigen erteilen, die an beiden Aktionen teilgenommen hatten. Nun werden Verweise aber von der Klassenkonferenz ausgesprochen, die aus allen Lehrern einer Klasse besteht sowie dem Schulleiter als Vorsitzenden. Dieser Konferenz muß eine Anhörung vorausgehen, in der üblicherweise die Schüler einzeln gehört werden zu den Ursachen ihrer "Ungesetzlichkeit". Die jeweiligen Lehrerkonferenzen der einzelnen Klassen beschlossen aber, daß auf den Anhörungen alle Schüler gleichzeitig gehört werden sollten, da man sich wohl ausrechnete, daß die Schüler sich auf Einzelanhörungen nicht einlassen würden.

Als in der Schule bekannt wurde, daß Verweise erteilt werden sollten, beschlossen mehrere Klassen Solidaritätsresolutionen, in denen sie die Aktion für gerecht erklärten, sich voll und ganz hinter die beiden Klassen stellten, weiter die Forderung nach zwei Stunden Sport erhoben und die Schulleitung aufforderten, keine Verweise zu erteilen.

Die Anhörungen verliefen dann auch ganz anders, als die Schulleitung sich das vorgestellt hatte: Bei der Anhörung in der Klasse 4 M 3 waren nicht nur die betroffenen Schüler zugegen, sondern auch ein Großteil des Blockschülerrats. Die Schulleitung wollte sie rausschmeißen, genauso wie eine Mutter, die ihren minderjährigen Sohn vertrat. Das gelang nicht, obwohl die Schulleitung sich extra noch den Berufsschulabteilungsleiter mitgebracht hatte. Bei der Abstimmung waren die Lehrer in ihrer Meinung gespalten; vier zu vier wurde abgestimmt. Als der Schulleiter trotzdem alle Schüler, die nicht zur Klasse gehörten, rausschmeißen wollte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung und er sah sich gezwungen, einen Rückzieher zu machen.

Die Schülerratsvertreter und die Mutter durften bleiben.

Jetzt begann die Anhörung. Die Schüler wurden gefragt, wie sie zu ihrer Aktion ständen. Die Antwort war eindeutig: Die Aktion war unser einziges Mittel, sie war richtig. In der folgenden Diskussion schaffte die Schulleitung es nicht, die Schüler einzuschüchtern und sie abzubringen von ihrer Haltung. Dies war der erste Erfolg. Der zweite Erfolg kam, als nach der Anhörung der Eltern die Schüler befragt wurden. Die Eltern standen alle hinter der Aktion ihrer Kinder. Ein Vater sagte: Dies ist das einzig Richtige gewesen, was die Schüler machen konnten. Und wenn mein Sohn noch mehr macht, dann stehe ich voll hinter ihm. Andere Eltern äußerten sich ähnlich: Was bliebe den Schülern denn anderes übrig?

Die Anhörung war ein Erfolg für die Schüler und Eltern. Bei den Lehrern war die Haltung geteilt. Der Schulleiter hatte sich nicht durchsetzen können.

Die Klasse hat bisher auch noch keinen Verweis bekommen.

Einen Tag später fand dann die Anhörung der zweiten Klasse statt. Der Verlauf war ähnlich, nur das Ergebnis etwas anders. Der Schulleiter wollte unbedingt seine Schlappe vom Vortag wettmachen. Der Klasse wurde ein Verweis ausgesprochen. Er soll aber nicht an die Betriebe mitgeteilt werden, es ist also ein "schwacher" Verweis.

Vor einem allzu harten Kurs scheut die Schulleitung wohl zurück, weil sie fürchten muß, damit die ganze Schülerschaft gegen sich aufzubringen. Jetzt setzt sie darauf, daß sich die Schüler mit dem Ausgang zufrieden geben. Dafür gibt es aber keinen Grund, denn die zwei Stunden Sport pro Woche haben wir noch nicht. – (b, Hamburg)

Hessen: 500 nicht eingestellt

Frankfurt. Vor einigen Tagen hat der hessische Kultusminister Krollmann bei einem Gespräch mit GEW-Vertretern die Ergebnisse einer Untersuchung des Kultusministeriums über die zu erwartende Zahl arbeitsloser Lehrer mit 2. Staatsexamen bis 1978 bekanntgegeben. Wurden schon 1975 über 500 Lehrer mit 2. Staatsexamen nicht eingestellt, werden es im nächsten Jahr schon 1 900 sein und 1978 sogar 5 200. Dabei muß man davon ausgehen, daß die Schätzungen eher zu niedrig sind. Hier die genauen Zahlen:

Jahr*	Grund-, Haupt-, Realschulen	Gymnasien	Berufsschulen	Summe
1976	1 500	400	–	1 900
1977	2 700	800	100	3 600
1978	3 800	1 200	200	5 200

*Die Zahlen beziehen sich also auf beide Einstellungstermine

Etwa 32 000 Lehrer sind zur Zeit in Hessen beschäftigt.

Noch schlechter sieht es für die Lehrerstudenten mit 1. Staatsexamen aus. Die Ausbildungsplätze für Referendare werden voraussichtlich um 500 gekürzt. Bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1974 waren für 1975 als "Geschenk" der neuen Landesregierung 500 neue Referendarstellen ausgehandelt worden. Im Plan für den Landeshaushalt 1976 sind diese Stellen allerdings nicht mehr berücksichtigt. – (K., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt)

Baden-Württemberg: 756 Referendare nicht übernommen

Heidelberg. Nach einer Meldung der "Rhein-Neckar-Zeitung" vom 23./24. August sind in Baden-Württemberg im August 756 Referendare nach dem 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien nicht auf eine Referendarstelle übernommen worden. Gleichzeitig wurden 160 Absolventen der Pädagogischen Hochschule nicht ins Beamtenverhältnis eingestellt. Sie erhielten nur einen auf zwölf Monate oder noch kürzer befristeten Angestelltenvertrag. D.h. sie sollen in kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst fliegen (nach: Süddeutsche Schulzeitung der GEW, 16.August).

AjLE-Resolution gegen Nichteinstellung

Frankfurt. Gegen die Nichteinstellung zweier Kolleginnen an der Frankfurter Ernst-Reuter-Schule hat der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in der GEW eine Erklärung abgegeben, in der die sofortige Einstellung der Kolleginnen Schwert und Wagner an der Ernst-Reuter-Schule und die "Streichung der Gesetzesbestimmungen, mit denen der Staat die Beamten auf die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung verpflichtet und ihnen bei öffentlicher Betätigung eine besondere 'Mäßigung' abverlangt!" gefordert wird.

Den beiden Lehrerinnen war vorgeworfen worden von seiten des Kultusministeriums, nicht die Gewähr dafür zu bieten, "jederzeit im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung tätig zu sein".

Die Gewerkschafter unterstützen die Initiative von Eltern und Kollegen an der Schule und vertreten die Auffassung, daß sich dort der hessische Kultusminister rechtfertigen soll. In der Resolution heißt es unter anderem:

"Insbesondere legt der Staat Wert auf die Loyalität seiner Bediensteten gegenüber der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung. Diese beruht auf der Tatsache, daß die Mittel der Produktion hauptsächlich in den Händen weniger privater Eigentümer konzentriert sind, während die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft . . . zu verkaufen. Seit mehr als hundert Jahren haben die Krisen und alles soziale Elend ihren Ursprung in diesem Gegensatz. Um hiergegen angehen zu können, brauchen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die elementaren demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen."

Ausländerausbildung

Durch eine "Grundsatzerklärung der Bundesregierung zur Ausbildung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland" hat das Bundeskabinett am 20. August die Bedingungen für die Vergabe von Ausbildungsplätzen an Ausländer aus Entwicklungsländern (gegenwärtig 21 000) wesentlich verschärft und ihre Rechte noch weiter eingeschränkt. Vor Antritt und während der Ausbildung sollen die ausländischen Studenten einer eingehenden Kontrolle unterworfen werden. In ihren Heimatländern wird die Bewerbung von "Fachleuten in den deutschen Botschaften oder von Institutionen wie Friedrich-Ebert-Stiftung, Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Auslandsdienst" überprüft werden. Die angestrebte Ausbildung soll "mit den Bedürfnissen des Heimatlandes in Einklang stehen". Nun sind diese Einrichtungen ja dafür bekannt, daß sie die Interessen des westdeutschen Kapitals in den Entwicklungsländern vertreten und sich zu diesem Zweck in die inneren Angelegenheiten der Länder einmischen. Man kann sich also vorstellen, wie diese Institutionen die "Bedürfnisse der Heimatländer" verstehen.

Zugelassen werden soll im übrigen nur, wessen Studium finanziell gesichert ist. Wer nicht den vermögenden Kreisen des Landes angehört, hat keine Chance. Der westdeutsche Staat entledigt sich der Unterstützung ausländischer Studenten, die auch bisher schon nur gering gewesen ist (rund 10 Prozent).

Wer zugelassen wird, erhält jetzt einen Sichtvermerk in seinen Ausweispapieren. Während des Studiums, dessen Dauer kontrolliert wird, findet eine ständige "Beratung" statt, die der "Erhaltung des Bewußtseins für den Zweck des Aufenthalts in der BRD" dienen soll. Wer diesen Zweck aus dem Auge verliert und sich z.B. politisch betätigt in einem unbequemen Sinn, dem sollen die Behörden "notfalls die Aufenthaltsgenehmigung entziehen können" (Frankfurter Rundschau vom 9. August).

Eine Facharztausbildung im Anschluß an die Ärztliche Prüfung soll nur noch in Ausnahmefällen genehmigt werden. Eine berufliche Tätigkeit im Anschluß an das Studium soll höchstens für ein Jahr zugelassen werden.

Von 1000 bekamen 50 einen Studienplatz

Braunschweig. Am 15. und 22. August fanden an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Braunschweig die Zulassungskonferenzen für das Wintersemester 1975/76 statt.

Schon vor diesen Konferenzen war bekannt, daß für das kommende Semester anstatt bisher 130 nur noch 50 Studenten aufgenommen werden. Die Fachhochschule soll nach Meinung der bürgerlichen Politiker gesundschrumpfen, denn zur Zeit studieren im Neustadt-Rathaus, in dem sich die Fachhochschule befindet, weit über 600 Studenten, obwohl dieses Gebäude nur für 400 Studierende geplant war. Laut SPD-Landtagsabgeordneten Kühbacher ist für Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowieso kein "Markt" mehr vorhanden. Zur katastrophalen Raumsituation kommt noch der große Mangel an Dozenten. Nur knapp die Hälfte der vorgesehenen Planstellen ist besetzt.

In der ersten Konferenz am 15. August wurde zunächst über die sogenannten Härtefälle entschieden; das sind die Leute, die wegen "besonderer sozialer und familiärer Härte" einen Antrag auf bevorzugte Zulassung zum Studium gestellt haben. Insgesamt lagen etwa 80 Härteanträge vor, von denen ganze acht (!) ausgesucht und genehmigt wurden, das ist gleich 15 Prozent der Gesamtzulassungen. Die besten Chancen, daß ein Härteantrag genehmigt wird, hat derjenige, dem mindestens eine Hand oder ein Fuß fehlt, acht bis zehn Geschwister hat und eine kranke Oma im Rollstuhl versorgen muß. Jemand, der zwei Kinder zu versorgen hat und bereits 30 Jahre alt ist, wurde nur in die zweite Härtekategorie eingestuft. Auch der Umstand, daß man Halbwaise ist oder noch mehrere Geschwister in der Berufs- oder Schulausbildung hat, reichte nicht aus, um einen Studienplatz zu erhalten.

Bei der Betrachtung aller Härteanträge mußte man zu dem Schluß kommen, daß mindestens alle die, die einen solchen Antrag gestellt hatten, einen Studienplatz bekommen müßten. Doch nur jeder Zehnte kommt nun in den Genuß, studieren zu dürfen, weil er das "Glück" hat, hart genug getroffen zu sein.

Auf der Konferenz am 22. August wurden die restlichen Studienplätze nach Leistung und nach der Länge der Wartezeit vergeben. Hier sah die Situation so aus, daß man mindestens einen Zensurendurchschnitt von 1,9 haben mußte, um überhaupt in die engere Wahl gezogen zu werden. Alle anderen wurden entweder gar nicht berücksichtigt oder bekamen bestenfalls einen Platz auf der Ersatzliste.

Die Warteliste führte einer an, der 1968 sein Abitur gemacht hat. Bei ihm mußten erst einmal die Vorschriften befragt werden, ob er überhaupt noch studienberechtigt ist. Das Ergebnis hier: Nicht einmal alle, die 1973 Abitur gemacht haben, bekamen einen Studienplatz, geschweige denn Abiturienten von 1974. Den Anspruch, im Abitursjahr auch gleich mit dem Studium zu beginnen, erhebt wohl keiner mehr.

Nach vorsichtiger Schätzung lag die Gesamtzahl der Bewerber bei etwa 1 000. Davon bekommen 950 eine Absage. – (G., Braunschweig)

Soldaten gegen Paragraf 218: Die Fronten klären sich

Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere reagieren auf die Aktionen des Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitees gegen § 218

Die Abschaffung des § 218 wird durchgesetzt werden müssen gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Daß er es ernst meint mit seiner Verteidigung, das hat man spätestens bei der Polizeiaktion gegen das Frauenzentrum in Frankfurt erfahren. – Der bürgerliche Staat wird letztlich seine bewaffneten Formationen auffahren, um den Kampf des Volkes gegen Unterdrückung und Ausbeutung niederzuhalten. Es wird daher auch wichtig sein, zu erfahren, wie die Fronten bezüglich des Paragrafen in den Hauptstützen des Staatsapparates verlaufen und ob sich dort offene Flanken zeigen, in die das Volk ideologisch und politisch hineinstoßen kann.

Das Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitee hatte Ende Juni beschlossen, die Komitees gegen den § 218 auf der Grundlage ihres gemeinsamen Aufrufs zu unterstützen. Es sieht die Aktivitäten gegen den Paragrafen momentan als einen Schwerpunkt im Kampf gegen das bürgerliche Militär an.

Inzwischen können die ersten Tätigkeiten berichtet und ihre Ergebnisse ausgewertet werden.

In insgesamt fünf Kasernen werden jeweils in einer Kompanie Unterschriften gesammelt.

Dies wurde bisher unterstützt durch einen Diskussionsabend des Soldaten- und Reservistenkomitees zum § 218 und durch gemeinsame Informationsstände des Soldaten- und Reservistenkomitees und des Komitees gegen den § 218 vor drei Kasernen.

Zur Vorbereitung der Informationsstände verteilten wir vor der Kaserne die Komitee-Aufrufe mit einer Ankündigung des Standes. Das Komitee gegen den § 218 schrieb einen Brief an die Vertrauensleute der Mannschaften. Darin erklärte es den Kampf gegen den Paragrafen und bat den Vertrauensmann, den Informationsstand unter seinen Kollegen bekanntzumachen und den Aufruf auszuhängen. (Der Brief war per Einschreiben, da schon einmal ein Brief an die Vertrauensleute nicht angekommen war.)

Die Ergebnisse dieser Aktionen lassen Schlüsse darüber zu, auf welche Kräfte sich die Arbeiterklasse wird stützen können, welche Reserven bestehen und wer die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt.

Die Mannschaften

Für die Mehrheit von ihnen – egal ob Wehrpflichtiger oder Zeitsoldat – ist der Paragraf gar keine Frage mehr. Der muß weg, und zwar restlos, da besteht eine feste Meinung drüber. Und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das im Namen des Volkes erlassen wurde, muß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gefordert werden, daß der Wille des Volkes in einem Volksentscheid gegen den § 218 zur Geltung kommen soll. Das ist der richtige Weg. Das wird auch gesehen. Die Unterschriftensammlungen beweisen das.

In der **Bismarck-Kaserne** haben bisher in einer Kompanie die Hälfte der 120 Mannschaftsdienstgrade unterschrieben. Die überwiegende Mehrheit zu bekommen, das ist nur eine Zeitfrage.

In der **Marseille-Kaserne** haben in einem Zug von 55 Leuten 40 unterschrieben. Außerdem haben Kollegen die Listen mit nach Hause genommen und voll wieder mitgebracht.

Bei den Informationstischen haben vor der **Boehn-Kaserne** innerhalb von einer Stunde von 45 Kollegen 20 unterschrieben (und das bei der Hetze, um zur U-Bahn zu kommen). Vor der Bismarck-Kaserne haben alle 25 Kollegen, die rauskamen, unterschrieben.

Verkauft haben wir zum Beispiel vor der Boehn-Kaserne in der einen Stunde an die 20 Zeitungen des Hamburger Komitees gegen den § 218.

Der Brief des 218-Komitees an die Vertrauensleute hat einen ersten Erfolg gezeigt. Ein Vertrauensmann hat die Sitzung des § 218-Komitees besucht und sich Aufrufe und Unterschriftenlisten für seine Kompanie mitgenommen.

Die weitgehende Einheit unter den Mannschaften über den Paragrafen muß in direkter Unterstützung der Volksmassen ihren Ausdruck finden. Die Soldaten im Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitee und auch schon einige andere Kollegen haben sich daher entschlossen, an der Demonstration am 21.9. in Uniform teilzunehmen.

Das Unteroffizierskorps

Hier herrscht keine einheitliche Front.

Die Stellung zu diesem volksfeindlichen Paragrafen ist unterschiedlich. Am ehesten zu gewinnen, das sind die niedrigen Ränge des Unteroffizierskorps, die **Unteroffiziere** und **Stabsunteroffiziere**. Sie sind zumeist auch nur Z 2 oder Z 4, betrachten ihren Dienst als einen Job, wollen das "Beste" aus diesem Zwangsdienst machen. Mit dem früheren Leben ihrer Kollegen draußen sind sie noch eng verwachsen.

Aber auch die **Feldwebel und Hauptfeldwebel** – Z 8-12 oder Berufssoldaten – stellen sich beim § 218 keineswegs einheitlich gegen das Volk. **Ein Beispiel**: Während des Informationsstandes vor der Boehn-Kaserne sprach ich einen vorübergehenden Hauptfeldwebel an, erklärte ihm kurz die Forderungen und fragte ihn, ob er unterschreiben wolle. Er stimmte meinen Ausführungen voll zu, fand den Aufruf auch richtig und unterschrieb sofort.

Danach entspann sich zwischen uns noch eine halbstündige Diskussion. Es ging darum, warum der § 218 weg muß, ob er ein Klassenparagraf ist, wie er zu beseitigen ist und wie der Hauptfeldwebel als Funktionär des bürgerlichen Staates dazu steht.

Als Hauptgrund für die Beseitigung des Paragrafen nannte er die Lage der Volksmassen; zu kleine Wohnungen, finanzielle Nöte und zu wenig Kindertagesstätten. Zusätzlich meinte er allerdings, "jeder könne mal fremd gehen", das wäre eine menschliche Sache, und da ist der Brigadekommandeur auch nicht ausgenommen.

Der Hauptfeldwebel schloß daraus, daß die Forderung "Weg mit dem § 218" durch alle Schichten und Klassen in der BRD hindurch Unterstützung finden würde.

Andererseits fand er auch was Richtiges an meinen Ausführungen, daß der Kapitalist wie der Offizier ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Paragrafen haben, um freie Verfügung über die Arbeitskräfte zu behalten und das Volk zu bevormunden, selber aber keine Last mit dem Paragrafen haben.

Den Volksentscheid begrüßte er als ein Mittel, mit dem das Volk sein Recht, selbst über eine Abtreibung zu bestimmen, zum Ausdruck bringen kann.

Auf meine Frage hin, ob er die Unterschrift auch in der Kaserne vertreten würde, kam kämpferisch, daß das ganz klar sei, egal ob vor ihm der Kommandeur oder Brigadekommandeur stehe.

Zum Schluß stellte ich ihm die Notwendigkeit der Demonstration dar und belegte am Beispiel des Polizeieinsatzes gegen das Frauenzentrum in Frankfurt, daß die Armee sicherlich mit Verschärfung der Fronten gegen solche Demonstrationen eingesetzt werden würde.

Der Hauptfeldwebel sagte dazu, daß diese Demonstration und nur solche Mittel geeignet seien, um den § 218 zu Fall zu bringen. Wenn er eingesetzt werden würde gegen so eine Demonstration, dann ließe er sich krankschreiben.

Warum er sich denn nicht offen auf die Seite der Demonstranten stelle?

"Das würde einen unerhörten Trubel in der Kaserne geben."

Damit hatte er Recht, und wenn es dazu käme, würden wir das begrüßen.

Ein anderes Beispiel: Es existieren allerdings auch andere Auffassungen im Unteroffizierskorps. Als Beispiel dafür Hauptfeldwebel Gründel aus dem Vorzimmer des Standortältesten der **Bose-Bergmann-Kaserne**.

Wir wurden bei ihm vorstellig, weil auf Betreiben des Standortältesten ein bei der Stadt angemeldeter Informationstisch zum § 218 vor der Kaserne verboten wurde.

Erst wollte er uns überhaupt nichts sagen und meinte, wir sollten nach den Gründen doch schriftlich anfragen. Dann ließ er doch einige Argumente raus:

– Wenn einer hier einen Informationstisch erlaubt bekäme, dann würde ja jeder ankommen.

– Die Soldaten könnten sich ja bei der SPD und den Jungsozialisten informieren.

Peinlichst vermied er es, direkt zum § 218 Stellung zu nehmen und zog sich nachher, in die Enge getrieben, zurück: Ich laß mich doch von Ihnen hier nicht festlegen, außerdem kenne ich den ganzen Fall nicht so genau.

Aus diesen Begründungen scheint die Furcht hervor, daß das Volk sich gegenüber der Armee nicht mehr passiv verhalten wird, sondern die Soldaten einbezieht in seine Kämpfe.

Deutlich wurde in diesem Gespräch die Staatstreue, mit der der Hauptfeldwebel behaftet ist, und die Auswirkungen der Trennung vom Volk ("Was hat denn die Kaserne mit dem § 218 zu tun? ").

In Relationen ausgedrückt verhielt es sich im Unteroffizierskorps folgendermaßen:

Von fünfzehn Dienstgraden, die die Boehn-Kaserne verließen, unterschrieben drei Unteroffiziere, ein Oberfeldwebel und ein Hauptfeldwebel.

Das Offizierskorps

Stellen konnten wir bisher erst drei seiner Vertreter. Aus all ihren Äußerungen sprach aber eine Verachtung und reaktionäre Einstellung gegenüber dem Volk.

Mit einem **Hauptmann** konnte ich ein längeres Gespräch führen. Auf meine Frage hin, was er von der völligen Abschaffung des § 218 halte, vertrat er den neuen Gesetzentwurf der Indikationslösung.

Ich hielt ihm entgegen die Schikane und Bevormundung des Volkes durch den Staat, der sich ja ansonsten einen Dreck um das Wohl des Volkes kümmert. Er fand das gar nicht so schlimm. Es gäbe gewisse Sachen, die noch nicht geregelt seien, das würde sich aber einlaufen. Und das ginge auch nicht an, daß jeder selber darüber entscheiden könne, ob er nun abtreiben will oder nicht. Es müsse eine ordnende Instanz geben.

Ich fragte dazwischen, warum denn die Familien des Volkes das nicht selbst entscheiden könnten, sie würden doch am besten ihre finanzielle, wohnliche Situation kennen. Der Hauptmann: Das Volk sei nicht reif genug, es wäre unaufgeklärt, ungebildet. Die ständigen unerwünschten Schwangerschaften zeigten das ja, wo es genug Verhütungsmittel gäbe, die man nur nehmen müsse.

Daß aber gerade der bürgerliche Staat, dem er die Kontrolle der Abtreibung zubilligt, die Funktion wahrnimmt, die Massen unwissend zu halten, das beeindruckte ihn nicht. Er war der Ansicht, daß es von jedem selbst abhänge, ob er sich Wissen oder Bildung aneignet oder nicht. Und da wäre es in der Gesellschaft immer so, daß einige nach Macht streben würden, andere sich unterdrücken ließen.

Sprich: Die ausgebeuteten und unterdrückten Massen sollen sich mit ihrer Lage abfinden.

Zwei andere Hauptleute stellten ihren Standpunkt sehr eindeutig dar: "Die wollen doch nur herumvögeln und dann einfach abtreiben können, und wir müssen das bezahlen von unserem Geld."

Die Frechheit ist zweifach: Erst die Frauen des Volkes, die aus ihrer Notlage heraus abtreiben, zu beschimpfen als Huren, dann zu sagen, sie, die Herren Offiziere, müßten das bezahlen.

Zu nichts, aber auch zu keiner einzigen produktiven gesellschaftlichen Tätigkeit tragen diese Herren bei. Ausgehalten werden sie durch die Steuern, die aus der Arbeiterklasse und dem Volk herausgepreßt werden.

Der Klassengegensatz in der Armee tritt hervor

Die Fronten gewinnen an Konturen. Auf der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen diesen Unterdrückungsparagrafen, da steht das große Heer der Mannschaften. Nicht verwunderlich, denn es ist die Arbeiterjugend, die die Mehrheit der Mannschaften stellt und nur durch die Zwangsgesetzgebung zum Dienst im bürgerlichen Militär gedrückt werden kann.

Reserven, die hat die Arbeiterklasse in der beachtlichen Zahl des Unteroffizierskorps.

Diese, ob Zeit- oder Berufssoldat, kommen aus dem Volk, daran muß man sich erinnern. Sie haben einen ganzen Zeitraum ihres Lebens die Sorgen und Nöte des Volkes geteilt. Abgesondert, getrennt vom Volk, ihm teilweise feindlich gegenüberstehend, das sind sie geworden durch die Kasernierung im bürgerlichen Militär, durch die völlige Trennung von jeglicher gesellschaftlichen Tätigkeit und durch die materielle und geistige Korruption durch den bürgerlichen Staat.

Die Feinde der Arbeiterklasse, sie stehen in der schmalen Schicht des Offizierskorps. Wie überall im bürgerlichen Staatsapparat sind es seine Kommandostäbe, die fest im Lager der bürgerlichen Klasse stehen.

Erkennt die Arbeiterklasse dies und richtet sich nach dem Grundsatz, die Soldaten in die Kämpfe des Volkes einzubeziehen, dann wird sie die Masse der Soldaten gewinnen und die Schlachten gegen den bürgerlichen Staat gewinnen. – (tw, Hamburg)

Soldaten gegen Paragraf 218

Sontra (Husarenkaserne). Im Kasernenbereich wurden bis jetzt 35 Unterschriften gegen den § 218 gesammelt. In dieser Zahl ist jedoch noch nicht die Ausbildungskompanie enthalten, deren bisheriges Sammlungsergebnis noch nicht vorliegt. Unterschriften wurden auch im Jugendhaus gesammelt und die Mitglieder einer Gewerkschaftsgruppe waren der Ansicht, daß der Kampf gegen den § 218 aufgenommen werden muß.

Augustdorf. Im Kasernenbereich der Rommel-Kaserne sind 129 Unterschriften gegen den § 218 gesammelt worden.

Lüneburg. Aus der ABC-Abwehrkompanie 3 haben bisher 45 Soldaten durch ihre Unterschrift die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 unterstützt. Aus dem Erkundungszug haben dabei von 24 Mannschaften 22 unterschrieben.

Razzia in der Lüttich-Kaserne

Köln-Longerich. Am Freitag, dem 23. August, wurde bei den Soldaten des leichten Pionier-Bataillons 15 eine Durchsuchung der Spinde, Wertfächer und Privat-Pkw durchgeführt. Die Bataillonsführung suchte nach einem "Farbtopf", nachdem auf einem Unterrichtsraum der 2. Kompanie Parolen angebracht waren wie: "Breschnew und Ford, die Hitler von heute". Die Parolenmalerei war offenbar nur der Anlaß, um eine Säuberungsaktion unter den Soldaten des Bataillons einzuleiten. "Wer auch nur eine kommunistische Zeitung oder einige Bücher von Karl Marx im Spind hatte, wurde namentlich erfaßt, unter Sonderbewachung gestellt und vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) spät abends verhört." Dabei wurden – besonders in der 3. Kompanie – die Belegschaften der Stuben, in denen die Offiziere Soldaten zum Verhör bestimmten, weit über den Dienstschluß hinaus bis zum Abschluß der Aktion festgehalten. Weil offenbar die Parolen am Unterrichtsraum kaum einer für richtig hielt, erhoben die Soldaten zunächst nur geringe Einwände gegen die Durchsuchungsaktion. Als aber zunehmend der schikanöse Charakter deutlicher wurde, stieg die Empörung unter den Soldaten über die Maßnahme der Bataillonsführung. (nach "Volksmiliz", Kölner Militärzeitung, Nr. 1)



Der neue Spähpanzer: Besondere Eigenschaften für Besetzung

Kassel. Der Rüstungskonzern Rheinstahl hat dem Inspekteur des Heeres jetzt diesen neuen Achtrad-Spähpanzer 2 mit der Typenbezeichnung "Luchs" übergeben. Der Panzer, der mit diesem Monat an die Panzeraufklärungsbataillone ausgeliefert wird, soll mit einem Gewicht von 15 Tonnen noch schwimmfähig sein. Die Besatzung besteht aus vier Mann; Kommandant, Richtschütze und zwei Fahrern. An den beiden Enden des Panzers ist je eine Fahrkabine untergebracht, so daß das Fahrzeug in beide Richtungen fahren kann ohne zu wenden. Der Panzer soll eine Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern erreichen. Bewaffnet ist er mit einer Bordmaschinenkanone vom Kaliber 20 Millimeter. Obwohl das Fahrzeug in der Bundeswehr zunächst bei der gepanzerten Aufklärung eingesetzt wird und den Spähpanzer SPZ-Kurz (Hotchkiss) ersetzen soll, lassen Ausstattung und Bewaffnung darauf schließen, daß dieses Fahrzeug besonders geeignet ist für den Bürgerkrieg. Die britische Armee setzt jedenfalls ähnliche Fahrzeuge schwerpunktmäßig in Nordirland ein. Die Einführung des Luchs wird deshalb wohl nicht auf die gepanzerte Aufklärung beschränkt bleiben. (nach Weser Kurier, 27.8.)

Das spanische Volk kämpft gegen die faschistische Diktatur

Mehr als zehn Tage schon dauern in den baskischen Provinzen die Streik- und Straßenkämpfe gegen die Todesurteile von Burgos und gegen das faschistische Unterdrückerregime an. Zehntausende von Arbeitern bestreiken die Fabriken, vor allem in den Industriezentren von Guipuzcoa. Die Antwort der Kapitalisten: Aussperrung ganzer Belegschaften. Die baskische Arbeiterklasse führt den Kampf hart und entschlossen.

Der Ruf der Kapitalisten nach noch mehr Verfolgung und Unterdrückung, um die Arbeiter in die Fabriken zurückzuknüppeln, und die darauffolgende Drohung des Zivilgouverneurs in der vergangenen Woche, das neue "Terrorismus-Gesetz" in vollem Umfang anzuwenden, haben das Ende der Kämpfe keineswegs bewirkt. Tatsächlich kann dieses Gesetz für das baskische Volk keine Verschärfung der Unterdrückung und blutigen Verfolgung mehr bringen; diese besondere, verschärfte und blutige Unterdrückung wütet seit Monaten. Am vergangenen Dienstag, dem 2. September, wurde erneut ein Flugblattverteiler von der Guardia Civil erschossen; damit erhöht sich die Zahl der von der Guardia Civil seit April gemordeten baskischen Patrioten auf elf. Im Kampf gegen diese blutige Unterdrückung und für den Sturz des frankistischen Gewaltregimes schließt sich das baskische Volk immer fester zusammen. Das zeigen der erfolgreiche Generalstreik im Dezember vergangenen Jahres, der Kampftag am 11. Juni, an dem sich 100 000 Arbeiter, Schüler, Studenten, Hausfrauen, Geschäftsleute beteiligten, und das zeigen die Kämpfe jetzt.

Auch in den anderen Regionen Spaniens kämpft das Volk gegen die Todesurteile von Burgos.

Wegen der Knebelung der Presse und der Nachrichtenfälschung wurde lediglich bekannt, daß in Barcelona mehrere Tausend Arbeiter aus Protest gegen die Urteile in den Streik traten. In Madrid wurde eine Demonstration [illegible] von der Polizei auseinandergeschossen. In Sevilla und Malaga sind ebenfalls Arbeiter in den Streik getreten.

Über 400 politische Gefangene stehen jetzt im Hungerstreik. Viele von ihnen sind durch Folterungen und lange Haft körperlich so schwach, daß ein Hungerstreik tödliche Folgen haben kann.

Angesichts der breiten Kämpfe schreitet das faschistische Gewaltregime zu den nächsten Versuchen, das Volk in die Knie zu zwingen. Ein Dekret der vergangenen Woche verfügt, daß alle Nachtwächter, Portiers und sonstiges Überwachungspersonal ab sofort der Polizei eingegliedert sind. Die Bespitzelung und Verfolgung soll total werden.

Die Vorbereitungen des Kriegsgerichtsprozesses in Madrid gegen fünf antifaschistische Kämpfer der FRAP stehen in ihrer Endphase. Die von den Verteidigern beantragte Aufnahme von Entlastungszeugen wurde vom Militäranwalt mit der Begründung abgelehnt, die Schuld der Angeklagten sei hinreichend bewiesen. Die Todesurteile stehen bereits fest. Der Prozeß, um sie zu verkünden, kann jeden Tag beginnen.

Die gegenwärtigen Aktionen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung in Spanien stärken das Vertrauen des Volkes in die eigene Kraft. Zugleich bilden sie eine Basis und einen Ausgangspunkt für noch mächtigere Kämpfe gegen das faschistische Franco-Regime in der Zukunft.

„Seit fast 40 Jahren Frieden"

Franco erklärte in der vergangenen Woche vor einer vom Marineminister Admiral Pita de Vega geleiteten Delegation in La Coruna (Galizien): "Die Lage ist ausgezeichnet, doch darf unsere Wachsamkeit nicht nachlassen. Spanien lebt seit fast 40 Jahren in Frieden. Die Gesetze, die unser Volk anerkennt, sichern uns die Zukunft." (Süddeutsche Zeitung, 4. September)

Mit Polizeiknüppeln und Maschinengewehr, Gefängnis und Würgeeisen wird das spanische Volk zur Anerkennung dieser Gesetze gezwungen. Frieden hat es für das spanische Volk nicht gegeben, sondern Unterdrückung und Knebelung.

Nur dank der ungeheuren Unterdrückungsmaschinerie konnten in- wie ausländische Kapitalisten auf dem Rücken der spanischen Arbeiterklasse dicke Profite scheffeln: Die spanische Oligarchie, die "hundert spanischen Familien", die über knapp 80 Prozent des spanischen Aktienkapitals verfügen, und das ausländische Kapital, das die ausgepreßten Gewinne uneingeschränkt an die Muttergesellschaften zurückführt. 1967 waren das nach offiziellen staatlichen Angaben 6,572 Milliarden Peseten, 1968 8,801 Milliarden Peseten (nach heutigem Kurs – damals war es mehr – umgerechnet rund 329 bzw. 440 Millionen DM). – **(KS)**



Essen. Mit einem Hungerstreik auf dem Kennedy-Platz vom 5. bis 7. September haben in Essen lebende Spanier gegen die Todesurteile von Burgos demonstriert. Der Essener Oberbürgermeister H. Katzor (SPD) unterstützte ihre Forderung, daß die Todesurteile gegen diespanischen Antifaschisten Garmendia und Otaegui nicht vollstreckt werden dürfen. Weiter forderten sie freie politische Betätigung und Aufhebung des Ausnahmezustandes in Spanien. Das Bild zeigt die sich im Hungerstreik befindlichen spanischen Arbeiter.

Stockholm: Erneute Überreichung einer Protestnote durch 300 Demonstranten.

Mailand: 2 000 demonstrierten gegen die Todesurteile.

Erneute Demonstrationen in **Dortmund, Stuttgart, Frankfurt.**

Nürnberg: Der Hungerstreik im DGB-Haus wird fortgesetzt.

Mannheim: Hungerstreik von 17 Spaniern in der Katholischen Mission.

Köln. Am Abend des 9. September besetzten ca. 200 Spanier und Deutsche den Kölner Dom. Die Besetzung dauerte 3 Stunden. Die Teilnehmer an der Aktion protestierten damit gegen die Todesurteile von Burgos.

Brüssel: Protestnote des Europäischen Parlaments.

Lissabon: Demonstrationen, Protestnote des portugiesischen Außenministeriums.

Paris: Hungerstreiks in zwei Kirchen, Protestaktionen.

Frankfurt. Am Samstag, dem 6. September, fand erneut eine Demonstration gegen die Todesurteile in Spanien und die faschistische Diktatur statt. 800 Menschen beteiligten sich.

Hamburg. 1 800 Menschen beteiligten sich am Samstag, den 6. September, an einer Demonstration gegen die Todesurteile in Spanien.

Rauschgiftsucht und Selbstmordversuche

Von den insgesamt 2,5 Millionen amerikanischen Vietnam-Heimkehrern, die untersucht wurden, waren 175 000 immer noch rauschgiftsüchtig, meist griffen sie zu Heroin. 500 000, also jeder fünfte, machten nach ihrer Rückkehr Selbstmord oder einen Selbstmordversuch. 13 167 Soldaten sind durch die Ereignisse so psychiatrisch oder neurologisch krank, daß sie deshalb 100 Prozent kriegsversehrt gelten und entsprechende Renten nicht abgelehnt werden konnten; mehr als ein Drittel aller Verheirateten (38 Prozent) ließen sich nach ihrer Rückkehr scheiden, weil sie nicht mehr mit ihrer Ehe zurechtkamen.

Für die bürgerlichen Ärzte ist das Ganze eine neue Krankheit, das sogenannte "post-vietnamesische Syndrom". In Wirklichkeit ist es so, daß diese erschütternden Krankenzahlen ein deutlicher Beweis dafür sind, wie schnell man kaputtgeht, wenn man für die Imperialisten in den Krieg geschickt wird, selbst dann, wenn man die eigentlichen Kampfhandlungen überlebt. – **(H., Kiel)**

Sondervollversammlung der UNO

Genscher will die Ausplünderung der Dritten Welt „reformieren"

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren, in denen von Entwicklungshilfe so viel die Rede gewesen ist, immer ärmer geworden sind im Vergleich zu den imperialistischen "Entwicklungshelfern". Diese Tatsache wurde auch von Außenminister Genscher in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung nicht bestritten (Frankfurter Rundschau, 3.9.): Genscher gab "zwar zu, daß das derzeitige Weltwirtschaftssystem den Abstand zwischen armen und reichen Ländern nicht vermindert habe. Er betonte jedoch, 'daß allein die Reform der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung' die Kluft zwischen Nord und Süd vermindern könne."

Bereits vor der UNO-Vollversammlung hatte Wirtschaftsminister Friderichs den Gegensatz zwischen den Auffassungen der Bundesregierung und den Ländern der Dritten Welt herausgestellt:

"Viele Führer der Dritten Welt sind heute davon überzeugt, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung zuungunsten der Entwicklungsländer wirke. Manche von ihnen vertreten die These, daß unter dieser Ordnung die Industrieländer die Entwicklungsländer sowohl im Handel wie im Bereich der Auslandsinvestitionen systematisch ausbeuten und daß ihre Unterentwicklung Folge dieser Ordnung sei. Deshalb sei die Regelung der derzeitigen Weltwirtschaftsbeziehungen ein Hindernis für die Entwicklung der Dritten Welt; sie müsse durch eine neue abgelöst werden. Mit dieser Auffassung können wir nicht übereinstimmen." (Die Zeit, 29.8.)

Die Führer der Dritten Welt haben recht, die Bundesregierung hat unrecht

Jahrzehntelang sind die Länder der Dritten Welt als Kolonialländer niedergehalten und ausgeplündert worden, bevor sie sich Zug um Zug nach dem Zweiten Weltkrieg die politische Unabhängigkeit erkämpft haben. Aber man braucht gar nicht an diese Leidensgeschichte der Völker der Dritten Welt zu erinnern, die die historischen Ursachen ihrer heutigen Lage enthält.

Trotz der politischen Unabhängigkeit wirkt sich ihre ökonomische Unterentwicklung unter der Herrschaft des kapitalistischen Weltmarktes als immer neue Voraussetzung für ihre wachsende Armut aus. Dafür sorgen schon die ökonomischen Zwangsgesetze der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, denen durch politische Zwangsmaßnahmen und Gewaltaktionen von seiten der imperialistischen Länder obendrein noch nachgeholfen wird.

Der Wert der Waren, die den Reichtum in dieser Weltwirtschaftsordnung bilden, ist durch die menschliche Arbeit bestimmt, die für ihre Herstellung geleistet werden muß. Die Unterentwicklung besteht gerade darin, daß in den Entwicklungsländern für die Herstellung der gleichen Ware sehr viel mehr menschliche Arbeit geleistet werden muß als in den entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Ländern und daß manche Waren noch gar nicht hergestellt werden können, weil es noch nicht gelungen ist, die entsprechenden Maschinen usw. zu bauen oder einzukaufen, die zu ihrer Fertigstellung notwendig sind.

Für die gleiche Ware muß also in den Entwicklungsländern sehr viel mehr lebendige Arbeit verausgabt werden als in den entwickelten Ländern. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes bedeutet dies: Mit den Waren, die in den entwickelten Ländern hergestellt worden sind, kann bei ihrem Verkauf in den Entwicklungsländern ein höherer Preis erzielt werden, als sie eigentlich wert sind, gemessen an der in ihnen tatsächlich vergegenständlichten Arbeit. Sie gelten den Waren gleich, die in den Entwicklungsländern mit sehr viel mehr Arbeit hergestellt werden oder hergestellt werden müßten. Umgekehrt geht es gerade andersrum: Die Waren, die in den Entwicklungsländern hergestellt worden sind, gelten in den imperialistischen Ländern den Waren gleich im Wert, die dort mit sehr viel weniger Arbeit hergestellt werden könnten oder hergestellt werden.

Im Handel zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern zählt unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes die menschliche Arbeit in den Entwicklungsländern nur einen Bruchteil der menschlichen Arbeit in den entwickelten Ländern. Gehen die Kapitalisten der entwickelten Länder auf den Markt der Entwicklungsländer, so können sie ständig einen Extraprofit machen, selbst wenn sie die einheimischen Waren weit unterbieten.

Gehen die Entwicklungsländer mit ihren Waren auf den Markt der entwickelten kapitalistischen Länder, so müssen sie oft von vornherein auf jeden Profit verzichten, wenn sie ihre Ware überhaupt losschlagen wollen. Sie können überhaupt nur mit Waren aus allgemein relativ zurückgebliebenen Produktionsbereichen auf den Weltmarkt gehen, für die überall viel lebendige Arbeit bei der Produktion notwendig ist. Auch das können sie nur, weil die Arbeitskräfte sehr billig und die Löhne sehr niedrig sind.

Auf dem kapitalistischen Weltmarkt findet so ständig zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern ein "Tausch" statt, bei dem die Entwicklungsländer die Früchte ihrer Arbeit nicht ernten können und die Kapitalisten der entwickelten Länder riesige Extraprofite machen. Der Reichtum der Welt sammelt sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung schon von daher ganz automatisch in den imperialistischen Ländern.

Die Entwicklung, das heißt die Entfaltung der Produktivkräfte, wird damit zum unangreifbaren Monopol der imperialistischen Länder gegenüber der Dritten Welt. Innerhalb der imperialistischen Länder jedoch ist der aus ihr resultierende Reichtum in den Händen des Finanzkapitals konzentriert. Die Kapitalmagnaten haben ihr Kapital aus den arbeitenden Massen gezogen und sie nutzen es, um in der Dritten Welt Extraprofite zu machen.

Tatsächlich beschränkt sich jedoch die Ausplünderung der Dritten Welt durch das Finanzkapital nicht auf die Herauspressung von Extraprofiten durch den Tausch auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Mit Hilfe ihres Kapitals haben sich die imperialistischen Monopolisten auch direkt die Produktion und die Ausbeutung der Rohstoffe und Naturschätze der Dritten Welt unterworfen. Der Warenexport ist ein Vehikel des Kapitalexports und umgekehrt. Der Effekt der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und der Herrschaft des Finanzkapitals ist so ganz "natürlich" die wachsende Armut der Dritten Welt und der wachsende Reichtum einiger weniger imperialistischer Länder und der sie beherrschenden Monopolgruppen.

Angesichts dieser Lage ist es blanker Zynismus, wenn Genscher als Lösung für den Gegensatz zwischen den Interessen der imperialistischen Länder und der sie beherrschenden Monopolgruppen auf der einen Seite und der Dritten Welt auf der anderen Seite die "Reform der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung" vorschlägt. Schon ehrlicher ist es, wenn er die Vorstellungen der Dritten Welt über eine Neuordnung der Weltwirtschaft als "gefährliche Utopie" bezeichnet.

Der Kampf gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung ist für die Dritte Welt eine Lebensfrage

Gefährlich sind diese Vorstellungen für die herrschenden Imperialisten und utopisch müssen sie keineswegs sein, wenn die entsprechenden Maßnahmen der Dritten Welt an die Wurzeln ihrer Ausbeutung herangehen: wenn sie staatliche Außenhandelsmonopole errichten, das imperialistische Kapital enteignen und ihre Rohstofflager und Naturschätze in eigene Verfügung nehmen. Im Vertrauen auf die eigene Kraft können sie so das Entwicklungsmonopol der imperialistischen Länder brechen.

Genscher schlägt stattdessen ausschließlich Maßnahmen vor, die die Herrschaft des imperialistischen Finanzkapitals unangetastet lassen. Bestenfalls könnten sie den Markt vergrößern, den die Dritte Welt für die imperialistischen Monopole darstellt: Entwicklung des Handels, Sicherung des Kapitalexports und Sicherstellung der Rohstoffversorgung durch die Dritte Welt, das ist sein Vorschlag. Das wichtigste ist ihm, daß die Dritte Welt "Bedingungen des Vertrauens und langfristige Rechtssicherheit" für ausländisches Kapital schafft und daß sie darauf verzichtet, ihre Rohstoffvorkommen kartellmäßig zu sichern, um die "Rohstoffpreise künstlich hochzuhalten". (Alle Zitate: Frankfurter Rundschau, 3.9.) Kein Zweifel, Genscher ist auf der UNO-Vollversammlung als Anwalt der Herrschaft des Imperialismus aufgetreten und er konnte auch gar nicht anders. In ihren Prinzipien deckt sich die Position der BRD-Regierung mit der Position des US-Imperialismus. Sie wurde auch in "Kontakten mit den USA" festgelegt.

Die erbitterte Verteidigung ihrer Herschaft durch die Imperialisten wird jedoch nur dazu führen, daß die Länder der Dritten Welt ihre Forderungen noch konsequenter vertreten und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Sie können gar nicht anders, wenn sie sich nicht vollständig ruinieren lassen wollen. – **(js)**

Zimbabwe

Das Smith-Regime ist erschüttert

Bundesregierung sucht nach neuer Stütze

Die Bundesregierung hat bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des ANC (Afrikanischer Nationalrat von Zimbabwe/Rhodesien) am 3. September erklärt, sie "wünscht, daß die illegale weiße Minderheitsregierung in Rhodesien bald durch eine afrikanische Mehrheitsregierung ersetzt wird".

Damit kommt zum Ausdruck, daß die Imperialisten sich nicht mehr in der Lage sehen, das weiße Siedlerregime gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und der anderen Völker im südlichen Afrika aufrechtzuerhalten. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Bundesregierung jetzt bereit wäre, das Recht des Volkes von Zimbabwe auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anzuerkennen und seinen Befreiungskampf zu unterstützen. "Feste Zusagen auf finanzielle Hilfe kann Muzorewa nach eigenen Angaben aus Bonn nicht mit nach Hause nehmen", und "den bewaffneten Kampf als Mittel der Politik lehne Bonn ab" (Frankfurter Rundschau, 4./5. September). Vielmehr sucht sie fieberhaft nach einem Weg, der die Ausbeutung der Rohstoffe und Bevölkerung Rhodesiens auch weiterhin sicherstellt. Rhodesien verfügt über reiche Rohstoffvorkommen: Die größten abbaufähigen Chromvorkommen der Welt, Nickel- und Erzlager sowie "fast unerschöpfliche" Kohlelager (Blick durch die Wirtschaft, 15. August). Die Profite für das imperialistische Kapital sind hoch, weil die afrikanischen Bergarbeiter durch brutalste Unterdrückung gezwungen werden, für Löhne zu arbeiten, die sie selber gerade vor dem Hungertod bewahren.

Obwohl die SPD, als sie an die Regierung kam, die UNO-Sanktionen gegen Rhodesien anerkannte, tat sie alles, damit das imperialistische BRD-Kapital eine der Hauptstützen des Smith-Regimes wurde. Darauf spielte Muzorewa an, als er erklärte, "auf viele Autos müsse man in Rhodesien lange warten, Mercedes-Wagen hingegen bekomme man sofort" (Frankfurter Rundschau, 5. September). Gleich mit der Anerkennung der Sanktionen erklärte die Bundesregierung, "in bestehende Verträge würde sie nicht eingreifen". Für die wichtigsten rhodesischen Exportgüter waren noch rasch langfristige Lieferverträge abgeschlossen worden. Entsprechend anerkennend kommentierte Smith diesen Entschluß: "Auch wenn andere Regierungen der Welt den Kopf verloren haben, gibt es keinen Grund, warum die deutsche Regierung den Kopf ebenfalls verlieren sollte." (Die Welt, 3. Februar 1967)

Der andere Weg, die UNO-Sanktionen zu umgehen und sich am Volk von Zimbabwe zu bereichern, sind Investitionen und Geschäfte über Südafrika. Zahlreiche westdeutsche Konzerne haben Tochtergesellschaften in der Südafrikanischen Republik aufgebaut, über die auch das Rhodesien-Geschäft abgewickelt wird. Das westdeutsche Kapital steht inzwischen an erster Stelle der ausländischen Investoren. Die Organisation der Afrika-Exporteure, der "Afrika-Verein" Hamburg, empfiehlt entsprechend Interessenten am Rhodesien-Geschäft, sich vertrauensvoll an die deutsch-südafrikanische Handelskammer in Johannesburg zu wenden, "wo ein seriöser Partner vermittelt werde" (Der Spiegel, 16.7.75) Mit diesem imperialistischen Paradies ist es jetzt zu Ende.

Den Imperialisten ist klar: Dieses Paradies imperialistischer Ausbeutung ist für sie in der bisherigen Weise nicht zu erhalten. Eine Offensive im revolutionären Befreiungskampf, wie sie die ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) seit 1972 erfolgreich führt, verbunden mit einer Blockade der Transportwege durch Mozambique und eventuell sogar durch Botswana zu den Häfen in der Südafrikanischen Republik würde unabwendbar zu einem raschen Zusammenbruch des weißen Siedlerregimes führen. Um Zugeständnisse kommen die Imperialisten deshalb nicht herum. Sie versuchen nun ihre konterrevolutionäre Doppeltaktik anzuwenden: Durch Verhandlungsangebote wollen sie Hoffnungen auf eine friedliche Befreiung bei einem Teil der afrikanischen Völker wecken, um sie zu spalten, ihre Wachsamkeit zu schwächen und Zeit zu gewinnen für Anschläge gegen die bewaffneten Kräfte des Volkes von Zimbabwe und zur Aufrüstung des eigenen Unterdrückungsapparates.

Dabei stützt sich die imperialistische Strategie auf Vorster, den Präsidenten der Südafrikanischen Rassisten-Republik, der seinerseits Kaunda, den Präsidenten Sambias, dafür gewinnen konnte, dem Volk von Zimbabwe den Weg einer "friedlichen Verhandlungslösung" einzureden. Als Druckmittel kann er die Abhängigkeit Sambias vom Imperialismus einsetzen, das den größten Teil seiner Importe aus Südafrika bezieht und dessen Kupferproduktion, von der zu 90 Prozent die Exporteinkünfte Sambias abhängig sind, weitgehend unter der Kontrolle von zwei ausländischen Konzernen steht, von denen der eine, die Anglo-American Corporation, ihren Sitz in Südafrika hat.

Dazu kommt, daß durch die neokoloniale Ausbeutung Sambia schon in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ein Zahlungsbilanzdefizit von etwa 206 Millionen DM hat. Außerdem fürchtet die jetzt herrschende sambische Bourgeoisie um ihre eigene Macht, wenn nach Mozambique auch in Zimbabwe das Volk unter revolutionärer Führung die Macht übernimmt und die Ketten des Imperialismus radikal zerbricht.

Aber bis jetzt sind alle die Anstrengungen gescheitert, den Willen der selbständigen Befreiung des Volkes von Zimbabwe, wie er in der Linie der ZANU zum Ausdruck kommt, zu zerschlagenHofften die Imperialisten, durch den Zusammenschluß der ZANU mit den anderen Befreiungsorganisationen den bewaffneten Kampf unterdrücken zu können, so mußten sie erleben, daß der neugebildete erweiterte ANC jetzt insgesamt eintreten muß für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes. Erhofften sie mit den "gemäßigten Führern" eine Regierung bilden zu können, die einige schwarze Minister in ein von den Kolonialisten beherrschtes Regime aufnimmt, so erleben sie, daß jetzt alle nationalen Führer des Volkes von Zimbabwe die sofortige Mehrheitsregierung mit maximal einem Jahr Übergangsperiode fordern müssen. Auch jetzt wieder spiegelt die Meldung, "der ANC habe sich gespalten, der Präsident der ZANU Sithole habe seinen Austritt und die Gründung einer eigenen Organisation erklärt, die zum bewaffneten Kampf aufruft", nur die Hoffnung der westdeutschen Imperialisten und ihrer Presse wider. Der mit Sithole als Vorsitzendem gebildete "Befreiungsrat von Zimbabwe" ist "das im Ausland arbeitende Organ des ANC, dem je vier Vertreter aller führenden afrikanischen Organisationen Zimbabwes angehören" (Neue Zürcher Zeitung, 5. September). – **(hl)**

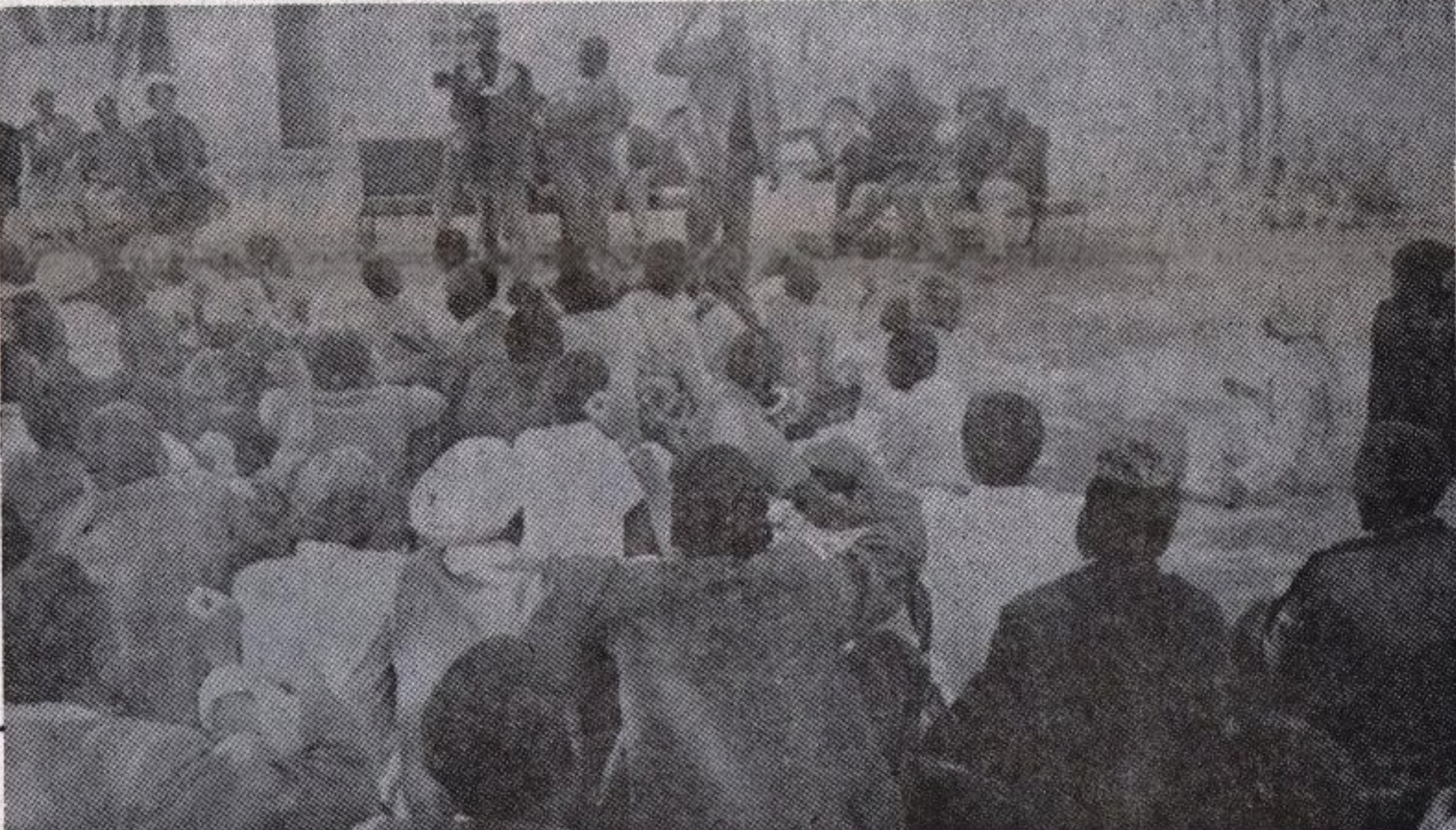
Angola: „Flüchtlingshilfe"-Vorwand zur Einmischung der Imperialisten

"Hilfe für Flüchtlinge" – unter diesem Deckmantel betreiben jetzt die wichtigsten imperialistischen Mächte ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas. Die Möglichkeit ist ihnen durch den Staatspräsidenten Portugals, Costa Gomes, verschafft worden, der sich formell an die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD mit einem Hilfeersuchen gewandt hat.

Die USA haben sofort zugesagt, die BRD selbstverständlich auch. Die BRD-Regierung will Bundeswehrflugzeuge und Chartermaschinen einsetzen. Die Sowjetunion witterte Benachteiligung und bot von sich aus eilfertig ihre Unterstützung an. Soviel Hilfsbereitschaft ist verdächtig, wenn durch imperialistische Mächte vorgenommen. Unter dem Mantel der Flüchtlingshilfe ist es den imperialistischen Mächten nunmehr offziell möglich, in Angola zu landen, hin- und herzufliegen, eine Luftbrücke zu organisieren. Die Organisierung der Flüchtlingshilfe dient zu nichts anderem, als daß in der öffentlichen Meinung es als selbstverständlich erachtet werden soll, daß die Imperialisten sich mit Angola befassen und offen ihre Klauen nach ihm ausstrecken. Die Propagierung der Flüchtlingshilfe durch die bürgerliche Presse dient keinem anderen Zweck, als weiter an dem Lügengespinst zu weben, daß in Angola das Chaos herrsche und daß dem Land "geholfen" werden müsse, indem die Imperialisten energische Maßnahmen ergreifen. So haben die imperialistischen Mächte durch die Aufforderung des portugiesischen Staatspräsidenten jetzt offiziell die Möglichkeit, ihren Fuß auf angolanischen Boden zu setzen, nachdem sie bislang im Verborgenen Unruhe gestiftet und den Bürgerkrieg geschürt haben.

Um welche Flüchtlinge handelt es sich, deren sich die imperialistischen Mächte so intensiv annehmen? Derenthalben sich diese Regierungen vor Hilfsbereitschaft überschlagen? Darüber erfährt man nichts aus den Zeitungen. Bloß, daß sie elend dran sind und weißer Hautfarbe. In Nebensätzen erfährt man immerhin, daß ganze Lastwagenkolonnen hochbeladen nach Südafrika unterwegs sein sollen. Und daß eine Zahl von Flüchtlingen, die beträchtlich die Tausend übersteigen muß, es sich leisten kann, von Südafrika ohne Behinderung direkt nach Brasilien weiterzufliegen. (Frankfurter Rundschau, 5.9.) Um das angolanische Volk kann es sich nicht handeln. Solange der portugiesische Kolonialismus es beherrscht hat, ist es bis zum letzten ausgepresst worden. Beiläufig erfährt man aus der 'Frankfurter Rundschau', daß das südafrikanische Rassistenregime zur Rettung dieser Flüchtlinge sogar einen Luxusdampfer (FR, 5.9.) einsetzt. Unter den weißen Flüchtlingen haben die Reichen das Wort, die ehemaligen Plantagenbesitzer und Großfarmer, die unter dem Schutze der Kolonialmacht Portugal in den früheren Jahrzehnten nach Angola gekommen waren, um die Bodenschätze, die Fruchtbarkeit des Landes, die vorhandene schwarze Arbeitskraft auszusaugen, die direkt als Kolonialherren tätig waren. In dem Maße, in dem sich der Befreiungskampf des angolanischen Volkes entfaltete, wurden die Farmen und Höfe der Weißen zu bewaffneten Stützpunkten der Kolonialmacht, von denen aus die blutige und grausame Niederhaltung des angolanischen Volkes organisiert wurde.

Gleichzeitig ermuntert das westliche imperialistische Lager seinen Verbündeten, Südafrika, zu weiterer Aggression gegen Angola. Am Wochenende hat das Außenministerium des rassistischen Siedlerregimes offiziell zugegeben, daß es sich mit Invasionstruppen auf dem Gebiet Angolas eingenistet hat. Es will sich die Cunene-Bewässerungsanlagen und das dazugehörige Land unter den Nagel reißen (vgl. KVZ Nr. 33) – im Diplomatendeutsch der Räuber heißt das: *"Schutzmaßnahmen seien ergriffen worden"* (Le Monde, 7./8.9.). Welche Ausmaße die Aggression bereits genommen hat, zeigen die Berichte und Stellungnahmen der drei Befreiungsbewegungen in Angola, MPLA, FNLA und UNITA, die, wie die bürgerliche Presse bloß widerwillig durchschimmern läßt, gegen diese Aggression kämpfen: *"... hatte die 'Volksbewegung für die Befreiung Angolas' (MPLA) in der vergangenen Woche erklärt, rund 800 Mann, darunter ehemalige Angehörige der portugiesischen Geheimpolizei PIDE, seien nach Angola eingedrungen. Diese Angaben wurden am Samstag erhärtet, als Reisende aus der zentralangolanischen Stadt Nova Lisboa unter Berufung auf Funktionäre der 'Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas' (UNITA) berichteten, bei den Angreifern habe es sich tatsächlich um Südafrikaner gehandelt. Die Invasoren, die laut MPLA bis 110 Kilometer weit auf angolanisches Gebiet vordrangen und auch die Stadt Rocadas angriffen, töteten diesen Berichten zufolge einige Soldaten der MPLA und der 'Nationalfront für die Befreiung Angolas' (FNLA)." (FR, 1.9.)* – **(hih)**



ZANU-Kämpfer halten eine Dorfversammlung in Zimbabwe ab

Gute Bedingungen für Chile-Flüchtlinge in Rumänien

Westberlin. Sechzehn Chilenen wurden am vergangenen Freitag durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts ausgewiesen. Die Chilenen waren nach dem Militärputsch aus Chile geflüchtet und hatten in Rumänien erstes Asyl gefunden.

Von dort sind sie nach Westberlin gekommen, wo sie bleiben wollen. Die Chilenen haben auf den Ausweisungsbeschluß mit der Besetzung des Foyers der "Schaubühne am Halleschen Ufer" reagiert (Süddeutsche Zeitung, 6./7.9.). Vorher hatten sie bereits durch Aktionen ihr Verbleiben in Westberlin bis zu dem Prozeß erreicht. Die spektakulärste Aktion war die Verschanzung von neun erwachsenen Chilenen mit ihren Kindern auf dem Kirchturm der evangelischen Kirche Neu-Westend am 23. August. Die Unterstützung der Forderungen dieser Chilenen nach Asyl in Westberlin und in der BRD wird vom Westberliner Chile-Komitee in einer Erklärung abgelehnt, die wir nachstehend leicht gekürzt veröffentlichen.

"Rumänien hat schnell und unbürokratisch bisher ca. 1 500 Chile-Flüchtlinge aufgenommen. Nach Aussagen des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen in Genf, der diesen Sommer Rumänien besucht hat, und nach Aussagen von Chilenen, die selbst in Rumänien waren, sind die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge dort gut. Sie erhalten Arbeit, Wohnung, Kindergeld, ggf. Arbeitslosenunterstützung, sie können studieren (natürlich muß berücksichtigt werden, daß Rumänien ein armes Land ist). Kein einziger der Chilenen, die Rumänien verlassen, wurde und wird von den rumänischen Behörden ausgewiesen. Der rumänische Staat hat sich darüberhinaus bereit erklärt, weitere chilenische Flüchtlinge aufzunehmen.

Zieht man die Situation in den chilenischen Folterhäusern und KZ's, den Terror gegen das chilenische Volk und die katastrophale materielle Versorgung in Betracht und zieht man weiterhin in Betracht, daß ungefähr 4 000 politische Flüchtlinge unter elenden Bedingungen und unmittelbarer Gefährdung ihres Lebens in Argentinien und Peru auf ihre Ausreise warten, dann werden allerdings die Gründe unverständlich, die die chilenischen Flüchtlinge zur Ausreise aus Rumänien bewogen haben.

Da wurde (und wird) gesagt, die medizinische Versorgung in Rumänien sei katastrophal. Das ist nicht wahr. Westberliner Ärzte, die die 36-köpfige Gruppe untersucht haben, die im März dieses Jahres aus Rumänien gekommen ist, haben festgestellt, daß diese Gruppe ausreichend versorgt worden war.

Es wird eingewandt, daß eine politische Arbeit der Chilenen in Rumänien von den dortigen Behörden behindert wird. Ohne die Verhältnisse in Rumänien beurteilen zu wollen, meinen wir, daß eine aktive politische Betätigung in Westberlin zumindest ähnlichen Einschränkungen unterworfen ist. Dies wird u. a. daran deutlich, daß führende Mitglieder des MIR die Aufenthaltsgenehmigung in der BRD und Westberlin nicht erhalten.

Daß wir ihre Argumente nicht anerkennen, ist aber noch nicht der Grund für unsere ablehnende Haltung. Zu dieser hat uns dreierlei bewogen:

1. Die Bundes- und die Länderregierungen nehmen nicht freiwillig chilenische Flüchtlinge in der BRD auf. Um jede Erteilung von Asyl- oder Aufenthaltsgenehmigung muß erbittert gefeilscht werden. Die Chilenen, die aus eigennützigen Gründen Rumänien verlassen, nehmen Plätze in Anspruch, die wir notwendig brauchen, um politische Gefangene aus den KZ's und Folterhäusern herauszubekommen. Jede Aufenthaltsgenehmigung, die einem aus Rumänien ausgereisten Chilenen erteilt wird, kann einem politischen Gefangenen in einem chilenischen KZ verloren gehen. Es ist selbstverständlich, was da wichtiger ist.

2. Ebenso ist es mit der materiellen Versorgung. Viele chilenische Flüchtlinge erhalten überhaupt erst eine Aufenthaltsgenehmigung, wenn ihre materielle Versorgung vorher gesichert ist. Ganz abgesehen davon, daß viele Chilenen hier in Berlin lange Zeit keine Arbeit oder einen Studienplatz finden und auf materielle Unterstützung angewiesen sind. Die aus Rumänien eingereisten Chilenen absorbieren die materielle Unterstützung, die wir dringend benötigen.

3. Sie diskreditieren einen Staat, der bisher 1 500 chilenische Flüchtlinge aufgenommen und materiell unterstützt hat und der bereit ist, weitere aufzunehmen. Sie liefern darüberhinaus reaktionären Kreisen in der BRD Material und Argumente und chauvinistische Hetze gegen Rumänien.

Den Chilenen in Rumänien sind diese Hintergründe von den Parteien des chilenischen Widerstandes vorher klargemacht worden. Wenn sie trotzdem in die BRD ausreisen, verhalten sie sich höchst unsolidarisch ihren eigenen Genossen gegenüber, die in Chile, Peru oder Argentinien unter Lebensgefahr auf ihre Befreiung warten. Sie fügen darüberhinaus der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk großen Schaden zu. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, diesen Leuten irgendwelche Unterstützung zukommen zu lassen. Sie haben alle die Möglichkeit, ohne jegliche Repression nach Rumänien zurückzukehren und wir erwarten von ihnen, daß sie ihren Landsleuten in Rumänien klar machen, wieso es falsch ist, in den 'goldenen Westen' auszureisen. Sie könnten mit solch einem vernünftigen Schritt einer 'drohenden' Ausweisung zuvorkommen, die so bedrohlich gar nicht ist. Da Rumänien ihnen Asyl erteilt hat, werden sie allenfalls nach Rumänien abgeschoben, keinesfalls nach Chile." – **(Erklärung des Chile-Komitees Westberlin)**

Chile - 2 Jahre nach dem Putsch

Die Junta betreibt den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten

Zwei Jahre nun dauert in Chile der Krieg gegen das Volk, den die Junta organisiert. Einstweiliges Resultat dieses Krieges ist eine beispiellose Ausplünderung der arbeitenden Massen und die Auslieferung der Reichtümer des Landes an das ausländische Großkapital. Einer der Hauptnutznießer dieser Politik ist der westdeutsche Imperialismus.

Seit dem 11. September 1973 hält die Terrorherrschaft über das Volk an. Nach einer wilden ersten Phase mit Massenexekutionen, Bombenangriffen auf besetzte Fabriken und Arbeiterwohnviertel übernimmt heute die geheime Staatspolizei DINA das Geschäft der Repression. Die Terrorherrschaft wird dadurch nicht milder, sie wandelt nur ihre Methode: Die Kapitalisten unterdrücken die Arbeiter, um sie auszubeuten. Zur Arbeit zwingen für fremde Herren kann man aber auf Dauer nicht mit Bomben. Außerdem ist der Widerstand dabei, sich zu reorganisieren. Die Militärjunta ist deshalb zu genauerer und gezielterer Verfolgung übergegangen.

Liberale Wirtschaftspolitik der Junta und die Folgen

Dem Terror und der Repression gegen die Arbeiterklasse und das Volk entspricht in der Wirtschaftspolitik der Junta die Beseitigung aller Schranken für das Kapital bei der Ausbeutung des Arbeiterlebens. Dieser Liberalismus zeigt sich zunächst auf zwei Gebieten: im beschleunigten Rückzug des Staates aus jeder wirtschaftlichen Tätigkeit (Reprivatisierung der Banken, Fabriken und Handelsunternehmen) auf der einen Seite, dem Wuchern eines freien, vom Staat nicht kontrollierten Kapitalmarktes auf der anderen. Beide Faktoren beschleunigen gegenwärtig beständig die Inflation.

Der Staat hat jene Betriebe, die ihm Einnahmen brachten, zu Schleuderpreisen verkauft. Er hat seinen Haushalt zu Preisen kalkuliert, die im Laufe des Haushaltsjahres von der Inflation um ein Vielfaches hinaufgetrie-
tion um ein Vielfaches hinaufgetrie-
ben wurden. Das so entstehende Defizit – mehr als die Hälfte der gesamten Haushaltssumme – wurde durch den Neudruck von Banknoten gedeckt. Auf diese Weise wuchs die Summe des umlaufenden Geldes zwischen 1974 und 1975 in zwölf Monaten um fast 300 Prozent.

Die "Freiheit" eines unkontrollierten Kapitalmarktes lockt natürlich die Spekulanten an und treibt sie hervor, windige Finanzierungsinstitute werden gegründet und hohe Spekulationsgewinne erzielt. So erhöht sich nicht nur die Menge des umlaufenden Geldes, sondern auch die Geschwindigkeit, mit der es umläuft. Die Konsequenz: eine geschätzte Inflation von 600 Prozent für dieses Jahr.

Dennoch halten die Wirtschaftspolitiker der Junta, allen voran Minister Cauas, daran fest, daß die immensen Preissteigerungen und die gewaltige Inflation ihre Ursache einzig und allein in den übermäßigen Staatsausgaben hätten. So wird der Haushalt weiter zusammengestrichen, in der Hoffnung, irgendwann den Zwang zum Druck von neuen Banknoten aus der Welt zu schaffen. So geht die Privatisierung staatlicher Institutionen weiter, öffentliche Bauten werden eingestellt, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst entlassen. Es ist nur noch ein kleiner Schritt bis zur Auflösung der Sozialversicherung und anderer Volkserrungenschaften mit der Begründung, dies seien Verzerrungen, die die "Marktfreiheit" und das "Marktgleichgewicht" stören.

Der Liberalismus der Junta geht so weit, daß sie den Arbeitern den freien Zusammenschluß in Gewerkschaften verbietet, denn das wäre ja ein Kartell, das die Marktfreiheit stören würde und wodurch die Arbeiter höhere Löhne erzwingen könnten. Vor einiger Zeit hat die Junta einen Entwurf für ein Gesetzbuch der Arbeit vorgelegt, den der Staatssekretär im Arbeitsministerium Pizarro folgendermaßen beschrieben hat:

"Wir haben die Tariffähigkeit der Gewerkschaften aufgehoben. Auf diese Weise gewinnt unser Wirtschaftssystem eine Eigenart, die es anderswo sicher nicht gibt . . ." Das heißt konkret: keine gewerkschaftlichen Wahlen sind zugelassen, die "Vertreter" der Arbeiterinteressen werden vom Staat eingesetzt, und in Schlichtungsverfahren sind staatliche Eingriffe zur Verhinderung von Streiks vorgesehen – wiederum Pizarro: *"Wir denken vor allem an die Möglichkeit, daß staatliche Organe eingreifen können, um eventuell einen Streik zu vermeiden. Wir wollen vermeiden, daß man uns auf diesem Weg die Politisiererei wieder in die Gewerkschaften trägt."* (Zitiert nach: "La Segunda" vom 23. August)

Sollten diese gesetzlichen Regelungen zur Herstellung des Arbeitsfriedens nicht ausreichen, so zeigt die Erfahrung eines kleinen Textilfabrikanten, wie dann das "Klima" wieder bereinigt wird. Dieser Fabrikant konnte wegen Auftragsmangels keine Löhne mehr auszahlen und wandte sich wegen eines Kredits an das Wirtschaftsministerium. Ein Oberst gab ihm dort den Rat: *"Sagen Sie den Leuten, sie sollen die Fernsehapparate verkaufen, die ihnen ihr teurer Allende verschafft hat. Und wenn es ihnen nicht paßt, melden Sie's mir – wir werden dann ein paar von ihnen erschießen, und Sie werden sehen, wie die anderen parieren!"* (Chile-Monitor Nr. 3/1974)

So vergegenständlichte sich *"das Geschenk der wiedergewonnen Freiheit"* für die Masse der Bevölkerung am 11. September 1973 in der Freigabe der bis dahin staatlich festgesetzten Höchstpreise, was zu explosiven Preissteigerungen führte und schon sehr früh die minimalsten Existenzbedingungen in Frage stellte. Dadurch sanken die Reallöhne in kurzer Zeit auf die Hälfte unter das Niveau der Regierungszeit der Unidad Popular. Andererseits wurde der zentrale Gewerkschaftsverband CUT aufgelöst und verboten, eine Interessens-
gelöst und verboten, eine Interessens-
vertretung der Arbeiter ist nur zugelassen, wenn sie mit den Linien der Wirtschaftspolitik der Junta übereinstimmt. Es bedarf keiner großen Phantasie, um angesichts dieser Fabriken sich vorzustellen, welches Ausmaß Armut, Hunger und Krankheit in Chile inzwischen angenommen haben.

Die Arbeitslosenrate stieg bis heute auf 20 Prozent, die Märkte im Inneren Chiles versiegen. Nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch die Masse der Klein- und Mittelbetriebe sind betroffen. Der radikale Stillstand von ganzen Teilmärkten führt zwangsläufig zum Ruin der kleinen und mittleren Industrie und dazu, daß die Märkte dem in- und ausländischen Großkapital zufallen.

Das Ergebnis von zwei Jahren Junta-Herrschaft sieht also so aus: rasch voranschreitende Monopolisierung und Konzentration der chilenischen Wirtschaft (vor allem in der petrochemischen und Nahrungsmittelindustrie, im Versicherungswesen und im Bausektor), Versiegen des inneren Marktes, unmittelbare Bedrohung der physischen Existenz der Arbeiterklasse durch Hunger und Krankheit.

Diese Entwicklung hat in Chile selbst in Kreisen, die den Putsch aktiv unterstützten, zu Widersprüchen und Konflikten geführt.

Die Interessen des westdeutschen Imperialismus in Chile

Zufrieden zeigen sich jedoch die westdeutschen Imperialisten. Ihre Geschäfte laufen ausgezeichnet. In der "Wirtschaftswoche" heißt es im Februar 1974: *"Sicher foltern Polizei und Militär Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen, sicher wird bei Politisch-Subversiven oft gar kein Gerichtsverfahren mehr gemacht, sondern gleich geschossen. Aber eine objektive Berichterstattung müßte jedesmal dazufügen, daß es ohne Härte eben nicht vorwärts geht. Und es geht vorwärts."*

Am 7. Juli 1974 erließ die Militärjunta das "Statut über Auslandsinvestitionen", das zeigt, in welche Richtung es "vorwärts" geht.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Statuts sind:

– Gegründet wurde ein "Comite de Inversiones Extranjeras". Mit diesem müssen ausländische Investoren einen Vertrag abschließen (Laufzeit in der Regel zehn Jahre). Ihnen werden folgende Vergünstigungen gewährt:

– Steuerliche Gleichbehandlung mit inländischen Unternehmen, in besonderen Fällen Steuervergünstigungen;

– Garantie des Kapital- und Gewinntransfers in vollem Umfang sowie zollfreie Einfuhr von Kapitalgütern für Unternehmungen mit ausländischer Kapitalbeteiligung über 20 Prozent.

– Das Komitee kann mit Billigung der Zentralbank den Verbleib eines Teils der Exporterlöse im Ausland gestatten (besonders wichtig für Unternehmen, die von Chile aus den ganzen lateinamerikanischen Markt infiltrieren wollen!).

– Der chilenische Staat verpflichtet sich, dem Investor jeden Schaden zu erstatten, der infolge einer späteren gesetzlichen Änderung des Statuts entsteht.

Dieses Statut steht im Widerspruch zu den Vereinbarungen des Andenpakts, dem Chile, Peru, Bolivien, Ekuador, Kolumbien und Venezuela angehören. Die "Entscheidung 24" dieses Pakts sieht z.B. vor, daß nur Gewinne bis zu 14 Prozent des investierten Kapitals ins Ausland transferiert werden dürfen. Gegen das chilenische Investitionsstatut haben die anderen Andenstaaten geschlossen Protest erhoben, zu einer Einigung ist es aber bis heute noch nicht gekommen, die Verhandlungen werden immer wieder hinausgeschoben. Die Junta handelt derzeit so, daß im Rohstoffsektor, der für den Andenmarkt nicht von Bedeutung ist, nach dem chilenischen Statut verfahren wird und in Bereichen, die für den Andenmarkt wichtig sind, nach der "Entscheidung 24".

Weitere Erleichterungen für ausländische Investoren sind:

– Für den Transfer von Gewinnen tauscht die Zentralbank in Chile Escudos gegen ausländische Devisen.

– Inlandskredite stehen inzwischen auch ausländischen Unternehmen zur Verfügung.

Weiter hat die Junta sofort nach dem Putsch die Reprivatisierung bzw. Entschädigung von zuvor nationalisierten Firmen und Banken eingeleitet. Betriebe, die unter staatlicher Verwaltung "Schäden erlitten" haben, sollen dafür reichlich entschädigt werden. Dies ist inzwischen abgeschlossen; die hohen Zahlungen z.B. an die amerikanischen Kupferkonzerne und an ITT sind durch die Presse bekannt.



Demonstration in Chile aus der Zeit kurz vor dem Militärputsch am 11. September 1973. Mit riesigen Demonstrationen hat das chilenische Volk seine Ablehnung aller Versuche der Reaktion und des Imperialismus, die Allende-Regierung zu stürzen, zur Geltung gebracht. Der chilenische Gewerkschaftsbund CUT, der diese Demonstrationen und Protestaktionen als Organisation der Arbeiterklasse entscheidend mittrug, ist seit dem Militärputsch ebenso wie die Parteien der Allende-Regierung verboten.

Die neokolonialen Interessen der westdeutschen Imperialisten

Nach den USA ist Westdeutschland die zweitbedeutendste Macht in Chile. Westdeutsches Kapital beherrscht Teile der chemischen Industrie, des Bankwesens, der Stahlerzeugung, der Fischerei und Fischereiindustrie und der Zigarettenproduktion. Von Enteignungen während der Zeit der Allende-Regierung waren diese Investitionen kaum betroffen (Ausnahmen sind die Betriebsbesetzungen bei der Farbenfabrik Ceresita und der Rodenstock-Niederlassung).

Viele der großen Ländereien (fundos) in Südchile gehören Deutschen oder Chilenen deutscher Abstammung. Dort gab es während der Unidad-Popular-Zeit Landbesetzungen durch die Mapuche-Bauern. Heute führt die Junta einen direkten Ausrottungsfeldzug gegen die Mapuche, die Ländereien sind wieder fest in der Hand der Großgrundbesitzer.

Hier eine Liste der westdeutschen Unternehmen in Chile (ohne Grundbesitzer):

Hoechst: "Fibro Quimica Hoechst" (100 Prozent Beteiligung, 2,3 Millionen US-Dollar Investitionen, arbeitet mit Mitteln der Deutschen Entwicklungsgesellschaft), "Quimica Hoechst de Chile Ltda.", "Tranchini & Hollemart"

BASF: "Aislapol Polina" (50 Prozent Beteiligung), "Compania de Productos Quimicos Indrongal" (zu 50 Prozent), "Anil Quimica Ltda."

Bayer: "Quimica Bayer de Chile Ltda.", "Bayer Quimicas Unidas S.A.", "Industrias Quimicas Anidas Ltda." (zu 90 Prozent), "Industrias Quimicas de Chile S.A."

Merck: "Quimica Chilena S.A."

Wella: Industria Quimica y Cosmetica S.A."

Heinrich Harling: "Empresa Pequera Harling Ltda." (100 Prozent, 1 Million US-Dollar Investitionen; inzwischen nationalisiert, nicht bekannt, ob zurückgegeben; Fischfang und -verarbeitung)

Teepack-Spezialmaschinen (0,5 Millionen US-Dollar Investitionen)

Walldorf Astoria und **Reemtsma** (je zu 50 Prozent, 80 000 US-Dollar Investitionen)

Gildemeister (Traktoren, kontrolliert 50 Prozent des Marktes, vertritt Siemens und Osram)

Bosch: "Robert Bosch de Chile S.A.", "Cepia S.A."

Hoesch AG (Eisenbahn- und Automobilersatzteile)

AGFA Gevaert: Chilenas de Productos Fotograficas Ltda."

Beiersdorf de Chile

Olympia: "Olympia (Chile) Ltda."

Rosenthal: "Porzelanas Rosenthal Chile S.A." (arbeitet mit Mitteln der Deutschen Entwicklungsgesellschaft)

Rodenstock: "Industria Optica Rodenstock S.A."

Ferrostahl: "Ferrostahl Chile S.A.C."

Schering

Laboratorios Berlimed

Metallgesellschaft

Korf KG

Dresdner Bank: "Deutsch-Südamerikanische Bank" (zu 98 Prozent); diese ist wiederum beteiligt an der "Banco Osorno de la Union" (zu 20 Prozent – sechstgrößte Privatbank in Chile) und seit neuestem an der "Banco Unido de Fomento" (zu 5 Prozent)

Deutsche Bank: "Deutsche Überseeische Bank"; diese wiederum ist beteiligt an der "Ibero-Amerikanischen Bank" (zu 25 Prozent)

Aufsichtsräte der Banken:

Deutsche Überseeische Bank: Flick, Klöckner, Siemens, Oetker, Schering, BASF u.a.

Deutsch-Südamerikanische Bank: Krupp, AEG-Telefunken, VW, Thyssen, Hoechst, DEMAG, Ferrostahl, BBC, BASF, Klöckner u.a.

Über die Gesamtinvestitionen westdeutscher Unternehmen in Chile sind keine zuverlässigen Angaben zu erhalten. Einigen Aufschluß über die Entwicklungstendenz gibt die Statistik über die westdeutschen **Vermögenswerte in Chile:**

1972: 88,6 1973: 87,6 1974: 95,6 (in Millionen DM; nach: "Deutsche Außenhandelsstatistik", Stand 31. Dezember 1974)

Die Entwicklung des westdeutschen Handels mit Chile

Das stärkste Gewicht hat der westdeutsche Imperialismus in Chiles Außenhandel. Westdeutschland ist Chiles Kunde Nr. 1 und nach den USA das Lieferland Nr. 2.

Die wichtigsten Handelsgüter in Prozent des Handels 1974

Einfuhr aus Chile:	
Kupfer, roh	68,8 %
Kupfererze und Kiesabbrände	14,8 %
Fischmehl u. dgl.	5,2 %
Sonst. Erze u. Metallaschen	2,1 %
tierische Öle u. Fette	2,2 %

Ausfuhr nach Chile:	
Maschinen u. Fördermittel	23,8 %
elektrotechn. Erzeugnisse	7,9 %
Kraftfahrzeuge	6,8 %
Kunststoffe	6,6 %
sonst. chem. Vorerzeugnisse	5,5 %
Eisen (Blech, Draht)	5,5 %

Folgende Erleichterungen wurden für die ausländischen Imperialisten von der Militärjunta erlassen:

1. Einschränkungen in Form von Kontingentierungen nach Warenkategorien und Quotenzuteilungen an Importeure werden abgeschafft.

2. Zollermäßigungen von 10 bis 20 Prozent.

3 Das Privileg halbstaatlicher Gesellschaften, Importe allein tätigen zu können, wird abgeschafft (das Monopol der staatlichen COPECO auf Kupferexport ist inzwischen auch abgeschafft).

Zweierlei läßt sich daraus ablesen: Die westdeutschen Imperialisten importieren aus Chile Rohstoffe und exportieren Industrieerzeugnisse. Es ist das typische Verhältnis, das zwischen einer Kolonie und dem reichen Mutterland besteht. Und diese Ausplünderung der natürlichen Reichtümer Chiles durch westdeutsche Imperialisten ist nach dem Sturz der Allende-Regierung wesentlich beschleunigt worden.

Die Daten belegen: So berechtigt die Empörung ist, auf welche die Herrschaft der chilenischen Militärjunta überall in der Welt bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen stößt, die Hauptprofiteure der Blutherrschaft sitzen nicht in Chile, sondern in den imperialistischen Ländern Westeuropas und in den USA. Die Militärdiktatoren sind ihre Statthalter und verschleudern die Reichtümer des Landes an die ausländische imperialistische Bourgeoisie. Darüber können gelegentliche Bekundungen moralischen Widerwillens etwa durch Vertreter der Bundesregierung nicht hinwegtäuschen. – (rs/Red.)

Gefangenenzeitschrift in der Justizvollzugsanstalt Heilbronn wegen Kritik an reaktionärem Richter verboten

Heißer Wunsch eines Richters nach Galgen und Kastrationsmesser

In der Justizvollzugsanstalt Heilbronn ist die Gefangenenzeitschrift "ZU" verboten worden, eine nach Auskunft des baden-württembergischen Justizministeriums "unzensierte" Zeitung. Nachdem die Nummer 12 am 31. August fertiggestellt und zur Auslieferung gebracht worden war, wurde die weitere Herausgabe der Zeitung am Mittwoch, den 3. September, verboten. Die Redakteure, drei Straf- und drei Untersuchungsgefangene, erfuhren davon durch eine überfallartige Durchsuchung ihrer Zellen in der Mittagspause. Abends erhielten sie dann eine Verfügung, in der es lediglich hieß: "Auf Grund der Nummer 12 untersage ich . . ." Inzwischen hat der Anstaltsleiter König gegenüber dem Justizministerium die Verbotsmaßnahme begründet. Er will das Verbot nicht als Zensur verstanden wissen, sondern als Verhinderung von "strafbaren Handlungen". Als Beleg für "strafbare Handlungen" führt er zehn Punkte an, darunter u.a.: "Auf Seite 24 ruft die Redaktion dazu auf, über die Erfahrung mit der Strafvollstreckungskammer der Zeitung zu berichten." Ausschlaggebend für das Verbot war die scharfe Kritik an einem Heilbronner Richter namens Auwärter wegen der reaktionären Ansichten, die dieser in einem Leserbrief an die Gefangenenzeitschrift "ZU" ausgebreitet hatte. – Über die Ansichten des Richters Auwärter hat inzwischen auch der "Spiegel" als eine Art Kuriosum berichtet. Das Verbot der Gefangenenzeitschrift hat er verschwiegen. – Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dem Brief des Richters Auwärter und zwei Stellungnahmen von Gefangenen, die auf der Liste der Verbotsgründe des Anstaltsdirektors obenan stehen: "Für dieses Verbot waren folgende Artikel der Nr. 12, Sept. 1975, maßgebend: 1. 'Richter Auwärters Versuch über Klassenjustiz' vom Gefangenen Hildebrandt. In diesem Artikel wird der Raub . . . aus gesellschaftspolitischen Gründen für notwendig erachtet. (Es) wird die Behauptung aufgestellt, daß Menschen vor der Justiz nicht ihr Recht bekommen. 2. (. . .) wird ein Antrag des Gefangenen Gilberg an das Amtsgericht Heilbronn zur Entmündigung des Richters am Landgericht, Herrn Auwärter, veröffentlicht. Der Inhalt dieses Artikels verstößt gegen die §§ 185 ff. Strafgesetzbuch." Die §§ 185 ff. verhandeln die Straftatbestände "Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung".

Abs.:
HJ Auwärter
LG Heilbronn
An
die Redaktion der "ZU"
Vollzugsanstalt Heilbronn

Sehr geehrte Herren!

(. . .) Nach Lesen der mir zugesandten und anderer von mir eingesehenen Ausgaben der "ZU" möchte ich nur einige der zahlreichen Fragen herausgreifen und mich dazu äußern – allerdings ohne Zuckerbrot und in aller Klarheit:

Die Entlohnung der arbeitenden Gefangenen: Sie ist, wenn man sie für sich betrachtet, wahrlich nicht hoch – aber der erste Schein trügt: Die Strafanstalten sind allesamt enorme Zuschußbetriebe trotz Gefangenenarbeit und geringer Entlohnung. Es ist also unwahr, daß der Staat mit den Gefangenen und deren Arbeit "ein Geschäft" mache. Vom Lohn sind nämlich die Kosten für Verpflegung, Kleidung, Unterbringung, Unterhaltung der Anstalt, nicht zuletzt die Kosten des Wachpersonals, abzuziehen. **Da bleibt dann sogar ein Minus!!** Die Arbeitsentlohnung, die Sie erhalten, ist also sogar noch ein Griff in die Tasche des Steuerzahlers!
(. . .)

Die "Klassenjustiz"

(. . .) Daß ein Richter vorbestraft sein müsse, um gerechter zu urteilen, halte ich nicht für erforderlich. Aber er muß sich im klaren darüber sein, daß auch er – wie jeder Anstaltspfarrer oder Bewährungshelfer auch – ein potentieller Verbrecher ist, daß sich also niemand über den Verbrecher erheben sollte. So sagte z.B. Goethe, er könne sich als Täter jedes Verbrechens vorstellen . . . **Jeder kann** Verbrecher werden, wenn er in eine entsprechende Lage gerät – ob er es allerdings wird, **das** hängt von seiner **freien Entscheidung** ab!

Friedrich der Große, der geniale Zyniker, sagte vor 200 Jahren, lieber baue er "**eine** neue Kirche als **zwei** neue Zuchthäuser"! Heute allerdings hält die brüchig gewordene Kirche kaum noch einen vom Verbrechen ab. Die Hölle schreckt nicht mehr . . .

Der Strafvollzug

Ursprünglich war der Straftäter ein ganz manierlicher Mann – er sah seine Schandtaten ein und sühnte sie aus innerem Bedürfnis heraus. In letzter Zeit aber haben linke Pfarrer, politische Wirrköpfe, überkandidelte "Sozialreformer" u.a. Individuen den Straftäter verwirrt. Sie redeten ihm ein, die "Gesellschaft" sei schuld an seinen Taten, er habe unter "psychischem Zwang" gehandelt, er habe sogar etwas Gutes getan, indem er die Bürger aufrüttle usw. usf. Sagen Sie mal, meine Herren, **glauben Sie denn derartigen Schmonzes?** ? Jeder von Ihnen weiß doch genau, warum er in Haft ist. Die Trostlosigkeit beginnt doch erst dann, wenn die genannten wildgewordenen Typen ihnen einreden wollen, Sie seien unschuldig und die anderen seien schuldig!! Gestatten Sie den Vergleich mit dem Selbstbedienungsladen: Man nimmt sich eins und das – am Schluß wird an der Kasse zusammengerechnet und **bezahlt.** Allerdings kommt der Mehrfachtäter mit einem ungerechten "Mengenrabatt" enormen Ausmaßes davon . . . (. . .)

Haben Sie sich einmal überlegt, **meine Herren,** daß Sie "draußen" **gefürchtet sind?** ! Daß man Angst hat? Daß man die brutalen Schläger, die viehisch brutalen Sexualverbrecher, die gewalttätigen Einbrecher, die gemeinen Betrüger usw. als die "Schlange im Paradies", als "Teufel in Menschengestalt" ansieht? Daß man sie lieber in russischen Straflagern als im Heilbronner Musterknast sähe? Daß man Ihretwegen das Lenkradschloß im Auto erfunden hat, die Panzerglasscheibe in der Bank installiert hat und das Sicherheitsschloß notwendig hat? Und da wundern Sie sich, daß der Bürger nicht "Hurra" schreit, wenn er mit Ihnen zu tun hat? !

Auch Sie wissen, daß man vor 200 Jahren, als man den Dieb kurzerhand am Galgen aufhing, keine Haustür abschließen brauchte . . ., daß, als der gemeine Sexualverbrecher auf Dauer ins Zuchthaus einfuhr und ggf. noch das Messer des Kastrators mitwirkte, Frauen und Kinder sorglos durch einsame Straßen gehen und Kinder auch im Wald spielen konnten und die "Triebtäter" auf einmal "mit normalem Antrieb" fahren konnten . . .

Jeder kann Straftaten begehen. Keiner sollte sich grundsätzlich über den Straftäter erheben. Aber zur Verharmlosung und zum Abschieben der Verantwortung auf "die Gesellschaft" sollte man doch auch nicht gelangen.

Die Volksgemeinschaft herzustellen, in der jeder sich geborgen fühlen kann und jeder jedes anderen Bruder ist, in der Harmonie herrscht und das Verbrechen unbekannt ist, das haben schon manche versucht: zum Beispiel die kommunistischen und auch die nationalen Sozialisten – sie machten und machen das aber mittels eines drakonischen Strafrechts . . . In der Sowjetunion werden nicht nur Mörder, sondern auch Sexualverbrecher und Wirtschaftsverbrecher hingerichtet . . . Es bleibt, wenn die Mode überbetonter Resozialisierung abgeklungen sein wird, **die alte Wahrheit, daß Sühne sein muß.**

Hochachtungsvoll
Richter Auwärter

Richter Auwärters Versuch über die "Klassenjustiz"

H.J. Auwärter ist Richter am Heilbronner Landgericht. In der letzten Nummer der "ZU" war ein Brief von ihm an die Redaktion abgedruckt, in dem er zu Fragen des Strafvollzuges Stellung nahm. "Sühne muß sein!", bekräftigte Richter Auwärter, beurteilte Überlegungen über die möglichen geschichtlichen und gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität als "Schmonzes" und wünschte sich seine Angeklagten so, wie sie früher – angeblich – gewesen waren: "Ursprünglich war der Straftäter ein ganz manierlicher Mann – er sah seine Schandtaten ein und sühnte sie aus einem inneren Bedürfnis heraus."

Der Brief des Richters Auwärter ist ein wertvolles Dokument. Treten die Richter den Angeklagten und der Öffentlichkeit sonst nur in der Unantastbarkeit ihrer heiligen Würde des Richteramtes entgegen, unabrufbar, unkontrollierbar, den "Namen des Volkes" gebrauchend wie früher die Könige das "von Gottes Gnaden", so haben wir hier einen Richter familiär plaudernd, der uns so etwas über das Bewußtsein verrät, mit dem manche Angehörige des Richterstandes ihre alltägliche Arbeit tun.

Was wissen sie von ihrem Arbeitsgegenstand? Richter Auwärter schreibt an die Gefangenen gewendet: "Auch Sie wissen, daß man vor 200 Jahren, als man den Dieb kurzerhand am Galgen aufhing, keine Haustür abschließen brauchte . . ., daß, als der gemeine Sexualverbrecher auf Dauer ins Zuchthaus einfuhr und ggf. noch das Messer des Kastrators mitwirkte, Frauen und Kinder sorglos durch einsame Straßen gehen und Kinder auch im Wald spielen konnten . . ."

Zunächst kann dieser Richter seinen heißen Wunsch nach solchen Werkzeugen wie Galgen und Kastrationsmesser nur schlecht verbergen. Zum zweiten aber muß man fragen, wie denn das gewesen sein kann: Entweder es waren keine Diebe da, und man konnte die Türen offen lassen und brauchte auch keine Galgen, oder es waren Diebe da, die man am Galgen aufgehängt hat, und dann haben die Diebe geklaut, die man nicht gekriegt hat, eben auch gestohlen. Entweder es waren Sexualverbrecher da, die man kastrieren konnte, und dann gab es doch wohl auch deren Opfer, oder es gab sie eben nicht und dafür das sorglose Leben, von dem Richter Auwärter berichtet. Drittens muß man dann also sagen, daß diese schöne Polizeistaats-, Henkers- und Kastrationsidylle, von der der Richter träumt, nie existiert hat, schon gar nicht vor 200 Jahren, als die letzte Hexe noch nicht verbrannt war. Drakonische Strafen gibt es vielmehr immer dann, wenn die Kriminalität ansteigt und das bestehende gesellschaftliche System nicht anders damit fertig wird. Niemals haben solche Strafen Kriminalität verhindert, im Gegenteil. Sie sind vielmehr wie überhaupt das ganze Justiz- und Gefängnissystem das offene Eingeständnis, daß diese Gesellschaft auf unversöhnlichen Gegensätzen beruht und unfähig ist, sie zu überwinden.

"Haben Sie sich einmal überlegt, meine Herren", fragt Richter Auwärter die Gefangenen, "daß man Ihretwegen das Lenkradschloß im Auto erfunden hat, die Panzerscheibe in der Bank installiert und das Sicherheitsschloß notwendig hat?" Bevor man eine Panzerglasscheibe in einer Bank installiert, muß man erst die Bank selber installieren. Wer aber eine Bank installieren kann, hat so viel Reichtum aufgehäuft, wie ein Mann auch durch härteste Arbeit sein ganzes Leben nicht verdienen kann und auch sein Sohn und sein Enkel nicht. Er hat sich die Früchte der Arbeit anderer angeeignet, hat Milliarden aufgehäuft, weil Millionen Menschen ihr Leben lang dafür nur malocht haben. Was also ist die Ausraubung einer Bank gegen die Gründung einer Bank? Der Besitzer tut jedenfalls gut daran, diese Bank nicht nur mit Panzerglasscheiben zu versehen, sondern gleich auch die nötigen Polizisten, Richter und Gefängnisse bereitzustellen. Denn solange diejenigen, die diesen ganzen Reichtum erarbeitet haben, ihre Ausbeutung erdulden und dem Besitzer die Bank lassen, wird es notwendig immer welche geben, die auf verzweifelte, abenteuerliche und individuelle Weise die Besitzverhältnisse zu ihren eigenen Gunsten ändern wollen, um sich ohne Arbeit ein Leben zu leisten, wie es die reichen Leute in unserem Land ohnehin und völlig legal tun.

Es sind die brutalen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Brutalität und Verbrechen aller Art erzeugen, von denen ganz besonders die betroffen werden kann. In einer Gesellschaft wie der unsrigen, wo die Entfaltung des Individuums unterdrückt, wo eine ganze Klasse von Menschen nur als Ware Arbeitskraft zählt, wo die menschlichen Bedürfnisse verstümmelt und verdrängt werden, auch die Sexualität, wo alles zur Ware wird, auch Frauenfleisch in Natur und Reproduktionen überall käuflich ist, wird man Sexualverbrechen auch mit den tiefsten Verliesen und blutigsten Kastrationen nicht ausrotten können.

Diejenigen, die wollen, daß sich die Verhältnisse nicht ändern, brauchen also einen besonderen Gewaltapparat mit seinen sachlichen Anhängseln wie Gefängnissen, um eine Ordnung aufrechtzuerhalten, die ihnen nützt. Mit der Kriminalität rechnen sie als notwendiges, nicht zu beseitigendes Übel. Sie brauchen Richter wie Auwärter, die ihre profane Arbeit mit dem Heiligenschein der Gerechtigkeit und der Sühne umgeben.

Dieser Apparat kostet Geld, und diejenigen, auf denen er lastet, werden auch noch gezwungen, ihn zu bezahlen. Heuchlerisch wird damit gerechtfertigt, daß die Gefangenen zu Zwangsarbeit verpflichtet sind und nur mehr symbolisch ein paar Pfennige bekommen. Richter Auwärter macht eine Rechnung auf über die Kosten für die Strafgefangenen: Verpflegung, Bekleidung, Unterbringung, Wachpersonal. Bescheiden hat er vergessen, sein eigenes, nicht zu kleines Gehalt mit hinzuzurechnen und das seiner vielen Kollegen und Vorgesetzten. Die Kosten dieses ganzen aufgeblähten Apparates werden dem ganzen Volk aufgebürdet, und die Gefangenen alleine können das nicht erarbeiten, auch wenn sie keinen Pfennig Lohn erhielten. Das rechtfertigt aber nicht die Zwangsarbeit der Gefangenen, sondern zeigt nur, daß der ganze Staatsapparat mit seinen Beamten und sachlichen Anhängseln auf dem Volk lastet.

> Stefan Gilberg
> 7100 Heilbronn
> Steinstr. 21
>
> An das
> Amtsgericht
> 7100 Heilbronn
>
> Betr.: Antrag auf Entmündigung des Auwärter – Richter beim Landgericht Heilbronn
>
> Gründe: Auwärter hat durch einen Brief an die Gefängniszeitung "ZU" – Ausgabe August 1975 – seinen gefährlichen geistigen Verfall bekundet. In übelster Weise versucht er dem Ansehen der Justiz zu schaden, indem er sich in göttlicher Manier zum Herren über Leben und Tod erheben möchte. Es besteht also der dringende Verdacht des Größenwahnsinns in fortgeschrittenem Stadium. Daß ein solcher Mann als beamteter Volkszornbefriediger primitivster Prägung eine Gefahr für die Allgemeinheit ist und unschädlich gemacht werden muß, liegt auf der Hand.
>
> Es wird daher die sofortige Entmündigung und schnellstmögliche Einweisung des Auwärter in eine geschlossene und geeignete Anstalt beantragt.
>
> Als Anlage übersende ich das auwärtersche Pamphlet als Beweismittel. In der Hoffnung, Deutschland möge bald vor Auwärter sicher sein, grüße ich
>
> Hochachtungsvoll
> gez. Stefan Gilberg
> (Gefangener)

Richter Auwärter fragt: "Haben Sie sich einmal überlegt, meine Herren, daß sie 'draußen' gefürchtet sind?" Hat sich Richter Auwärter vielleicht einmal gefragt, daß die Justiz im Volk gefürchtet und verachtet ist, die Menschen sehr wohl wissen, daß sie vor der Justiz ihr Recht nicht bekommen, daß man "die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt"?

"Jeder kann Straftaten begehen", sagt Richter Auwärter und steckt damit seine weiters Arbeits- und Angebfeld ab; er, der für seinen Teil es geschafft hat, im Gerichtssaal immer auf dem richtigen Platz zu sitzen. Jeder ist mögliches Objekt seiner richterlichen Tätigkeit, heißt das. Und die Erfahrung zeigt, daß von dieser vorgeblichen formalen Gleichbehandlung aller gerade diejenigen ihren Vorteil haben, die Vermögen und die mit Macht haben.

So sind die Zustände, so sollen sie bleiben. Und wenn der Täter nur reuig ist, "aus innerem Bedürfnis heraus sühnt", dann mag er auch als "manierlicher Mann" gelten, während "viehisch brutale, gewalttätige" Verbrecher wohl nur die bleiben, die anfangen könnten, über ihre Tat und die bestehenden Verhältnisse nachzudenken.

Richter Auwärter hat uns etwas über seinesgleichen gelehrt. Diese unabsetzbaren Päpste der Legalität, die in ihrer Unantastbarkeit mit der Weihe eines höheren Rechts auftreten, sind gewöhnliche, ziemlich unwissende Funktionäre des Staates. Und sie können in ihrem Kopf auch nichts anderes denken als das, was halt in dieser Gesellschaft ohnehin geschieht. Daß die Unterdrücker die Unterdrückung für gut und natürlich halten, ist verständlich. Richter Auwärters Brief aber ist der Versuch, dasselbe auch die Unterdrückten glauben zu machen. Ein solcher Versuch mußte ins Auge gehen.

Dietrich Hildebrandt
(Gefangener)
Mitglied der Redaktionsgemeinschaft der Gefangenenzeitung "ZU"

Dietrich Hildebrandt ist Mitglied des KBW und Redakteur unseres theoretischen Organs "Kommunismus und Klassenkampf". Er ist gemeinsam mit drei weiteren leitenden Funktionären des KBW verurteilt worden wegen seines Eintretens für den gerechten Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus auf einer Demonstration gegen den Besuch des US-Kriegsverbrechers McNamara in Heidelberg. Seit dem 23. Juni wird er für ein Jahr in Heilbronn gefangen gehalten.